DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„(K)Ein Platz für Gedenken“

Vergessene Orte in den Ortschaften des Burgenlandes - kritisches Hinterfragen der Erinnerungskultur an ermordeten Rom*nja

verfasst von / submitted by

Mag. Marcus Wagner

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2021 / Vienna, 2021

Studienkennzahl lt. Studienblatt / degree programme code as it appears on the student record sheet:	UA 190 333 313
Studienrichtung lt. Studienblatt / degree programme as it appears on the student record sheet:	Lehramtsstudium Unterrichtsfach Deutsch Unterrichtsfach Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung
Betreut von / Supervisor:	Doz. Dr. Bertrand Michael Buchmann

(K)Ein Platz für Gedenken —

Vergessene Orte in den Ortschaften des Burgenlandes - kritisches Hinterfragen der Erinnerungskultur an ermordeten Rom*nja

1. Einleitung

b) These – Forschungsfrage – Vorgehensweise (Seite 8)

c) Forschungsstand (Seite 8)

d) Begriffserklärung (Seite 11)

2. Geschichte der Roma im Burgenland

a) Ansiedlung (Seite 12)

b) Antiziganismus der Zwischenkriegszeit (Seite 14)

c) Tobias Portschy, der Vorbereiter der „Endlösung der Zigeunerfrage?“ (Seite 22)

d) Rom*nja von 1938 bis 1945 (Seite 27)

3. Verschwunden Romasiedlungen im Burgenland

a) Historischer Abriss (Seite 32)

4. Situation der Roma nach 1945

a) Rückkehr*innen (Seite 36)

b) Entschädigung-Opferfürsorge (Seite 38)

c) Anerkennung als Volksgruppe (Seite 40)

d) Gründung von Vereinen (Seite 42)

5. Entstehung einer Erinnerungs- und Gedenkkultur in Österreich, speziell im Burgenland

a) Zeitzeug*innen als wichtige Faktoren der Erinnerungskultur (Seite 51)

b) Konstruktion Burgenländischen Identitäten - Roma-Bewusstsein -Identität (Seite 53)

6. Erinnerungsorte und Denkmäler in ehemaligen „Roma-Ortschaften“ im Burgenland

a) Roma Politik und offizielle Erinnerungskultur im Burgenland nach 1945 (Seite 58)

b) Erste Initiativen - Schwierigkeiten (Seite 61)

c) Erste Denkmäler – weitere Initiativen (Seite 65)

d) Initiativen von Roma-Vereinen, Privatpersonen, politischen und religiösen Entscheidungsträgern im Burgenland (Seite 71)

1) Kirche (Seite 72)
2) Initiative von Privatpersonen (Seite 74)
3) Initiativen von Vereinen (Seite 75)
4) Initiativen von politischen Entscheidungsträger*innen (Seite 79)
e) politischer und gesellschaftlicher Widerstand (Seite 83)

7. Conclusio (Seite 86)

8. Quellen und Literaturverzeichnis (Seite 90)

9. Zusammenfassung/Abstract (Seite 111)

1. Einleitung

Meine Intention, die Erinnerungs- und Gedenkkultur im Burgenland in Bezug auf die Vertreibung und Ermordung der Roma und Sinti in den Mittelpunkt meiner Arbeit zu stellen, entsprang zwei Gründen – einem privat-familiären und einem offiziellen, sprich universitären.

Ich bin als Journalist tätig und als ich im August 2020 eine OTS-Aussendung vom Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde, Herrn Oskar Deutsch, bearbeiten musste, verfestigte sich in mir der Gedanke, diese Thematik in meiner Diplomarbeit zu behandeln: Oskar Deutsch: „Wir müssen den Völkermord an Roma und Sinti ins kollektive Bewusstsein bringen. Nur so erfüllen wir den Auftrag, der sich aus der Formel ‚Nie wieder!' ableitet."[1]

Ich wuchs mit dem problematischen gesellschaftspolitischen Umgang mit der NS-Vergangenheit speziell im Burgenland, aber auch in Österreich insgesamt auf. Uns wurde der Opferbegriff noch redlich gelehrt – vor allem von Lehrpersonal, das sich als Opfer fühlte, als die Naziherrschaft zerschlagen wurde. Dieses Begriffsverständnis stand am Anfang der Denkmallandschaft und Erinnerungskultur der Zweiten Republik, auch im Burgenland.

Im Gedächtnis der Nachkriegszeit, in der das Argument vom ‚Opfer Österreich' im Vordergrund stand, hatte die Erinnerung an die vertriebenen und ermordeten Rom*nja im Burgenland keinen Platz. Die Mitverantwortung von Österreicher*innen an nationalsozialistischen Verbrechen war kein Thema. Das Involvieren der eigenen Gesellschaft in die Verbrechen der Zeit des Nationalsozialismus wurde erst nach der Waldheimdebatte Ende der 1980er Jahre hinterfragt. Mit der Zeit wurden die Leerstellen des österreichischen Gedächtnisses sichtbar. Das fehlende Gedenken an die Opfer der Shoa wurde Thema, das fehlende Gedenken an die Opfer der Volksgruppe der Roma ist bis heute nicht im kollektiven Gedächtnis verhaftet.

In dieser Arbeit wird der aufgestellten These nachgegangen und es wird zu klären versucht, warum es wenige Erinnerungsorte für die ermordeten burgenländischen Rom*nja

[1] OTS von der Israelitischen Kultursgemeinde Wien vom 2. August 2020 vgl.: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200802_OTS0035/porajmos-den-genozid-an-roma-und-sinti-ins-kollektive-bewusstsein-ruecken

gibt, warum es diesbezüglich kaum Aktivitäten seitens der Landes- und Gemeindepolitiker*innen gibt und warum sich die örtliche Bevölkerung gegen Erinnerungsorte ausspricht.

Vergessene Orte und verschwundene Menschen sollen sichtbar gemacht und im kollektiven Gedächtnis verankert werden. Es soll der Frage nachgegangen werden, warum im Burgenland jahrzehntelang mangelhaftes politisches Interesse vorherrschte, um eine tiefgreifende Auseinandersetzung und ein Sichtbarmachen des Erinnerns anhand von Denkmälern und Erinnerungsstätten für Rom*nja zu ermöglichen. Lange herrschte erinnerungspolitischer Stillstand vor, der erst durch einige Initiativen in den letzten Jahren aufgebrochen wurde.

Schreibersdorf, Welgersdorf, Holzschlag, Kemeten, Gattendorf, St. Margarethen, Mörbisch, Neutal, Neudorf, Langenthal, Grodnau, Unterwart, Oberwart – diese und über hundert weitere Orte stehen für nationalsozialistische Vernichtungspolitik an burgenländischen Rom*nja. Es handelt sich um Orte in jenem Bundesland, in dem das Porträtfoto des nationalsozialistischen Kurzzeitlandeshauptmannes und verurteilten Kriegsverbrechers Tobias Portschy bis vor einigen Jahren unkommentiert und ohne jeden Zusatz in der Ahnengalerie des Landhauses zu sehen war – jenes Mannes, der eine Hetzschrift zur Zigeunerfrage publiziert hatte und so zur Ermordung tausender Rom*nja beitrug, der nach seiner Begnadigung ein gesellschaftlich anerkannter Mann blieb, der gute Kontakte zu Politiker*innen jeder Couleur hatte und burgenländische Spitzenpolitiker*innen in seinem Gasthaus in Rechnitz empfangen durfte.

Meine Urgroßmutter war im Jahre 1937 Firmpatin von Anna Koszak, einer Freundin und Schulkollegin meiner Großmutter. Meine Großmutter wurde 1939 zum Militärdienst zwangsverpflichtet. In den Wirren des Kriegsendes machte sie sich von Berlin aus zu Fuß auf den Weg ins Südburgenland. Ihre Schulkollegin Anna, eine Romni, war jedoch verschwunden. Meine Großmutter fand nur eine Spur von Annas Eltern und Geschwistern – diese waren in Auschwitz ermordet worden.[2]

Bis heute steht keine Erinnerungstafel in Welgersdorf, wo Anna und ihre Familie einst wohnten. Insgesamt wurden 28 Personen aus dem Ort deportiert, von denen keine überlebte.

[2] Akt vom Sonderstandesamt Bad Arglosen, dass ihre Geschwister und ihr Vater in Auschwitz gestorben sind. Im Anhang beigefügt.

Die Arbeit wird die Erinnerungskultur, das kollektive Gedächtnis der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten untersuchen.

Auch die politische Verantwortung der Landes- und Gemeindepolitiker*innen werde ich hinsichtlich der Erinnerungskultur sowie der Errichtung von Erinnerungsorten und Denkmälern betrachten. Dafür habe ich jedem/jeder Bürgermeister*in einer Gemeinde im Bezirk Oberwart, in der vor 1938 Roma gelebt haben, einen Onlinefragebogen zugesandt. Damit sollte geklärt werden, ob es in den betreffenden Ortschaften eine Erinnerungsstätte für die verschleppten und ermordeten Bürger*innen der Volksgruppe der Roma gibt oder ob geplant ist, eine zu errichten.[3] Ziel des Fragebogen war es daher, Bestrebungen einer aktiven Erinnerungskultur seitens der Gemeindeverantwortlichen zu erheben und auszuwerten.

In dieser Arbeit wird ein kurzer Abriss über die Geschichte der Roma im Burgenland gegeben, es wird die Vernichtungspolitik in der Nazizeit beleuchtet und hinterfragt, inwieweit die örtliche Bevölkerung in diese involviert war. Konnten die Deportationen der Roma, die deren Tod bedeuteten, ohne Zustimmung der örtlichen Bevölkerung funktionieren?

Das Schweigen und das stille Zustimmen der Bevölkerung, ein Mitgrund, aus dem sich noch heute Teile der Bevölkerung und Lokalpolitiker*innen in den betroffenen Gemeinden gegen die Errichtung von Erinnerungsstätten als Gedenkorte für die ermordeten, ehemaligen Dorfbewohner*innen, die Rom*nja, aussprechen.

Zudem sollen die ersten Bemühungen im Rahmen der Roma-Erinnerungsarbeit analysiert und von den Protagonist*innen aus deren Sicht gezeichnet werden. Ich will einen Abriss von den ersten Bewegungen und Initiativen bis zum Status quo darstellen, offene Fragen mit den Betroffenen diskutieren und Gestaltungsideen für die Zukunft entwerfen. Es soll aufgezeigt werden, welche Maßnahmen in Bezug auf Erinnerungsorte, -stätten und -initiativen bereits umgesetzt worden sind, welche geplant ist und in welche Richtung sich die Erinnerungsbewegung entwickeln könnte.

Durch meinen Kontakt zum Leiter des Dokumentationszentrums des Österreichischen Widerstandes (DÖW), Herrn Dr. Gerhard Baumgartner, zum ‚Initiator' der Roma-Volkshochschule Burgenland, Horst Horvath, und zum Leiter der Roma-Service-Stelle, Emmerich Gärtner-Horvath, ist in mir der Plan entstanden, die Erinnerungslandschaft im

[3] Auch die verscheiden Roma-Vereine sind an der Auswertung interessiert, da sie nur von offiziellen Erinnerungsorte Bescheid wissen.

Burgenland und speziell in den Gemeinden in Bezug auf die Verfolgung und Ermordung der Rom*nja zu betrachten und diesbezüglich die Denkmalinitiativen und bestehenden Probleme zu untersuchen.

Von Beginn meiner Recherche für die vorliegende Arbeit an war es für mich unverständlich, dass Rom*nja – die größte Opfergruppe im Burgenland – bis in die frühen 1990er Jahre „sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene aus dem öffentlichen Gedenken ausgeschlossen wurden".[4]

b) These, Forschungsfrage und Vorgehensweise

Ich stelle für meine Arbeit die folgende These auf:

> ***Die Verfolgung und Ermordung der Rom*nja im Burgenland während der Naziherrschaft sind im kollektiven Gedächtnis der Burgenländer*innen wenig bis gar nicht präsent. Es fehlen Erinnerungsorte und -stätten, die die Bevölkerung für dieses Thema sensibilisieren.***

In den folgenden Kapiteln will ich meine These überprüfen, nach entsprechenden Ursachen suchen und diese analysieren.

Für die vorliegende Abhandlung habe ich einschlägige wissenschaftliche Literatur, Filmmaterial, Zeitungs- und Fernsehberichte sowie Zeitzeug*innenberichte, das heißt Quellen der Oral History verwendet. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Interviews mit den ‚Protagonist*innen' – den Förder*innen und Initiator*innen der Roma-Erinnerungskultur, sofern es eine solche gibt.

c) Forschungsstand

Die systematische wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Verfolgungsgeschichte der Rom*nja beginnt laut Gerhard Baumgartner, dem Leiter des DÖW[5], mit der Dis-

---

[4] vgl. https://www.burgenland.at/fileadmin/user_upload/Downloads/Kultur/BLA_u_BLB/Burgenlaendische_Landesbibliographie_2014_15.pdf

[5] Dokumentation des Österreichischen Widerstandes 1963 in Wien gegründet, wird fortan in meiner Arbeit als DÖW bezeichnet.

sertation von Erika Thurner zu Beginn der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts, die die nationalsozialistische Verfolgung zum Thema machte.[6] Ab den späten 1980er Jahren widmeten sich Wissenschaftler*innen der vorenthaltenen, verspäteten und versäumten Wiedergutmachung an den Roma und Sinti. Erika Thurner selbst bezeichnete in den Schlaininger Gesprächen im Jahre 2015 Selma Steinmetz als Pionierin der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Verfolgungsgeschichte der Roma und Sinti. Deren Arbeit „Österreichs Zigeuner im NS-Staat"[7] erfuhr jedoch aufgrund ihres geringen Umfangs und reduzierten wissenschaftlichen Apparats lange keine Beachtung, obwohl damit ein Fundament im deutschsprachigen Raum gelegt wurde.[8] Steinmetz war von Beginn an Mitarbeiterin des DÖW, hatte als Kommunistin und Jüdin Folter und Haft in Frankreich überlebt und brachte das Thema der Roma als Opfer des Nationalsozialismus erstmals an die Öffentlichkeit. Einen Wendepunkt in der Historiographie zur Geschichte der ‚Zigeuner' stellte die mittlerweile zum Standardwerk gewordene Publikation „Rassenutopie und Genozid" von Michael Zimmermann dar.[9]

Auf die Dissertation von Thuner folgte eine Reihe von Abhandlungen, insbesondere Diplomarbeiten, die aber oft nicht zur Erweiterung des Forschungsstandes beitrugen und hinter der von Thurner gefundenen Erkenntnisse zurückblieben. Einschlägige Lokalstudien – zum Beispiel jene von Dieter Mühl über die Roma von Kemeten[10], von Helmut Samer[11] über die Roma von Oberwart oder von Herbert Brettl über Quellen zur Geschichte der ‚Zigeunerpolitik' im Bezirk Neusiedl am See[12] – sind diesbezüglich fundierter, wurden aber allesamt bereits um die Jahrtausendwende publiziert. Dem Vermögensentzug und der Verfolgung der Roma und Sinti widmeten sich Gerhard Baumgart-

---

[6] Erika *Thurner,* Die Zigeuner als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung in Österreich (Dissertation Universität Wien 1982).

[7] Selma *Steinmetz,* Österreichs Zigeuner im NS-Staat (Monographien zur Zeitgeschite, Hg. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1966)

[8] Vgl. Gerhard *Baumgartner, „*Wann endlich wird dies himmelschreiende Unrecht an uns gut gemacht?" Frühe Zeugnisse österreichischer Oma und Romnia zu ihrer Verfolgung während des Nationalsozialismus. In:Christine *Schindler,* Feindbilder. Jahrbuch 2015. (Hg.: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 2015).

[9] Michael *Zimmermann,* Rassenutopie und Genozid: die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage" (Hamburg 1996).

[10] Dieter *Mühl,* Die Roma von Kemeten (Oberwart 1998).

[11] Helmut *Samer,* Die Roma von Oberwart. Zur Geschichte und aktuellen Situation der Roma in Oberwart (Oberwart 2001).

[12] Herbert *Brettl,* Quellen zur Geschichte der „Zigeunerpolitik"zwischen 1921 und 1945 im Bezirk Neusiedl am See (Oberwart 2007).

ner und Florian Freund im Bericht der österreichischen Historikerkommission.[13] Sie leiteten die Forschungsarbeit zu Roma im Burgenland, die die Volksgruppe auf Basis archivarischer und statistischer Quellen darstellte und 2004 als Forschungsband erschien. Neuere Ergebnisse brachten die 34. und 35. Schlaininger Gespräche. Bei der Konferenz im Jahre 2014 lag der Schwerpunkt auf der Geschichte der verfolgten und vertriebenen Roma und Sinti bis zum Anschluss; 2015 befassten sich Wissenschaftler*innen bei der Konferenz in Beiträgen mit der Verfolgung während des Nationalsozialismus, der Wiedergutmachung, der Anerkennung als Volksgruppe und deren Auswirkungen bis zur Gegenwart.[14]

Der Leiter des DÖW, Gerhard Baumgartner, und die Historiker Herbert Brettl und Florian Freund sind seither bemüht, durch ihre Forschungsarbeiten und Publikationen die Geschichte der Rom*nja ins Bewusstsein der lokalen Bevölkerung zu bringen. Nicht zu vergessen sind hier die Bestrebungen von Rudolf Sarközi und dessen Kulturverein österreichischer Roma, die zur Anerkennung der Volksgruppe der Roma führten, der Roma-Volkshochschule Burgenland, vor allem von Horst Horvath, der mit seinen Veranstaltungen und Publikationen die Rom*nja, deren Geschichte und deren jetziges Leben mit bestehenden Problemen den Medien zugänglich macht. An dieser Stelle sollten zudem Emmerich Gärtner-Horvath vom Verein Roma-Service, der bedeutende Basisarbeit für die Volksgruppe leistet, die Roma-Pastoral-Stelle und Roma-Vereine, die relevante Beiträge zur Bewusstseinsbildung in der breiten burgenländischen Öffentlichkeit liefern, erwähnt werden.

Abschließend muss festgestellt werden, dass nach wie vor eingehende Analysen zum Thema notwendig sind, obwohl in den letzten Jahren viele wissenschaftliche Arbeiten über die Roma, deren Geschichte, Vergangenheit und Gegenwart sowie deren Verfolgung erschienen sind. Eine aktuelle Perspektive liefert das im September 2020 erschienene Buch „Einfach weg! Verschwundene Romasiedlungen im Burgenland“ von Herbert Brettl und Gerhard Baumgartner.[15]

---

[13] Florian *Freund,* Gerhard *Baumgartner,* Harald *Greifeneder,* Vermögensentzug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti (Wien/München 2004).

[14] Vgl. Rudolf *Kropf*, Gert *Polster* (Hg.), Roma und Sinti von 1938 bis zur Gegenwart. Tagungsband der 35. Schlaininger Gespräche 21. bis 25. September 2015 (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland (WAB). Band 158, Eisenstadt 2016). S.9.

[15] Herbert *Brettl,* Gerhard *Baumgartner,* „Einfach weg!“Verschwundene Romasiedlungen im Burgenland (Wien 2020).

d) Begriffserklärung

Der Begriff ‚Roma' bedeutet in Romanes ‚Mensch'. Er setzt sich in letzter Zeit immer mehr durch, wenngleich bis vor einiger Zeit die Bezeichnung ‚Zigeuner' umgangssprachlich im Burgenland gebräuchlich war, jedoch negativ konnotiert. Dieser Begriff ist eine Fremdzuschreibung und wurde in der Zwischenkriegszeit von Beamten der Gendarmerie und Polizei willkürlich verwendet. Wen die Beamten[16] als ‚Zigeuner*innen' titulierten, lag teilweise in ihrem Ermessen. Es entstand ein Problem mit dem polizeilichen Ordnungsbegriff ‚Zigeuner', der nach 1945 weiterwirkte.[17] Personen, die in einer Zigeunersiedlung lebten, wurden automatisch als ‚Zigeuner*in' bezeichnet. Das Problem bestand hierbei darin, dass diese Willkür später für die nationalsozialistische Rassenverfolgung herangezogen wurde. Trotz der Stigmatisierung des Begriffs darf nicht vergessen werden, dass die Bezeichnung ‚Zigeuner*in' oft auch von den Angehörigen der Volksgruppe selbst verwendet wurde.[18]

In den Interviews mit Rom*nja versuchte ich abzuklären, wie der Begriff heute von den Mitgliedern der Volksgruppe gesehen und verstanden wird. Durchwegs empfinden diese den Begriff als beleidigend und herabsetzend und wollen ihn nicht verwendet wissen.[19] Das Substantiv ‚Zigeuner*in' wird in einschlägigen Quellen weit gefasst und bezeichnet keine homogene Gruppe. Ihm wurden in Ermangelung objektiver Kriterien nach subjektiven Einschätzungen willkürliche und unterschiedliche Bedeutungen zugeschrieben.[20] In meiner Arbeit wird der Begriff ‚Zigeuner*in' als Bezug auf den Originalterminus in den Quellen verwendet. Es ist mir bewusst, dass die Bezeichnung eine Fremdzuschreibung ist – sie wird daher in dieser Arbeit in Anführungszeichen gesetzt

---

[16] Hier wird bewusst nur von Beamten und nicht auch von Beamtinnen gesprochen, weil es zu dieser Zeit nur männliche Mitglieder der Gendaramrie gab.

[17] In Wien wird mittels des Begriffs"Zigeuner nach 1945 weiter nach Personen gefahndet.

vgl. Marius *Weigl,* Zurück zur alltäglichen Polizeiparxis.Kriminaliseiern, Erfassen, Fahnden, mittels des „Zigeuner"-Begriffs nach 1945.

[18] Vgl. Gerhard *Baumgartner*, Eva *Müllner*, Rainer *Münz*, Identität und Lebenswelt. Ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt im Burgenland (Eisenstadt1989). S. 87.

Vgl. Kathrin *Ulrich*, Die Volksgruppe der Roma in Oberwart - eine mit Makel behaftete Minderheit? Journalisten zwischen Vorurteilsbildung & Minderheitenanwalt? (Magisterarbeit Universität Wien 2008). S.15.

[19] Emmerich Gärtner-Horvath erklärte mir in einem Gespräch, dass der Begriff „Zigeuner" in ihrer Sprache gar nicht vor kommt und dass sie ihn auch nicht hören wollen. Interview am 22.3.2021.

[20] Karola *Frings, „*Rasse: Zigeuner" Sinti und Roma im Fadenkreuz von Kriminologie und Rassenhygiene 1933-1945. In: Herbert *Uerlings,* Julia-Karin *Patrut,* „Zigeuner" und Nation. Repräsentation - Inklusion- Exklusion (Frankfurt am Main 2008). S.273-309.

und ist demnach kritisch sowie zu lesen.[21] Ansonsten werden die Bezeichnungen ‚Roma' und ‚Rom*nja' verwendet. Seit dem ersten internationalen Roma-Kongress ist ‚Roma' (Einzahl, männlich: ‚Rom'; Einzahl, weiblich: ‚Romni'; Mehrzahl, weiblich: ‚Romnja') die offizielle Selbstbezeichnung, die auch in meiner Arbeit weitgehend verwendet wird.[22] Wenn es sich aus der Quellenzitation oder aufgrund der Verständlichkeit ergibt, werde ich jedoch, wie bereits erwähnt, auch den Begriff ‚Zigeuner*in' anführen. Aufgrund der überholten und negativen Konnotation wieder dieser jedoch immer in Anführungszeichen gesetzt – auch als Zeichen des Respekts gegenüber der Volksgruppe.

Sofern in der jeweils verwendeten Literatur von ‚Roma' die Rede ist, werde ich diese Bezeichnung an der entsprechenden Stelle in meiner Arbeit übernehmen. Insgesamt beinhaltet die vorliegende Ausarbeitung demnach ausgewählte unterschiedliche Bezeichnungen für die betrachtete Volksgruppe.

2. Geschichte der Roma im Burgenland

Meine These, dass das Schicksal der burgenländischen Roma und Sinti im kollektiven Gedächtnis der Burgenländer*innen wenig verankert ist, kann auch mit der Geschichte der Roma im betrachteten Bundesland zusammenhängen. Deshalb werde ich in den folgenden Abschnitten die Geschichte der Roma und Sinti im Burgenland zusammenfassen. Besonders den Anfeindungen und Ressentiments der Zwischenkriegszeit werde ich dabei mehr Platz widmen, weil diese Zeit den Ursprung für die ‚verhaltene' Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung gegenüber den Roma darstellt.

a) Ansiedlung

Die erste urkundliche Erwähnung von Rom*nja im westungarischen Raum, dem heutigen Burgenland, stammt vom Ende des 14. Jahrhunderts. Zu Beginn des 15. Jahrhunderts flüchteten größere Roma-Gruppen vor Versklavung und politisch instabilen Zuständen aus Ost- und Südosteuropa in den westungarischen Grenzraum. Dieser war über Jahrhunderte hindurch geprägt von Auseinandersetzungen. Roma wurden gedul-

[21] Ursula *Mindler-Steiner,* Nationalsozialistische „Zigeunerpolitik" im regionalen Kontext (Burgenland/Steiermark). In: Rudolf *Kropf*, Gert *Polster* (Hg.), Roma und Sinti von 1938 bis zur Gegenwart. Tagungsband der 35. Schlaininger Gespräche 21. bis 25. September 2015 (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland (WAB). Band 158, Eisenstadt 2016). S.37.

[22] vgl. https://weiterdenken.de/de/sintizze-und-romnja

det, wenn sie gebraucht wurden, andernfalls jedoch vertrieben. Im Süden des heutigen Burgenlandes erkannte die Herrschaftsfamilie der Batthyanys den Nutzen der Schmiedekunst der Roma-Gruppe als einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor und erlaubte den Rom*nja, sich auf ihren Besitzungen im südlichen Burgenland frei zu bewegen. Im Gegensatz dazu vertrieben die Esterhazy die Roma von ihren Ländereien im Norden des heutigen Burgenlandes.[23]

Im Jahre 1674 stellte Graf Christof Batthyany einer Gruppe von Roma unter der Führung von Martin Sarközi einen Schutzbrief aus. Dieser bezog sich auf seine Besitzungen im Südburgenland und ist das erste Dokument, das eine dauerhafte Ansiedlung der Roma auf dem Gebiet des heutigen Österreich belegt.[24] Das 18. Jahrhundert war für die ‚Zigeuner*innen' eine Zeit der Verfolgungen und Vernichtungen. Es kam zu regelrechten ‚Zigeuner*innenjagden'. Kaiser Karl IV. verschärfte die inhumane Politik gegen die Volksgruppe und wollte diese ausrotten. Er gab die Anweisung, alle männlichen Roma hinzurichten und den Kindern und Frauen je ein Ohr abzuschneiden. Wer den ‚Zigeuner*innen' bei der Verfolgung half, musste mit hohen Strafen rechnen.[25]

Kaiserin Maria Theresia beendete diese Grausamkeiten – sie änderte die Politik gegenüber der Volksgruppe. Nicht Ausrottung und Vertreibung waren ihre Prämisse, stattdessen sollten aus den ‚Zigeuner*innen ordentliche und nützliche Bürger*innen werden, wobei menschliche Gesichtspunkte keine Rolle spielten.[26] Unter der Kaiserin und deren Sohn Joseph II. wurden die umherziehenden Roma- und Sintifamilien mit teilweise unmenschlichen Maßnahmen zwangsangesiedelt und bekamen Grundstücke im heutigen Burgenland zugewiesen. Oft wurden ihnen die Kinder weggenommen und anderen Familien zur Erziehung und wahrscheinlich auch Ausbeutung anvertraut. So lebten schließlich in vielen Orten des Burgenlandes Roma als steuerzahlende Haus- und Grundstücksbesitzer. In kaum einem anderen Teil der Monarchie hatten die Reformen von Maria Theresia in Bezug auf das Sesshaftwerden der ‚Zigeuner*innen' so großen Erfolg wie im Gebiet des heutigen Burgenlandes. Die auf diese Weise angesiedelten Familien – pro Ortschaft meist vier bis fünf – waren in der Zwischenkriegszeit nicht so

---

[23] vgl. Volkshochschule der burgenländischen Roma (Hg.), Roma Cajtung. (Extrablatt, Oberwart). S.4-5.

[24] vgl. Gerhard *Baumgartner,* Herbert *Brettl,* „Einfach weg". Verschwundene Romasiedlungen im Burgenland (Wien/Hamburg 2020).S.8.

[25] vgl. Claudia *Mayerhofer,* Dorfzigeuner, Kultur und Geschichte der Burgenland-Roma von der Ersten Republik bis zur Gegenwart (Wien 1987).S.21.

[26] vgl. *Samer,* Die Roma von Oberwart. S.12.

oft rassistischen Verfolgungen ausgesetzt wie jene, die in den später entstandenen, größeren ‚Zigeuner*innensiedlungen' lebten, den sogenannten Kolonien.[27]

Große Auswirkungen auf das Leben der Roma hatte die Verfolgung der ‚Wandergewerbetreibenden' in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und im frühen 20. Jahrhundert im österreichischen Teil der Monarchie. Die ‚Zigeuner*innen' wurden nach Ungarn abgeschoben und in den Grenzgemeinden des heutigen Burgenlandes angesiedelt. Durch diese zwangsweise Abschiebung und Ansiedlung entstanden die ‚Zigeuner*innenkolonien' an den Rändern der burgenländischen Ortschaften.[28]

> „Trotz der großen Anzahl kam es in manchen Orten zumindest zu einer teilweisen beziehungsweise zeitweiligen Eingliederung der zugewanderten Roma. Viele von ihnen erhielten, nachdem sie im Ersten Weltkrieg gekämpft hatten, in ihren Gemeinden das Heimatrecht und wurden dadurch zu vollberechtigten Gemeindebürgern."[29]

Am Ende des 19. Jahrhunderts siedelten sich Familien des über ganz Europa verstreuten Lowara-Stammes im Seewinkel an. Sie unterschieden sich in ihrer Lebensweise von den Burgenland-Roma. Bis 1943 lebten Lowara in den Gemeinden Tadten, Wallern, Andau, Mönchhof, Gols, Podersdorf und Jois im Seewinkel. Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrten die von ihnen, die den Holocaust überlebt hatten, jedoch nicht zurück.[30]

Als das Burgenland 1921 zu Österreich kam, wurden auch einige tausend Rom*nja Österreicher. Sie konnten nun nicht mehr – wie es während der Österreichisch-Ungarischen Monarchie der Fall war – nach Ungarn abgeschoben werden. Es begann eine Zeit von Reglementierung, Einschränkung der Freiheit und vermehrten Ressentiments und Anfeindungen seitens der Politik und der Mehrheitsbevölkerung gegenüber den ‚Zigeuner*innen'.

b) Antiziganismus der Zwischenkriegszeit

---

[27] vgl. Gerda *Wagner,* Die Lage der „Zigeuner" im Burgenland inden Jaren 1938 bis 1945 mit besonderer Berücksichtigung des Lagers Lackenbach (Diplomarbeit Universität Wien 1999).S.25-26.

[28] vgl. *Samer,* Die Roma von Oberwart. S.14.

[29] *Samer,* Die Roma von Oberwart. S.14.

[30] vgl. *Wagner,* Die Lage der „Zigeuner". S.26.

In der Zwischenkriegszeit wurde die Situation der burgenländischen ‚Zigeuner*innen' schwierig. Schrumpfende Märkte für die Produkte der Rom*nja und insbesondere Dienstleistungen wie Korb- und Sesselflechten, Scherenschleifen oder Regenschirmausbessern waren in der Zeit der Wirtschaftskrise nicht mehr gefragt. Diesbezüglich muss bedacht werden, dass Armut unter der gesamten ländlichen Bevölkerung verbreitet war und viele am Existenzminimum lebten. Dies war auch die Zeit, in der viele Burgenländer*innen ihr Glück in der Ferne suchten und nach Nord- und später nach Südamerika auswanderten, sofern sie das nötige Geld dafür aufbringen konnten. Auch die ‚Zigeuner*innen' hatten solche Bestrebungen, konnten sich aber die Tickets für die Zugreise zu den Häfen und für die Überfahrt nicht leisten, auch nicht, wenn sie gut situiert waren.[31] Es gab Schifffahrtsunternehmen, zum Beispiel den Norddeutschen Lloyd[32], die in größeren Orten im Burgenland Büros einrichteten, um Auswanderungswillige anzuwerben. Der Verlust der Gelegenheitsarbeitsplätze während der Weltwirtschaftskrise erschwerte die Bedingungen für die ‚Zigeuner*innen' und oberflächlich auch für die Gemeinden, in denen diese wohnten. Letztere mussten die finanzielle Belastung für die Aufbringung der Armenfürsorge tragen, wobei diese zum Großteil nicht den Rom*nja zugutekam. Dass die meisten Gemeinden die Situation so darstellten, als müssten sie die ansässigen ‚Zigeuner*innen' durch die Armenfürsorge erhalten, was jedoch nicht den Tatsachen entsprach, verschärfte die ohnehin schon vorhandenen Ressentiments gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe. Viele Gemeinden konnten und wollten sich die

---

[31] Für die Burgenländische Landesausstellung im Jahre 1992 habe ich einige Ausstellungsstücke mit meiner Großmutter Irma Wagner zusammengesucht und zur Verfügung gestellt. Dabei waren auch Schiffskarten nach Amerika, Briefe und Fotos von ausgewanderten Verwandten. Damals, am 22. September 1991 führte ich mit Ihr auch ein Interview über die Auswanderer aus ihrem Heimatland. Dabei erwähnt Irma Wagner: „ Ach weißt du wir sind dann immer als Schulkinder, wenn wir gewusst haben es geht wieder einer „EINI" nach Amerika oder Canada, zum Bahnhof gelaufen und haben gewunken und gesungen. Es war immer ein großes TamTam wenn wer weg ging. Für uns als Kinder war das unvorstellbar, eine gedankliche Reise in ein unvorstellbares Land in ein Märchenland. Auch meine Freundin die"Zigeunerin" Anna Koszak träumte mit mir von dem fernen Land. Sie sagte öfters:"Meine Eltern wollen mit uns auch nach Amerika, wir haben drüben Bekannte. Wenn Vater genug Geld hat fahren wir „EINI"."

Zu dieser Zeit galt schon der Festsetzungserlass aus dem Jahre 1924, der den „Zigeunern" am Verlassen ihrer Dörfer hindern sollte. Auch das Umherziehen und Reisen wurde ihnen mit diesem Erlass verboten. So wäre es, wenn die Familie Koszak auch das Geld für die Ausreise nach Amerika aufbringen hätte können, ein schwieriges Unterfangen gewesen nach Amerika auszuwandern. Zu dem sollte es nicht kommen. Einige Jahre später fuhr die ganze Familie schon Richtung Norden, aber nicht Richtung Auswandererhafen in Norddeutschland sondern Richtung Polen ins Vernichtungslager Ausschwitz-Birkenau.

Quelle: Interview mit Irma Wagner vom 22.09.1991. transkribiert und im Besitz von Marcus Wagner

[32] http://epa.oszk.hu/03100/03162/00473/pdf/EPA03162_gussinger_zeitung_1931_45.pdf Werbung vom Norddeutschen LLoyd Bremen, mit der Niederlassung in der Güssinger Sparkasse, in der Güssinger Zeitung in der Ausgabe vom 8.November 1931.

Ausgaben für die Armenfürsorge der ‚Zigeuner*innen' nicht leisten. Daher wurde ein Ansuchen an die Bundesregierung gestellt, sich dieses Problems anzunehmen.[33] Obwohl die Kosten für die Armenfürsorge nur zu einem kleinen Teil auf die Roma-Bevölkerung zurückfielen, mussten sie als Sündenböcke herhalten.[34] Bereits kurz nachdem das Burgenland ‚konstruiert' und an Österreich angeschlossen worden war, gab es zunehmend Forderungen nach einer restriktiven ‚Zigeuner*innenpolitik'. So erging im Frühjahr 1922 ein Schreiben der Landes- und Bezirksverwaltung an die Gemeinden. Diese sollten Erfahrungen, Wünsche und Anregungen zur Eindämmung des ‚Wanderzigeuner*innentums äußern. Der offiziellen Aufforderung kamen einzelne Gemeinde recht schnell und fordernd nach.[35] Daraus lässt sich ableiten, dass sich Lokalpolitiker*innen und Gemeinden bereits zu diesem Zeitpunkt Gedanken darüber gemacht hatten, wie sie die ‚Zigeuner*innen' loswerden könnten. Diesem Mikrokosmos ist wohl auch die spätere 'Endlösung der Zigeunerfrage' entsprungen, die der spätere nationalsozialistische Landeshauptmann des Burgenlandes, Tobias Portschy, kurz nach dem ‚Anschluss' publizierte.

Um die Brisanz dieses Themas zu veranschaulichen und den Hass, der den ‚Zigeuner*innen' bereits 1922 von lokaler politischer Seite entgegengebracht wurde, zu beschreiben, werden im Folgenden ausgewählte Vorschläge von Gemeinden bzw. deren Vertreter*innen zur Lösung der ‚Zigeuner*innenfrage' angeführt. Sie stammen aus den Zigeuner*innenakten des Burgenländischen Landesarchives (BLA).[36]

Gemeinde Frauenkirchen, 31. März 1922: *„[U]m das Zigeunerwesen wirksam bekämpfen zu können bzw. die Zigeuner überhaupt ausrotten zu können, würde es sich empfehlen, alle Kinder schon gleich nach der Geburt der Zigeunermutter weggenommen*

---

[33] Vgl. Georg *Gesellmann,* Die Zigeuner im Burgenland in der Zwischenkriegszeit. Die Geschichte einer Diskriminierung (Dissertation Universität Wien 1989). S.149-154.

[34] Die Gemeinden im Burgenland mussten für ihre Armen für die Kosten für den Krankenhausaufenthalt, Särge, Hebammen, Arztbesuche, Medikamente, Brennholz und lebensnotwendige Güter aufkommen. Die Armenfürsorge entfiel zum Beispiel in der Gemeinde Gattendorf im Nordburgenland nur zu 8 % auf ihre Romabevölkerung.

vgl.: Herbert *Brettl, „*Wenn die Zigeuner nicht abgeschoben werden, werden sie mit der Zeit alle hier heimatberechtigt werden." Die örtlichen Behörden des Bezirkes Neusiedl am See und ihre unerwünschten Bewohner in den 1920er Jahren. In: Rudolf *Kropf*, Gert *Polster* (Hg.), Die Volksgruppe der Roma und Sinti bis 1938. Tagungsband der 34. Schlaininger Gespräche 14. bis 18. September 2014 (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland (WAB). Band 157, Eisenstadt 2016). S.382.

[35] vgl. Herbert *Brettl,* Quellen zur Geschichte der „Zigeunerpolitik"zwischen 1921 und 1945 im Bezirk Neusiedl am See (Oberwart 2007). S.25.

[36] BLA, BH Neusiedl am See, „Zigeunerakte" 1922, Zl. 533/922.

und in einer Erziehungsanstalt untergebracht werden. Auf diese Weise würde das Kind gar nicht erfahren, dass es ein Zigeunerkind ist und würde zu einem arbeitssamen Menschen erzogen werden."

Gemeinde St. Andrä, 25. April 1922: *„Zigeuner könnte man bekämpfen, wenn man die Kinder in Anstalten zusammenfassen würde, unterrichten und zur Arbeit erzogen werden würden […].“*

Gemeinde Mönchhof, 23. März 1922: *„Regelung der Zigeunerfrage wie schon vor zwei Jahren geplant: Internierung aller Erwachsener in ein noch bestehendes gewesenes Kriegsgefangenenlager bis zu ihrem Ableben und die Erziehung der Kleinsten in staatlichen Institutionen.“*

Gemeinde Gols, 21. März 1922: *„[D]ie Kinder sollten in Erziehungs- und Arbeiteranstalten untergebracht werden.“*

Gemeinde Nickelsdorf, 22. März 1922: *„Sie sollten als Landstreicher behandelt werden und ihnen die Haare kurz geschnitten werden.“*

Gemeinde Winden, 23. März 1922: *„Heimische Zigeuner (Männer, Frauen und Kinder getrennt) sollten in ein abgegrenztes Territorium deportiert werden und dort zur Zwangsarbeit verpflichtet werden.“*[37]

Das Vokabular, dass in diesen Forderungen von Seiten der Gemeinden verwendet wurde, wirkt aus heutiger Sicht erschreckend und irritierend, aber im Entstehungskontext war es durchaus üblich, solche Wörter zu verwenden. Begriffe wie ‚bekämpfen‘, ‚ausrotten‘, ‚Erziehungsanstalten‘, ‚zur Arbeit erziehen‘, ‚Internierung‘, ‚Deportation‘ oder ‚Zwangsarbeit‘ sowie die Forderungen der Gemeinden wurden von den Nationalsozialisten einige Jahre später übernommen. Wissenschaftlichen Wert hätte eine Untersuchung dieser Gemeindeforderungen im Hinblick auf die Verfasser*innen. Wer waren die Menschen, die diese Vorschlägen ausgearbeitet haben – machten sie in der Zeit des Nationalsozialismus Karriere? Waren sie frühe ‚Schreibtischtäter*innen‘ oder traten sie auch später in Erscheinung? Die Beantwortung dieser Fragen, die sich mir während der Recherche stellten, würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit überschreiten.

Zwischen 1921 und 1933 wurden Verordnungen zur Regelung der ‚Zigeuner*innenfrage‘ erlassen, doch keine war erfolgreich.[38] So wurde zum Beispiel in einer Nationalrats-

---

[37] *Brettl, „*Wenn die Zigeuner nicht abgeschoben werden… S.383-384.

[38] Vgl. *Gesellmann,* Zigeuner. S.139.

sitzung im Mai 1922 eine entsprechende Anfrage eingebracht. Zudem wurden etwa Schulen für ‚Zigeuner*innenkinder' in größeren Ansiedlungen gefordert und eine Art Zwangsarbeit für ‚Zigeuner*innen'. Die burgenländische Landesregierung verbot mittels eines Erlasses im Jahre 1922 der Volksgruppe das Umherziehen – diese musste fortan in den Heimatgemeinden bleiben.[39] „In einem Protokoll der Landesregierung vom November 1924 war von der Abschiebung ausländischer ‚Zigeuner' die Rede. Ebenso dacht man daran, ‚Zigeuner' zu Straßen- und Bahnausbauten sowie Kanalisierungsarbeiten heranzuziehen."[40] Diese Anregung von der burgenländischen Landesregierung aus dem Jahre 1924 nahm der Kurzzeitlandeshauptmann Tobias Portschy gleich nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahre 1938 auf und zog ‚Zigeuner*innen' – wenn nicht freiwillig, dann mit Druck – für Straßen- und Kanalarbeiten heran, vor allem im Bezirk Oberwart. Darauf wird im nächsten Kapitel detailliert eingegangen. Im Protokoll wurde ebenfalls gefordert, dass der regelmäßige Schulbesuch der ‚Zigeuner*innenkinder' unter Strafandrohung überwacht werden sollte. Auch das Meldewesen sollte strenger kontrolliert werden und die Lage in den Kolonien mittels monatlicher ‚Zigeuner*innenstreife' seitens der Gendarmerie in den Griff bekommen werden.[41]

Es gab auch andere Bestrebungen seitens der Politik, das Problem mit den ‚Zigeuner*innen' zu lösen. Im Burgenland bestand zwar eine allgemeine Schulpflicht, doch die ‚Zigeuner*innenkinder' kamen nicht regelmäßig zum Unterricht und gelangten daher selten zu einem Abschluss. In Ortschaften mit wenigen Roma-Familien sollten deren Kinder mit den anderen schulpflichtigen Kindern der Gemeinde die Volksschule besuchen. Ein Erlass der burgenländischen Landesregierung vom 12. Juli 1923 besagt, dass „die Schulpflicht auch für den Nachwuchs der von alters her sozial Gemiedenen"[42] vorgeschrieben ist.

In Gemeinden mit einer hohen Roma-Population sollten eigene ‚Zigeuner*innenschulen' errichtet werden.

---

[39] Vgl. Ursula *Mindler,* Tobias Portschy. Biographie eines Nationalsozialisten. Die Jahre bis 1945 (Burgenländische Forschung Band 92, Eisenstadt 2006). S.95.

[40] *Mindler,* Portschy. S.95

Vgl. *Gesellmann,* Zigeuner. S.149.

[41] Vgl. *Gesellmann,* Zigeuner. S.213.

[42] vgl. Eva Maria *Gober,* Schule unterm Kruckenkreuz. Erziehungsansprüche im autoritären Ständestaat Österreichs 1933/34 bis 1938 am Beispiel burgenländischer Wirklichkeiten (Wien 2011). S. 51.

Die Güssinger Zeitung berichtete am 31. Jänner 1931 darüber, dass es Lösungsbestrebungen gebe, „Zigeuner zu nützlichen Menschen zu erziehen“[43]. Die Stegersbacher ‚Zigeuner*innenschule‘ sollte hier als Vorzeigeprojekt dienen.

Es wurde sogar ein besonderer Lehrplan für die Zigeunervolksschulen im Burgenland per Erlass des Bundesministeriums für Unterricht vom 2. Oktober 1934 für die burgenländischen ein- und zweitklassigen ‚Zigeuner*innenvolksschulen‘ angeordnet. Der Lehrplan galt für die 5., 6., 7. und 8. Volksschule. Der Erlass hatte für die Stegersbacher Roma-Kinder jedoch praktisch keine Relevanz, denn es gab nur wenige Schüler*innen, die die 5. Schulstufe erreichten, und erst ab dieser galt der eigens geschaffene Lehrplan. Nie erreichte ein*e Stegersbacher Roma-Schüler*in die 6., 7. oder 8. Schulstufe. Weil die Roma nicht zum deutschen Kulturkreis zählten, blieb Romanes als Unterrichtssprache unberücksichtigt – eine Barriere, die das Scheitern bedingte. Deutsch war für Roma praktisch eine Fremdsprache.[44] Es wäre auch unmöglich gewesen, die Kinder in der Stegersbacher ‚Zigeuner*innenschule‘ in Romanes zu unterrichten, denn es gab weder sprachkundige Lehrkräfte noch entsprechendes Unterrichtsmaterial. So war die ‚Zigeuner*innenschule‘ zum Scheitern verurteilt. Es waren zwar noch weitere im südlichen Burgenland geplant, die jedoch aufgrund von Finanzierungsproblemen nicht realisiert wurden. Es gab auch einen Plan, in Oberwart und Stegersbach Heime für ‚Zigeuner*innenkinder‘ zu errichten und diese von den Eltern getrennt zu erziehen. Auch dieses Vorhaben wurde nicht umgesetzt. Die Stegersbacher ‚Zigeuner*innenschule‘ wurde 1938 aufgelöst.[45]

Das Landesgendarmeriekommando des Burgenlandes hat im Jahre 1924 eine umfassende Erhebung der ‚Zigeuner*innen angeordnet. Im Jahr 1926 wurden eine umfangreiche Datenerfassung, Fotografie und Daktyloskopie aller im Burgenland sesshaften Zigeuner über 14 Jahre durchgeführt. Das Bundespolizeikommissariat Eisenstadt führte diese Kartothek mit Fingerabdrücken, Fotografien und Daten von ca. 8000 burgenländi-

---

[43] Güssinger Zeitung (Ausgabe vom 31.01.1931) In: BLA, Polizeiakte, IA, 1938, Zigeuernakte, 25.

Vgl. *Mindler,* Portschy. S.96.

[44] Karl Heinz *Gober,* „Leider ist der Erfolg gleich Null.“ Die „Zigeunerschule“ in Stegersbach. In: Rudolf *Kropf*, Gert *Polster* (Hg.), Die Volksgruppe der Roma und Sinti bis 1938. Tagungsband der 34. Schlaininger Gespräche 14. bis 18. September 2014 (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland (WAB). Band 157, Eisenstadt 2016). S.421-423.

[45] vgl. Volkshochschule der burgenländischen Roma (Hg.), Die Burgenlandroma. Materialen gegen Vorurteile (Bildungskoffer. Erwachsenenbildung. Oberwart 2014). S.21.

vgl. https://burgenland-roma.at/index.php/geschichte/die-roma-in-der-1-republik

schen ‚Zigeuner*innen' ab 1928[46]. Das Verzeichnis wurde später vom SS-Rassen- und Siedlungshauptamt verwendet und diente als Grundlage für die Verfügung und Ermordung der burgenländischen Roma. Wie diese Erfassung abgelaufen ist – ob die Gendarmeriebeamten in die ‚Zigeuner*innensiedlungen' gefahren sind, um Daten zu erheben, oder ob sie dies bei den regelmäßigen Razzien in den Roma-Siedlungen durchgeführt haben –, konnte ich trotz langer Recherche in einschlägiger Literatur nicht herausfinden.

In diesem Sinne fanden auch auf lokaler Ebene entsprechende Aktivitäten statt. Die lokalen Zeitungen berichteten ausführlich über die am 15. Jänner 1933 in Oberwart stattfindende Zigeunerkonferenz. Die Bürgermeister aus dem Bezirk Oberwart sowie die Nationalrats- und Landtagsabgeordnete des südlichen Burgenlandes berieten über die dringend notwendige Lösung der ‚Zigeuner*innenfrage'.[47] Abschließende Lösungsvorschläge waren unter anderem Sterilisation und Deportation der Zigeuner*innen nach Madagaskar.[48]

Als unmittelbare Reaktion auf die Tagung in Oberwart wurde im Parlament am 19. Jänner 1933 eine ‚Zigeuner*innendebatte' über die soziale Verwaltung geführt und diese bedingte auch die Volkszählung im Jahre 1934.[49]

Anlässlich der Zählungen von 1925, 1927, 1933, 1934 (allgemeine Volkszählung) und 1936 gab es immer wieder andere Zahlen von im Burgenland ansässigen Roma. Es kristallisierte sich aber ein hoher Bevölkerungsanteil von Roma im Bezirk Oberwart heraus, der wahrscheinlich eine historische Ursache hat.

---

[46] vgl. Ursula *Mindler-Steiner,* Nationalsozialistische „Zigeunerpolitik". S.42. Das genaue Datum der Errichtung der Kartothek ist nicht geklärt. Oft wird das Jahr 1928 angegeben mit verweis auf: vgl Erika *Thurner,* Kurzgeschichte des nationalsozialistischen Zigeunerlagers in Lackenbach (1940-1945)(Eisenstadt 1984). S.9. *Thurner* gibt dafür aber keine Quelle an.

auch

vgl: Andrea *Deltl,* Die NS-Verfolgung im Burgenland 1938 (Diplomarbeit, Wien 1998). S.55. Nennt das österreichische Volksgruppenhandbuch als Quelle.

Die Karthotek wurde bis heute nicht gefunden wurde aber im Werbefilm für die Bundespolizei unter dem Titel: *Das Burgenland und die Eisenstädter Polizei (*Produktion: Bundespolizeikommissariat Wien, 1931) gezeigt. Quelle: Filmarchiv Austria (Hg.). Historisches Burgenland (Österreich in historischen Filmdokumenten, Edition Burgenland, VHS, Wien 2001). Vgl. Ursula *Mindler-Steiner,* Nationalsozialistische „Zigeunerpolitik". S.42.

[47] Neue Eisenstäddter Zeitung (Ausgabe vom 29. Jänner 1933).

[48] *Mindler,* Portschy. S.98.

[49] Unveröffentlichte Memoiren von Tobias Portschy. S. 132. Kopie im Besitz von Marcus Wagner.

Insgesamt verdeutlicht Quellenmaterial dieser Zeit, wie sehr die Möglichkeiten zu einer umfassenden Kontrolle der ‚Zigeuner*innen' ausgeschöpft wurden. Im Jahr 1935 wurde die Internationale Zentralstelle zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens bei der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission eingerichtet, die 1936 zu einer Zentralevidenz für ganz Österreich ausgeweitet wurde.[50] Bereits 1931 wurde auf Bundesebene an einem ‚Zigeuner*innengesetz' gearbeitet, das spätere nationalsozialistische Forderungen vorwegnahm, aber im Zuge eines entsprechenden Landesgesetzes speziell an die burgenländische Situation angepasst werden sollte. Außer dem Sterilisationsprogramm werden darin unter anderem bereits Restriktionen, Einschränkungen des Freiraums der ‚Zigeuner*innen', ein Verbot der Wahlbeteiligung, die Einführung der Prügelstrafe, Möglichkeiten der Schutzhaft und die Anhaltung zur Zwangsarbeit angeführt.[51]

Abschließend kann festgestellt werden, dass die Politik des offiziellen Burgenlandes und der lokalen Politiker gegenüber den ‚Zigeuner*innen' in der Zwischenkriegszeit von Diskriminierungen und Stigmatisierungen gekennzeichnet war. Sie schuf damit einen fruchtbaren Boden für die spätere nationalsozialistische Politik. Diese profitierte von den bereits tief verwurzelten Ressentiments der Bevölkerung gegenüber den ‚Zigeuner*innen'. Der Nährboden für Antiziganismus war bereits zur Zeit der Monarchie im gesamten Burgenland vorhanden.[52]

Die Diskussionen, sicherheitspolitischen Einwände und Forderungen der 1930er Jahren zur ‚Zigeuner*innenfrage' waren rassistisch untermauert, hatten aber keine gesetzlichen Konsequenzen und waren nur sicherheitspolitisch begründet. Erst mit der Machtergreifung durch die Nazis 1938 kam die rassisch-ideologische Komponente hinzu; aus den Forderungen wurden Gesetze, die die Verfolgung der Rom*nja legitimierten.[53]

---

[50] vgl. *Deltl,* Die NS-Verfolgung im Burgenland 1938. S.55.

vgl. *UNABHÄNGIGES FASCHISTISCHES PERSONENKOMITEE BURGENLAND (Hg.),* „Naziherrschaft und was uns blieb". Broschüre zur Ausstellung (Oberwart 1989). S.19.

[51] vgl. Erika *Thurner,* Nationalsozialismus und Zigeuner in Österreich (Veröffentlichung zur Zeitgeschichte, Bd. 2. Wien/Salzburg 1983). S. 53-54.

[52] Herbert *Brettl,* Quellen zur Geschichte der „Zigeunerpolitik"zwischen 1921 und 1945 im Bezirk Neusiedl am See (Oberwart 2007).

[53] Vgl. *Mindler-Steiner,* Nationalsozialistische „Zigeunerpolitik". S. 42.

c) Tobias Portschy, der Vorbereiter der ‚Endlösung der Zigeunerfrage'?

„Mit wenigen Ausnahmen ist der Zigeuner arbeitsscheu, anmaßend gegenüber den Behörden und frech gegenüber jenen, die seinen Wünschen nicht nachkommen. Er musste stets die starke Hand spüren, sonst ist mit ihm nicht auszukommen."[54] „Es mussten Maßnahmen getroffen werden. Ich war verpflichtet, dem Schmarotzerdasein der Zigeuner ein Ende zu setzen und das Herumlungern und die Bettelei der Zigeuner aus den Dörfern, Märkten und Städten unseres Landes zu entfernen, andererseits die zumeist keinen Erfolg bringenden Kosten des Unterrichts für Zigeunerkinder der öffentlichen Hand zu ersparen."[55] Dies sind nur einige Ausführungen über die ‚Zigeuner*innen' und seine Maßnahmen gegen diese, die Tobias Portschy, NSDAP-Landeshauptmann und später verurteilte Kriegsverbrecher, in seinen Memoiren festhielt.[56]

Anhand ausgewählter Interviews, schriftlicher und filmischer Quellen, will ich die Behauptung der Historikerin Uslu-Pauer[57], dass „Portschy als ideologischer Wegbereiter, Vordenker und Förderer der ‚Zigeunerverfolgung' im Burgenland angesehen werden kann"[58], prüfen.

---

[54] Memoiren Tobias Portschy. S.133.

[55] Memoiren Tobias Portschy. S.136.

[56] Jener nahe Verwandte von Tobias Portschy, der mir dankenswerter Weise eine Kopie der Memoiren zur Verfügung gestellt hat, meinte Tobias Portschy hat ihm gesagt, dass er Portschy die Memoiren in den 1970er Jahren geschrieben habe. Auch Ursula Mindler stellt in ihrer Biografie zu Portschy fest, dass er diese Memoiren in den Jahren von 1971 bis 1983 niedergeschrieben haben muss. Zeitdatierte Verweise geben Hinweise zur Entstehungszeit z.B. Aussagen wie: „der jetzige Unterrichtsminister Fred Sinowatz." Sinowatz war Unterrichtsminister von 1971 bis 1983 also muss Portschy seine Memoiren in dieser Zeit verfasst haben.
vgl. Ursula *Mindler*, Tobias Portschy und die Handlungsspielräume nationalsozialistischer Eliten. Biographische Anmerkungen zum Vordenker der nationalsozialistischen „Lösung der Zigeunerfrage". In: Ingrid *Böhler*, Eva *Pfanzelter*, Thomas *Spielbüchler*, Rolf *Steinigner* (Hrsg.), 1968 – Vorgeschichte – Folgen. Bestandsaufnahmen der österreichischen Zeitgeschichte (Innsbruck, Wien, Bozen 2010). S.350.

vgl. Marcus *Wagner, „*Tobias Portschy - Ein Leben für die vökisch-deutschnationale Idee. Sozialistion und Reintegration eines ewig Gestrigen" (Diplomarbeit, Wien 2013). S.24.

[57] Susanne *Uslu-Pauer,* „Verdrängtes Unrecht": Eine Auseinandersetzung mit den in Zusammenhang mit NS-Verbrechen an Roma und Sinti stehenden Volksgerichtsverfahren (1945-1955) unter besonderen Berücksichtigung des Lagers Lackenbach im Burgenland. (Beschreibung - Analyse - Auswirkungen nach 1945) (Diplomarbeit Universität Wien 2002).

[58] *Mindler,* Portschy. S.222.

In seiner Denkschrift „Die Zigeunerfrage“ aus dem Jahre 1938 forderte Portschy eingehend eine nationalsozialistischen Lösung des ‚Zigeuner*innenproblems‘, eine ‚Endlösung‘: „Die Zigeuner, die fast zur Gänze mit vererblichen und ansteckenden Krankheiten behaftet sind, bilden einen wahren Krankheitsherd mitten unter der deutschen Bevölkerung. […] Die Zigeunerfrage muß einer nationalsozialistischen Lösung zugeführt werden.“[59]

„Ich reduziere von der ‚Denkschrift‘ kein Wort, das ist meine Meinung. Ich habe die Zigeuner niemals leiden mögen, weil sie Schmarotzer waren“, erklärte Tobias Portschy in einem Interview mit dem Journalisten Kid Möchel für die Zeitschrift „Wiener“.[60]

Auch einige Jahre später, im Jahre 1992, verteidigte Portschy seine Denkschrift über die ‚Zigeuner*innenfrage‘ und im Dokumentarfilm „Schuld und Gedächtnis“[61] seine Ansichten und Forderungen. Er bekräftigte seine Aussagen zum Schmarotzertum der ‚Zigeuner*innen‘ wie folgt: „Ich begründe es doch in der Denkschrift selbst: Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen. Ich erkläre doch, dass die meisten Zigeuner asozial sind, das darf man nebstbei nicht vergessen.“[62]

Portschy führte weiter aus: „Die Zigeuner gehören weg, weil sie asozial sind – nicht weil sie Zigeuner sind. Ich bitte Sie, das ist doch ein ganz gewaltiger Unterschied, wenn man das weiß! Stellen Sie sich den asozialen Komplott dort in ihren Lehmhütten vor. Ein Raum, dreizehn, vierzehn Personen; die Eltern verrichten ihren Sexualverkehr vor den Augen ihrer Kinder, und die Kinder unter sich beginnen schon mit dem Sexualverkehr – mit zwölf, vierzehn bzw. achtzehn Jahren. Was da möglich war und gang und gäbe war – völlig uneuropäisch, unzivilisiert und asozial, das passte nicht in unsere Gegend.“

---

[59] Tobias *Portschy,* „Die Zigeunerfrage“ Denkschrift (Eisenstadt 1938). S.2.

[60] DÖW RE 2605/1/0, Interview Kid Möchel mit Dr. Tobias Portschy (2.5.1988).

vgl. *Wagner,* Tobias Portschy. S.49.

[61] Schuld und Gedächtnis“ ein Dokumentarfilm von Egon Humer wurde am 24.4.1992 im Rahmen der Reihe Kunststücke um 22.30 Uhr in FS2 ausgestrahlt.

Im Rahmen meiner Diplomarbeit: Marcus *Wagner, „*Tobias Portschy - Ein Leben für die vökisch-deutschnationale Idee. Sozialistion und Reintegration eines ewig Gestrigen“ (Diplomarbeit, Wien 2013), habe ich die Passagen des Dokumentarfilms, in denen Egon Huemer Tobias Portschy interviewt hat, transkribiert. Dies Transkription habe ich in einigen Passagen dieser Arbeit, immer mit Verweis darauf, verwendet.

Verweis wird im folgenden lauten: (Transkription „Schuld und Gedächtnis“ Wagner, 2013.)

[62] *Wagner,* Tobias Portschy. S.51.

Der Interviewer zitierte in diesem Zusammenhang aus Portschys Denkschrift: „Der Geschlechtsverkehr zwischen Zigeunern und Deutschen gilt als Verbrechen der Rassenschande.“ Portschy entgegnete daraufhin: „Absolut!“

Interviewer: „Zigeuner dürfen die Allgemeine Volksschule nicht besuchen.“ Portschy: „Absolut! Weil sie sogar den Erfolg der deutschen Kindern [nach einer kurzen Nachdenkpause fügt er hinzu] oder der Kroaten und Ungarn nicht garantieren konnten, wenn wir viele Zigeuner gehabt hätten. Zwei, drei haben kaum geschadet, das geb ich zu.“

Interviewer: „Die Sterilisierung der Zigeuner soll die Nachkommenschaft verhindern?“

Portschy: „Ja, genauso wie bei den Deutschen. Sterilisiert wurden die mit Erb-krankheit Belasteten. Das war ja ein Reichsgesetz, das Erbgesundheitsgesetz; also die, die wirklich Erbkrankheiten hatten. Männer wurden sterilisiert, auch Deutsche.“

Interviewer: „Sie waren aber für eine generelle Sterilisierung aller Zigeuner?“ Portschy (ringt nach Worten und stammelt): „Also nicht unbedingt. Also ich erwähne es.“

Ramsauer, einer von vier für das Buch „Schuld und Gedächtnis“ Interviewten, ist ein ehemaliger KZ-Arzt, verurteilter und später amnestierter Kriegsverbrecher und danach angesehener Allgemeinmediziner in Klagenfurt. Er warf ein: „An irgendjemandem musste man ja die Versuche machen. Heute macht man es an Affen.“ (lacht hämisch)

Portschy: „Nicht deswegen, weil sie Zigeuner waren, das bestreite ich heftig, sondern weil sie asoziale Wesen waren, Schmarotzer waren und Schmarotzer werden in der Natur immer bekämpft. Auch wenn’s Menschen sind, die sind keine Menschen. Schmarotzer sind Schmarotzer.“

Portschy (ganz aufgebracht wild gestikulierend): „Philosophieren ist leicht, wenn man fern ist und einen Dreck weiß von all diesen Dingen. Nicht erfahren hat am eigenen Körper, da ist es leicht Humanist zu sein, und zu sagen, das sind auch Menschen. Das war ein Kampf, und vom Umbringen oder Vernichtung und von der Absicht, einen Juden umzubringen, weil er Jude ist; oder einen Zigeuner um- zubringen, weil er Zigeuner ist, war nie ein Deut herauszulesen. Das ist nur dann, wenn man Feind ist. Ich glaube auch, dass die meisten eines natürlichen Todes gestorben sind, weil die Zigeuner sind kränklich; sie sind kränklich, halten aber wegen ihrer Vermehrung den Bestand ihres

Volkes klarerweise nicht nur aufrecht, sondern vermehren sich unerhört. Es wird aber nur der Widerständigste fortgepflanzt. Die sind im Winter barfuß gegangen!“[63]

So dachte der verurteilte und später begnadigte Kriegsverbrecher und gesellschaftlich sowie politisch angesehene Tobias Portschy im Jahre 1992 über ‚Zigeuner*innen‘.[64]

In seiner Antrittsrede als NSDAP-Landeshauptmann des Burgenlands am 11. März 1938 in Eisenstadt diffamierte und bezeichnete er Juden und Jüdinnen sowie ‚Zigeuner*innen‘ als untragbar für die Gesellschaft und erklärte: „Glaubt uns, dass wir diese Frage mit nationalsozialistischer Konsequenz lösen werden.“[65] Dies war letztendlich auch der Fall, den fortan wurden die Rechte und Freiheiten der ‚Zigeuner*innen‘ massiv eingeschränkt.[66]

Im März trat der neue Landeshauptmann bei einer nationalsozialistischen Großkundgebung in Oberwart als Redner auf die Bühne. Die Oberwarther Sonntagszeitung berichtete darüber wie folgt: „Zwei Minderheiten aber, Juden und Zigeuner, ähnlich in ihrem Charakter, können wir auf die Dauer nicht dulden (tosender Beifall), da wir ein Volk sind, welches arbeitet und Werke schafft, jene aber sind Parasiten im deutschen Volkskörper, die von ehrlicher Arbeit anderer ihr Dasein fristen (tosender Beifall).“[67]

In seinen Memoiren rühmte sich Portschy, dass er gleich nach der Machtergreifung 1938 einige Erlässe gegen die ‚Zigeuner*innen* geltend gemacht habe. So haben er diesen mittels Erlass das Wahlrecht entzogen. Demzufolge hatten sie bei der Volksabstimmung am 10. April kein Stimmrecht. ‚Zigeuner*innen‘ konnten ab Sommer 1938 zu Arbeiten an öffentlichen Bauten, auf Straßen[68] und Steinbrüchen herangezogen wer-

---

[63] zitiert nach Transkription „Schuld und Gedächtnis“ Wagner, 2013.

vgl. *Wagner,* Tobias Portschy. S.51-53.

[64] Seine Aussagen in „Schuld und Gedächtnis“ führten zu einer Anzeige des Dokumentationszentrums des österreichischen Widerstands bei der Staatsanwaltschaft Wien, wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung und Verhetzung. Auch Pius Strobel, der Landesgeschäftsführer der burgenländischen Grünen erstattete Anzeige. Ein Strafverfahren wurde verschleppt. 1996 starb Tobias Portschy, so entzog sich Portschy durch einen Tod einer möglichen Anklage oder gar Verurteilung. vgl. DÖW RE 2605/1/0 auch unter vgl. *Wagner,* Tobias Portschy. S.54-55.

[65] Oberwarther Sonntagszeitung, Nr. 14, 59.Jg. (10.April 1938). S.3.

[66] *Mindler,* Portschy. S.100.

[67] Oberwarther Sonntagszeitung, Nr. 13, 59.Jg. (3.4. 1938). S.3.

[68] Am 31. Juli 1938 erschien in der Zeitung „Grenzmark Burgenland“ unter der Schlagzeile „Zigeuner zur Straßenarbeit!“ eine Verordnung von Tobias Portschy.

vgl. Grenzmark Burgenland (Ausgabe vom 31.7.1938) Titelseite.

den. „Endlich untersagte ich Ende September 1938 die Einschulung der Zigeunerkinder“[69], rühmte sich Portschy mit einem wesentlichen Einschnitt ins Leben der Minderheit.

Die Ostmark war hinsichtlich der Politik und entsprechender Maßnahmen gegen ‚Zigeuner*innen‘ ein Vorreiter im Deutschen Reich[70] – auch auf Betreiben Portschys hin, der bei den Zentralstellen in Berlin häufig intervenierte und so die nationalsozialistische ‚Zigeuner*innenpolitik‘ beeinflusste.[71] In seinen Memoiren führt er stolz an, für die Zigeunerlösung nach Berlin eingeladen worden zu sein.[72] Die dortigen Politiker hätten auf viele im Burgenland der Zwischenkriegszeit angedachten Vorschläge zurückgreifen und diese im nationalsozialistischen Sinne verwirklichen können.

Doch nicht alles, was Portschy propagierte, konnte er umsetzen. Er regte in seiner Denkschrift unter anderem die Errichtung von Arbeitslagern[73] für ‚Zigeuner*innen‘ an, hatte aber mit dem Bau des Lagers in Lackenbach nichts zu tun. Dies entbindet ihn je-

---

[69] Memoiren Tobias Portschy. S.135.

[70] Der Gauleiter der Steiermark und Portschys Vorgesetzter, Sigfried Uiberreither regte auch eine endgültige Lösung der Zigeunerfrage an: *„Eine endgültige Lösung der Zigeunerfrage im Burgenland ist nur dann möglich, wenn […] die großenteils in geschlossenen Grenzsiedlungen lebenden 6500 Zigeuner aus nationalpolitischen Gründen von der Grenze unbedingt entfernt werden [...]. Wenn man sie nicht einfach geschlossen in ein Konzentrationslager bringen will oder kann, dann wäre, da sich die Zigeuner, die in Zwangsarbeitslagern untergebracht sind, für Erdarbeiten als besonders geeignet erwiesen haben, einer Anregung des Reichsarbeitsdienstes folgend, der geschlossene Abtransport der Zigeuner in die norddeutschen Moorkultivierungsgebiete in Erwägung zu ziehen.*“

vgl: LH Steiermark an RKPA, 22.8.1939, StLA, Landesregierung, 384, Zi 1/1940.

vgl.: Forschungsprojekt des Zukunftsfond der Republik Österreich Projektleiter: Gerhard *Baumgartner,* Sabine *Schweitzer, „*Dezentrale nationalsozialistische ‚Zigeunerlager‘ auf dem Gebiet des heutigen Österreich 1938 – 1945“ Endbericht.

[71] So forderte Portschy in einem Brief an den Chef der Reichskanzlei dem Reichsminister Lammer die Sterilisation der „Zigeuner“: „Aus volksgesundheitlichen Gründen und, weil die Zigeuner nachgewiesenermaßen erblich vorbelastet und ein Volk von ausgesprochenen Gewohnheitsverbrechern sind, die als Schmarotzer in unserem Volkskörper nur ungeheueren Schaden anrichten, muß man erst an die Verhinderung ihrer Vermehrung herangehen […].“

vgl. Wolfgang *Benz,* Der Holocaust (München 1995). S.96.

[72] Memoiren Tobias Portschy. S.176.

[73] Das bereits erwähnte Forschungsprojekt von Dr. Gerhard Baumgartner ist auf der Suche nach wissenschaftlichen Beweisen für Roma- Zwangsarbeiterlager auf dem Gebiet des heutigen Burgenlandes. Erste Hinweise für Lager zum Bau des Güterweges Lockenhaus-Geschriebenstein, beim Straßenbau Oberwart-Pinkafeld und Hartberg, einem Arbeitslager in Hornstein und Zurndorf wurden gesichtet.

doch nicht von der Verantwortung für sein Wirken und Tun im Sinne des Nationalsozialismus.[74]

Abschließend kann festgestellt werden, dass Portschys politisches Hauptaugenmerk auf der ‚Zigeuner*innenlösung' lag. Gegen die Bevölkerungsgruppe hetzte er in Berichten, Reden und Schriften; als Landeshauptmann setzte er einen Teil jener Forderungen in Form von Erlässen durch, die im Ständestaat bereits angedacht worden waren. Durch diese Diskriminierungen entzog er den ‚Zigeuner*innen' die Lebensgrundlage. Portschy kann vor diesem Hintergrund als treibende und exekutierende Kraft des Nationalsozialismus im Burgenland angesehen werden.[75]

Er wurde zwar wegen seiner Funktionen in der NSDAP als Kriegsverbrecher verurteilt, aber bald begnadigt, ohne dass er sich jemals für die Taten gegen seine Mitmenschen (Roma, Juden, Andersdenkende) verantworten musste. Im Gegenteil – Portschy blieb bis zu seinem Lebensende seiner Gesinnung treu und tat dies immer wieder kund.[76] Ich stelle noch zusätzlich die Behauptung auf, dass Portschy bis zu seinem Tod versucht hat, seine Gesinnung zu verbreiten. Wie Deltl in der Conclusio ihrer Diplomarbeit treffend festhält, hat er auch in der Geschichtsschreibung Bestätigung gefunden, denn die traditionelle burgenländische Historiographie nach 1945 vernachlässigt die individuelle Verantwortung und verharmlost die einheimische Täterschaft.[77] Bezeichnend dafür ist, dass die offiziellen politischen Vertreter*innen des Burgenlandes[78] gern und oft gesehene Gäste in Portschys Gasthaus in Rechnitz waren.

Dieser Aspekt ist für die Entstehung einer Erinnerungskultur im Burgenland von Bedeutung.

d) Roma von 1938 bis 1945

Die Situation, die Verfolgung, Vertreibung und Ermordung der Burgenland-Rom*nja in der Zeit von 1938 bis 1945 war und ist ein viel beachtetes Forschungsfeld mit entspre-

---

[74] vgl. *Wagner,* Die Lage der „Zigeuner". S.126-128. ebenso vgl. *Mindler,* Portschy. S.223.

[75] vgl. *Wagner,* Portschy. S.88.

[76] vgl. *Mindler,* Portschy. S.223. vgl. *Wagner,* Tobias Portschy. S.101-103.

[77] vgl. *Deltl,* Die NS-Verfolgung im Burgenland 1938. ebenso vgl. *Mindler,* Portschy. S.223.

[78] hier habe ich bewusst nur die männliche Form gewählt, weil laut meiner Recherche ausschließlich männliche Politiker bei den Feierlichkeiten/Treffen im Gasthaus Rose, von Tobias Portschy anwesend waren.

chend ausführlichen Studien und Ergebnissen. Zahlreiche Tagungen und Symposien haben bereits dazu stattgefunden und die Historikerkommission sowie Wissenschaftler*innen unterschiedlicher Disziplinen haben sich diesem Thema gewidmet.

Ich will diese Zeit daher nur anhand ausgewählter Daten kurz kennzeichnen.

Durch den ‚Anschluss' Österreichs an das Deutsche Reich 1938 verschlechterte sich die Lage der burgenländischen ‚Zigeuner*innen' zusehends:

16. März 1938 ‚Zigeuner*innen' wird das Stimmrecht entzogen.

Mai 1938 Himmler ordnet die Erfassung der österreichischen ‚Zigeuner*innen' an

Mai 1938 Allen ‚Zigeuner*innenkindern' des Burgenlandes wird der Schulbesuch untersagt[79]

März bis Juni 1938 Im Burgenland werden 232 ‚Zigeuner*innen' im Rahmen des „Erlasses über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung" inhaftiert.

[79] Für das gesamte Deutsch Reich wurde der Schulbesuch erst im März 1941 untersagt.

vgl. Historikerkommission. *Freund, Baumgartner, Greifender,* Vermögensentzug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti. S.33.

Juli 1938 Zwangsarbeit[80] für ‚Zigeuner*innen' wird im Burgenland eingeführt.[81]

März 1939 Der erste burgenländische ‚Zigeuner' stirbt in Mauthausen.[82]

5. Juni 1939 Das Reichskriminalpolizeiamt ordnet eine Verhaftungswelle von ehemaligen burgenländischen ‚Zigeuner*innen' an. Dabei sollen 2000 Männer und nicht mehr als 1000 Frauen verhaftet, in Vorbeugehaft genommen und in Konzentrationslager eingeliefert werden. Wie viele Personen in diesem Zuge tatsächlich in Konzentrationslager eingeliefert worden sind, ist noch nicht vollständige geklärt. Einschlägige Quellen belegen jedoch, dass weniger als 3000 Personen inhaftiert wurden.[83]

17. Oktober 1939 Festsetzungserlass: ‚Zigeuner*innen' dürfen ihren Wohn- bzw. Aufenthaltsort nicht mehr verlassen.

---

[80] Für den ab 1936 durchgeführten Bau eines Güterweges von Lockenhaus auf den Geschriebenstein weist die Schlussabrechnung von 1941 zahlreiche Roma als Arbeitskräfte auf. Bisher konnte nicht geklärt werden, ob dabei – ab 1938 – Roma freiwillig oder auch als Zwangsarbeiter eingesetzt waren und ob dafür möglicherweise auch ein Arbeitslager errichtet wurde.

vgl. NÖLA, RStH Niederdonau, Abt. Va (Straßenbau), 2000, 1940/41 XXIV c 21010-Schl. B2.

Spätestens im Jahr 1939 begannen Ausbauarbeiten der Straßen zwischen Oberwart, Pinkafeld und Hartberg. Der Landeshauptmann der Steiermark meldete, dass 1939 *„auf der Baustelle Oberwart-Pinkafeld der Reichsstrasse 245 im Durchschnitte bis zu 250 Zigeuner und im Baulos Oberwart-Hartberg II [...] 100 Mann beschäftigt waren.Trotz der geringen Entlohnung von durchschnittlich RM 0,30 pro Stunde und ohne Anspruch auf trennungs- oder Übernachtungsgelder waren sie durchwegs fleißig und arbeitswillig. Die Bauunternehmungen waren auch mit den Zigeunern im allgemeinen sehr zufrieden. Besonders beim Humusieren der Böschungen, Ausstechen von Entwässerungsgräben, bei ausgesprochenen Schmutzarbeiten, bei Schmiede- und Schlosserarbeiten waren sie sehr gut zu verwenden."*

vgl. Zigeunersachen, LH Steiermark an Abt. Ia beim LH Steiermark, 3.2.1940, StLA, Landesregierung, 384, Zi 1/1940.

vgl. Forschungsprojekt des Zukunftsfond der Republik Österreich Projektleiter: Gerhard *Baumgartner,* Sabine *Schweitzer, „*Dezentrale nationalsozialistische ‚Zigeunerlager'
auf dem Gebiet des heutigen Österreich 1938 – 1945" Endbericht.

[81] *Portschy,* Die Zigeunerfrage. S.8.

[82] vgl. *Zimmermann,* Rassenutopie. S. 118. vgl. *Freund, Baumgartner, Greifender,* Vermögensentzug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti. S.106.

[83] vgl. *Freund, Baumgartner, Greifender,* Vermögensentzug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti. S.103-108. hier S.105.

23. November 1940 Das „Zigeunerfamilien Anhalte und Zwangsarbeiterlager“ in Lackenbach wird in einem ehemaligen Meierhof der Familie Esterhazy ‚eröffnet‘.[84] Die ersten Häftlinge werden bereits Ende November 1940 eingeliefert.[85] Zwischen 1940 und 1945 sind über 4000 Roma und Sinti in Lackenbach inhaftiert.[86]

6. April 1941 erste Einweisungen in größerem Umfang

1. Oktober 1941 SS-Reichsführer Heinrich Himmler ordnet die Einweisung von 5007 zumeist ehemaligen burgenländischen bzw. österreichischen ‚Zigeuner*innen‘ ins Ghetto Litzmannstadt bei Lodz an.

2. November 1941 Lagerhöchststand in Lackenbach: 2335 Personen sind inhaftiert.

5. bis 9. November 1941 5007 Personen werden ins Ghetto Litzmannstadt deportiert; 2000 von ihnen kommen aus dem Lager Lackenbach, die anderen aus den Sammellagern Fürstenfeld[87], Hartberg, Mattersburg, Oberwart und Rotenturm.[88] Unter den Deportierten befinden sich 2689 Kinder. Von den 5007 nach Litzmannstadt verbrachten Personen sterben bereits in den ersten Wochen 613 an einer Fleckfieberepidemie. Die

---

[84] vgl. *UNABHÄNGIGES FASCHISTISCHES PERSONENKOMITEE BURGENLAND (Hg.),* „Naziherrschaft und was uns blieb“. Broschüre zur Ausstellung (Oberwart 1989). S.21.

[85] vgl. *Wagner,* Zigeuner. S.128.

[86] vgl. *Baumgartner, Brettl,* „Einfach weg“.S.20.

[87]Beschreibung Sammellager Fürstenfeld wohin Südburgenländische Rom*nja deportiert wurden.

> *„ Es gab nur Lehmboden, aber kein Stroh oder sonst irgendetwas. Teils waren die Scheiben an den Fenstern eingeschlagen. Kein Licht, keine Decken, kein Essen und auch nichts zu trinken. Als es dunkel war, hörte man Schreie, Schüsse und sah das Aufblitzen von Pistolenmündungen. [...] Alle mußten sich ausziehen, gleich welchen Geschlechtes, ob Erwachsene oder Kinder. Jetzt waren ohnedies schon viel dezimiert worden, teils durch Mord am Bahnhof und teils durch die Schießereien des nachts [sic!] und im Lager und in den Baracken. Aber dies war noch immer nicht genug. Aus der Menschenschlange, die vor der Schreibstube stand und auch in den Reihen vor unseren Augen, sind Menschen grundlos, wahllos und ohne Rücksicht auf das Geschlecht, ob Greis, Kind, oder Schwangere, erschossen worden. Die Liquidierung nahm immer die SS vor. Wer krank war, oder wem schlecht wurde, erhielt einen Genickschuß. So schleifte man Tote aus unserer Schreibbaracke hinaus. [...] So dürften wohl in Fürstenfeld 1/3 der ihrer Freiheit beraubten Zigeuner erschossen worden sein.“*

Eidesstattliche Erklärung Ernst Friederich Binder, 31.3.1979.
vgl.: Stefan *Karner*, Die Steiermark im dritten Reich 1938–1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung (Graz/Wien 1986). S.175-177.

[88] StLA, Landesregierung 384 Zi 1-1940

Überlebenden werden im Dezember 1941 und Jänner 1942 im Vernichtungslager Chelmo (Kulmhof) vergast.[89]

16. Dezember 1942 Himmler ordnet die Deportation von ‚Zigeuner*innen' ausschließlich ins Konzentrationslager Ausschwitz-Birkenau an.

April 1943 Letzte große Deportationswelle österreichischer ‚Zigeuner*innen': Mindestens 2700 österreichische Roma und Sinti werden in Güterwaggons ins Lager Ausschwitz-Birkenau deportiert, wo sie in einem eigens geschaffenen Bereich, dem ‚Zigeunerfamilienlager', von den anderen Häftlingen abgegrenzt unter schrecklichen Umständen leben müssen. Auch zahlreiche Roma und Sinti aus dem Lager Lackenbach werden nach Ausschwitz-Birkenau deportiert. Bis Ende 1943 sterben mehr als 70 Prozent der Lagerhäftlinge.

Juli bis August 1944 Ende Juli 1944 werden die noch arbeitsfähigen Insassen in andere Konzentrationslager verlegt. Am 2. August umstellt die SS das Lager. In der Nacht auf den 3. August 1944 werden alle noch lebenden Insassen in der Gaskammer ermordet.[90]

April 1945 Rund 300 Häftlinge in Lackenbach erleben die Befreiung des Lagers durch die Rote Armee.[91]

---

[89] Größtes Massengrab österreichischer Holocaustopfer befindet sich in einem Waldstück außerhalb des polnischen Städtchens Chelmo nad Neuem. Hier wurden rund 4600 österreichische Roma und Sinti ermordet und verscharrt. Ihre Identität ist bis heute weitgehend unbekannt und wird schrittweise aufgearbeitet und dokumentiert.

vgl. Ursula *Mindler-Steiner,* Nationalsozialistische „Zigeunerpolitik". S.48.

vgl. *Baumgartner, Brettl,* „Einfach weg".S.20-21.

[90] vgl. *Brettl, Baumgartner,* Einfach weg. S.22.

Diese Feststellung von Brettl und Baumgartner kann nicht stimmen. Es dürften nicht alle als „Zigeuner" benannten Personen vergast worden sein. Den laut einem Schreiben der Kriminalpolizei Wien an die Leitung des „Zigeunerlagers" Lackenbach, vom 23. Feber 1945, gelang drei als „Zigeuner" benannten Häftlingen bei der Evakuierung des KZ-Ausschwitz im Jänner 1945 die Flucht. Sie werden jedoch aufgegriffen und von der Kripo Wien in das KZ Lackenbach, das bis Kriegsende existierte, überstellt. DÖW.

Vgl. Birgit *Johler,* Barbara *Staudinger,* Entfernung-Österreich und Ausschwitz. Neue österreichische Ausstellung im Staatlichen Museum der Gedenkstätte Ausschwitz-Birkenau. In: Rudolf *Kropf*, Gert *Polster* (Hg.), Roma und Sinti von 1938 bis zur Gegenwart. Tagungsband der 36. Schlaininger Gespräche 21. bis 25. September 2015 (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland (WAB). Band 158, Eisenstadt 2016). S.278.

[91] vgl. *UNABHÄNGIGES FASCHISTISCHES PERSONENKOMITEE BURGENLAND,* „Naziherrschaft. S.21.

vgl. *Brettl,* Nationalsozialismus im Burgenland. S. 279.

Die Minderheit der Rom*nja stellte die größte Opfergruppe des Holocausts im Burgenland dar.

Bezüglich der Opfer der Burgenland-Rom*nja liegen bis heute keine gesicherten Zahlen vor. Die Historikerkommission schätzt, dass von den rund 11 000 österreichischen Roma und Sinti[92] etwa 1500 bis 2000 überlebt haben.[93] Von den geschätzten rund 9000 burgenländischen Rom*nja soll es etwa 700 Überlebende geben, von den rund 4000 Roma, die vor 1938 im Bezirk Oberwart ansässig waren, knapp 200.[94]

Wie war es möglich, dass die Bevölkerung zusah? Waren die Burgenländer*innen nur passiv oder bei der Deportation ihrer Mitbürger*innen, den Rom*nja, behilflich? Dieses wenig bearbeitete Forschungsfeld beschäftigte mich während meiner Recherche für diese Arbeit zusehends. Historiker*innen wie Baumgartner vertreten die Meinung, dass ohne die Beteiligung der Bevölkerung und deren stiller Akzeptanz keine Deportationen möglich gewesen wären. So aber wurden die Rom*nja zur größten Opfergruppe der NS-Vernichtungsmaschinerie.

3. Verschwundene Romasiedlungen im Burgenland

a) Historischer Abriss

Die großen Romasiedlungen im Burgenland entstanden, weil die österreichische Regierung eine restriktive Verfolgung der Wandergewerbetreibenden anordnete. Die ‚Zigeuner*innen' wurden durch diese Verfolgung während der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts und im frühen 20. Jahrhundert ihres Handwerks beraubt und in ihrer Exis-

---

[92] Bei dieser Zahl dürfte es sich aber nicht nur um ethnische Roma und Sinti gehandelt haben, sondern um alle als „Zigeuner" stigmatisierten Menschen. Aus der geschätzten Zahl der Deportierten oder in Lager inhaftierten und einer Gegenüberstellung dieser Zahl mit der Zahl der ermordeten „Zigeuner"ergibt sich eine wahrscheinliche Untergrenze von ca. 9500 ermordeten „Zigeunern". Zu diesem Schluss kamen Gerhard Baumgartner und Florian Freund im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Arbeiten zum Forschungsprojekt zur Sicherung von wissenschaftlichen Daten zur Situation der Roma und Sinti, im Auftrag der Bundesregierung. Die Forschungsergebnisse wurden publiziert und dienen der Volksgruppe der Roma als Basis für ihre Arbeit.

vgl. Gerhard *Baumgartner,* Florian *Freund,* Die Burgenland Roma. 1945 - 2000. Eine Darstellung der Volksgruppe auf der Basis archivarischer und statistischer Quellen (Burgenländische Forschung. Band 88. Ein Forschungsprojekt des Kulturvereins Österreichischer Roma. Eisenstadt 2004).

[93] „Die Validität dieser Schätzung wird durch die Ergebnisse der Datenanalyse der Opferfürsorgeakten und der vorgenommenen Bevölkerungsfortschreibung, die für das Jahr 1948 rund 1850 Personen feststellte, erhärtet." *Baumgartner, Freund,* Burgenland Roma. S.297.

[94] vgl. *Freund, Baumgartner, Greifender,* Vermögensentzug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti. S.29. und S.244.

tenz bedroht. Die Regierung verschärfte die Zuzugsbestimmungen für Rom*nja auf österreichischem Boden zunehmend und alle auf steirischem Boden angetroffenen Rom*nja wurden nach Transleithanien nach Westungarn (heutiges Burgenland) abgeschoben. Konkret bedeutete dies, dass die Rom*nja in den Grenzgemeinden angesiedelt wurden. In Verbindung mit dem Ausreiseverbot, das Ungarn für Roma im Jahre 1870 verhängte, führten diese Maßnahmen zu einem großen Zuzug sogenannter deutscher ‚Zigeuner*innen' in Grenzbezirke, vor allem in den Raum Oberwart.[95] Da die Gemeinden laut Armenfürsorge und -gesetzgebung den abgeschobenen ‚Zigeuner*innen' Unterkünfte zu gewähren hatten, lösten die meisten von ihnen das Problem, indem sie den Neunankömmlingen Gemeindeareale zur Verfügung stellten, auf denen diese Unterkünfte errichten durften. Meist waren dies minderwertige, weitgehend wertlose Grundstücke am Ortsrand, die anderweitig nicht nutzbar waren.[96] So entstanden die ‚Zigeuner*innenkolonien' um die Dörfer herum.

Mit dem Vertrag von Trianon, mit dem das Burgenland Österreich zugesprochen wurde und eine neue Grenze zwischen den Siedlungsgebieten der ‚Zigeuner*innen' im Gebiet von Westungarn gezogen wurde, änderte sich auch deren Leben. Die Burgenland-Roma sind in wenigen Jahrzehnten von einer österreich-ungarischen zu einer ungarischen, zu einer österreichischen Minderheit geworden. Sie wurden zum Teil „ihrer Lebensgrundlage, etwa als wandernde Handwerker*innen, Musiker*innen und Händler*innen, beraubt und stattdessen als Gelegenheitsarbeiter*innen an den unteren Rand"[97] der Gesellschaft gedrängt. „Die seit Jahrhunderten gepflegten wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zu den Nachbarstaaten – und insbesondere zu Ungarn – konnten nicht weiter aufrechterhalten werden. Damit wurde die traditionelle Sozialstruktur der Burgenland-Rom*nja, die auf eine weit verzweigten Verwandtschaftssystem beruht hatte, zunehmend in Frage gestellt. Die Großfamilie die gerade in Zeiten wirtschaftlicher Not als soziales Auffangnetz diente und die staatlichen Sozialfürsorge ersetzte, verlor ihre Wirkung. Die Burgenland-Rom*nja wurden zum Spielball wirtschaftlicher und politischer Interessen. Die Stimmung im Land wurde mehr und mehr von einem antimagya-

---

[95] vgl. *Samer,* Die Roma von Oberwart. S.13.

vgl. *Brettl, Baumgartner,* Einfach weg. S.8-9.

[96] vgl. *Brettl, Baumgartner,* Einfach weg. S.8.

[97] vgl. https://burgenland-roma.at/index.php/geschichte/die-roma-in-der-1-republik

rischen Deutschnationalismus geprägt. Nachbarschaftliche Solidarität zwischen Gadsche und Roma wurde immer seltener.“[98]

In der Zwischenkriegszeit gab es im Burgenland 120 ‚Zigeuner*innensiedlungen‘. Diese befanden sich meist am Rande der Ortschaften und wurden von 10 bis 300 Personen bewohnt. Die meisten lagen in den südburgenländischen Bezirken Oberwart und Güssing. Die Bewohner*innen gingen meist einer Arbeit nach. Im Sommer waren sie meist auf den Meierhöfen der burgenländischen Adelsfamilien oder im Straßen- und Kanalbau beschäftigt. Im Winter gingen sie ihren angestammten Beschäftigungen nach, etwa Besenbinden, Kesselflicken, Korbflechten, Rechenmachen oder Musizieren, und besserte sich damit ihr Einkommen auf. In der Zeit der Weltwirtschaftskrise verloren viele Roma jedoch ihre Arbeit und die Spannungen zwischen Rom*nja und Nichtrom*nja wurden größer. Stereotypen und Vorurteile gegenüber den Rom*nja wurden wieder geschürt und die schwache Bevölkerungsgruppe wurde zum Sündenbock.[99] Eine Verelendung der Rom*nja war die Folge. Da diese meistens keinen Grund besaßen, konnten sie kein Obst und Gemüse ernten oder Holz für Feuer sammeln. Ein Indikator für die Verarmung einer Bevölkerungsschicht ist prinzipiell die Kindersterblichkeit. In den südburgenländischen Romasiedlungen betrug sie zu Beginn der 1930er Jahre in einigen Siedlungen über 50 Prozent. Die Lebensumstände wurden dort immer schwieriger.[100] Mit der Verfolgung, Deportation und Ermordung der Bewohner*innen von Romasiedlungen wurden diese zunehmend verwaist. Sie wurden weitgehend von den Gemeinden geschleift oder einfach niedergebrannt. Zahlreiche burgenländische Gemeinden versteigerten das Hab und Gut der deportierten Roma-Familien unter ihren Einwohner*innen. Dies beweist ein

---

[98] Volkshochschule der burgenländischen Roma (Hg.), Roma Cajtung. (Extrablatt, Oberwart). S.9.

[99] vgl. Roma Cajtung. (Extrablatt, Oberwart). S.9.

[100] vgl. *Brettl, Baumgartner,* Einfach weg. S.9-10.

Brief des Landrates Dr. Hinterlechner aus dem Jahre 1942.[101] Bereits am 11. November 1940 ordnete dieser in einer Aussendung an: „Die Zigeunerlager sind derart zu entfernen, daß auch keinerlei Spuren mehr hinterlassen werden, es sind daher vor allem auch etwaige Grundmauern vollkommen zu entfernen, und der Platz ist, wenn möglich, dem übrigen Landschaftsbilde gleich zu gestalten. Weiters wäre auch dafür Sorge zu tragen, daß etwa von den Zigeunern herstammende Ortsbezeichnungen, wie etwa Zigeunerkolonie oder sonstige örtliche Benennungen, möglichst bald aus dem Sprachschatz der Bevölkerung verschwinden.“[102]

Dies untermauert, dass die burgenländische Bevölkerung – wenngleich sie nicht aktiv an der Deportation ihrer Mitbürger*innen und Nachbar*innen, der Rom*nja, beteiligt war – sehr wohl an der Zerstörung der Roma-Häuser und -Hütten beteiligt war. Die Bürger*innen eigneten sich den Grund der vertriebenen Rom*nja danach meist durch Kauf an.

---

[101] dazu ein Schreiben des Landrat des Kreises Oberwart an alle Bürgermeister des Bezirks vom 6.1.1942: „An alle Herren Bürgermeister! VERTRAULICH. Wie ich bereits in der letzten Bürgermeisterbefragung bekanntgegeben habe, ist mir einer Lösung der Zigeunerfrage zu rechnen, wenn auch der Zeitpunkt vorläufig nicht bestimmt ist. Da aber festgestellt wurde, daß einzelne Zigeuner Grund besitzen und auch grundbürgerliche Eigentümer sind, wäre es zweckmäßig, wenn dieselben veranlasst würden, den Grund heute schon an deutsche Volksgenossen oder auch an die Gemeinden zu einem angemessenen Preis zu verkaufen. Ich bitte daher die Bürgermeister, etwa in Betracht kommende Zigeuner in geeigneter Weise zu veranlassen, daß sie heute schon ihren Grundbesitz verkaufen. Dies hat aber derart zu geschehen, daß keine Beunruhigung eintritt und Zigeuner nicht zur Meinung kommen, daß ihnen ein Abtransport heut oder morgen bevorstehe. An und für sich hätte ich gegen einen Verkauf der Hütten nichts einzuwenden, doch müssten die Käufer sich verpflichten, die Hütte nach Entfernung der Zigeuner abzubrechen, da vorgesehen ist, daß die Zigeunersiedlungen samt und sonder verschwinden. Ich Bittemir bis längstens 20.d.M [des Monats] zu berichten, in welchen Gemeinden die Zigeuner grundbürgerliche Eigentümer von Grundstücken sind. Es genügt vorläufig, die Angaben der Fälle ohne besondere Namensnennung, Fehlberichte können entfallen. Über die etwa noch notwendige Fürsorgebetreuung der Zigeuner ergeht in den nächsten Tagen ein eigener Erlass.

Zigeuner sind nach den mir zur Verfügung stehenden Vormerkungen noch in folgenden Gemeinden und zwar: Althodis, Bernstein, Edlitz, Glashütten, Goberling, Gronau, Harmisch, Holzschlag, Jabing, Kempten, Kleinbachselten, Kleinpetersdorf, Loipersdorf, Markt-Allhau, Mönchmeierhof, Oberwart, Podgorica, Rohrbach, Rumpersdorf, Sulzriegel, Schachendorf, Spitzzicken, St. Kathrin, Unterwart, Unterschätzen, Welgersdorf und Zuberbach.

Sollte dies nicht zutreffen, so bitte ich ebenfalls um Bericht.

Der Landrat Dr. Hinterlechner

original zitiert aus: DÖW, Dokument Nr.11293.

[102] vgl. Adi *Lang,* NS-Regime, Kriegsende und russische Besatzungszeit im Südburgenland (Oberwart 2011). S.148.

vgl. Internetseite des Historikers Herbert Brettl. https://www.brettl.at/blog/zigeunerlager-entfernen-keinerlei-spuren-hinterlassen/

Für die Forschungsthese dieser Arbeit ist diese Tatsache von Bedeutung, denn diese Aneignung von ehemaligen Rom*nja-Grundstücken und -Besitztümern wirkt als erinnerungshemmend für die nachfolgenden Generationen. Ein Nicht-erinnern-Wollen, ein Verhindern der Aufarbeitung von lokaler Vergangenheit und ein Verschweigen machten sich in der burgenländischen Bevölkerung breit, auch aufgrund eines gewissen Selbstschutzes und demnach aus pragmatischen Gründen. Aus diesem Grund wurden auch die Rom*nja, die wieder heimkehrten, nicht freudig empfangen – das Wiederansiedeln wurde ihnen möglichst schwer gemacht. Auch von offizieller Seite sollte eine erneute Ansiedlung der Roma verhindert werden, denn die Gemeinden hatten sich deren Besitz und Grundstücke angeeignet. Aus diesem Grund kam es auch seitens der burgenländischen Bevölkerung auch nach Jahrzehnten nicht zu einer Gedenkdenkmal-Initiative. So ist es durchaus verständlich, dass es in jenen Gemeinden, in denen vor 1938 die größte Population von Rom*nja ansässig war, den heftigsten Widerstand gegen Denkmal- und Gedenkinitiativen gab – nicht nur aus der Bevölkerung, sondern auch von offizieller Seite, sprich seitens der Lokalpolitik.

So ist es zu erklären und nicht verwunderlich, dass nach dem Zweiten Weltkrieg ausschließlich in Oberwart unter schwierigen Umständen und unter großen Vorbehalten seitens der ansässigen Bevölkerung wieder eine kleine Roma-Siedlung entstehen konnte.[103]

4. Situation der Rom*nja nach 1945

a) Rückkehrer*innen

Die wenigen Rückkehrer*innen wurden wenig freudig empfangen. Ungefähr 50 Prozent der überlebenden Burgenland-Rom*nja siedelten sich wieder im Bezirk Oberwart an, weitere 35 Prozent in Güssing, Jennersdorf und Oberpullendorf, die übrigen verteilten sich auf das restliche Burgenland.[104] Die Heimatgemeinden der vertriebenen Burgen-

[103] vgl. *Samer,* Roma von Oberwart. S.33-36.

[104] vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Die NSDAP in Deutschland, Österreich 1918-1938, der Anschluß, NS-Terror, Judenverfolgung, Exil, Deportation der Juden, Widerstand, die Kärntner SlowenInnen, Roma und Sinti, Homosexuelle, NS-Medizin, Zwangsarbeit, KZ Mauthausen, Entschädigung, Erinnerungskultur, Entnazifizierung, Rechtsextremismus (Wien 2006). S.114.

vgl. Marlies *Poandl,* NS-Gedenken im Burgenland: Entstehung einer Erinnerungslandschaft für Juden und Roma und Sinti als Opfer der NS-Herrschaft (Diplomarbeit Wien 2014). S.112.

land-Rom*nja waren über die Tatsache, dass diese nach der Befreiung vom Nationalsozialismus in ihre Heimatdörfer zurückkehrten, meist nicht erfreut. Die Rückkehr war durch Vorurteile und Stigmatisierung bestimmt, die jenen vor ihrer Vertreibung ähnelten. Die Rom*nja fanden danach weder ihre Familie noch ihr Hab und Gut oder ihre Häuser wieder. Es bestand großer Widerstand, ihnen Wohnraum und eine Existenz zu ermöglichen.[105] Einige Gemeinden versuchten, die Rückkehrer*innen durch Grundstückskäufe in anderen Dörfern zu einer Absiedelung zu bewegen.[106] Einige Bürgermeister*innen wussten geschickt zu verhindern, dass sich die Überlebenden wieder in ‚ihren' Orten ansiedelten. Rudolf Sarközi schilderte das Leben nach der Befreiung wie folgt: „Unser Nach-Hause-Kommen war eine Rückkehr in unsere Heimat, die uns aber nicht wollte. Die Suche nach den Verwandten begann. Die traurige Bilanz war, dass fast 90 Prozent unserer Angehörigen im KZ ermordet wurden. Wir standen vor dem Nichts. Unser Haus wurde geschleift, wir hatten keine Kleidung, keine Nahrung und keine Arbeit. Die Jahre nach 1945 waren für alle Leute schwer, aber für uns Roma war es noch bedeutend schwerer. Unser Leben in Freiheit war nicht frei von Vorurteilen und Diskriminierung. Viele Roma starben in dieser Zeit an den Folgen der Konzentrationslager. Wir Roma hatten mit vielen Probleme zu kämpfen, wurden verspottet und ausgelacht. Vergeblich warteten wir auf die Hilfe der ehemaligen Mithäftlinge aus den Konzentrationslagern, die inzwischen große Persönlichkeiten in Politik und Wirtschaft geworden waren. Figl, Lorbach, Rosa Jochmann oder Franz Ohla, sie alle dachten nicht mehr an uns, wir wurden vergessen."[107]

Der Leidensweg der Rom*nja im Burgenland setzte sich demnach nach 1945 dort. Es war diesen kaum möglich, Arbeit zu finden. Ein besonderes Problem stellte der erschwerte Zugang zu Gewerbe bzw. der Entzug der Gewerbeberechtigung nach 1945 dar. Dadurch waren viele von den Roma in der Zwischenkriegszeit ausgeübte traditionelle Gewerbezweige nur noch schwer zugänglich. Am Arbeitsmarkt gab es für die Rom*nja kaum Platz – auch aufgrund deren schlechter bis fehlender Ausbildung. Es

---

[105] vgl. Gerhard *Baumgartner,* Florian *Freund,* Die Burgenland Roma. 1945 - 2000. Eine Darstellung der Volksgruppe auf der Basis archivarischer und statistischer Quellen (Burgenländische Forschung. Band 88. Ein Forschungsprojekt des Kulturvereins Österreichischer Roma. Eisenstadt 2004). S.106.

[106] vgl. Wolfgang *Fasching,* Der Fall Karl Horvath. Ein Loipersdorfer „Zigeuner" vor dem Linzer Volksgericht. (Wien/Berlin 2018). S. 111.

[107] vgl. Rudolf *Szarközi,* Roma. Österreichische Volksgruppe. Von der Verfolgung bis zur Anerkennung (Klagenfurt/Celovec 2008). S.142.

gab auch keine berufliche Sozialisation.[108] Bis in die 1970er Jahre hinein gab es für die Rom*nja wenig Weiterbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten. Diese Probleme und Diskriminierungen veranlassten viele dazu, in der Anonymität der Großstadt ein neues Leben zu beginnen. Bis in die 1970er Jahre wurde im Burgenland von öffentlicher Seite eine Politik der Ausgrenzung, Abschiebung und Ghettoisierung gegenüber den zurückgekehrten Rom*nja betrieben. Deren soziale und wirtschaftliche Probleme wurden weitgehend ignoriert. Erst mit der Gründung der ersten Vereine und der Anerkennung als Volksgruppe im Jahre 1993 verbesserte sich die Lage der Burgenland-Rom*nja.[109]

b) Entschädigung und Opferfürsorge

„Steinmetz setzte – neben der historischen Rekonstruktion – wichtige Akzente zur Aufklärung und zum Umgang mit vom Holocaust geschädigten Rom*nja. Sie recherchierte Täterorte und interviewt Überlebende, bot Opfern Unterstützung für Behördengänge an, informierte über mögliche Ansprüche.“[110] Sie gewann das Vertrauen der Roma, indem sie in Begleitung burgenländischer KZ-Überlebender in die ‚Zigeuner*innensiedlungen‘ ging. Steinmetz setzte damit erste Initiativen zur Errichtung von Mahn- und Gedenkstätten und zur Opferanerkennung. „Das waren wichtige Basisaktivitäten, doch es bedruckte fast zwei weitere Jahrzehnte und des Generationenwechsels in Politik und Gesellschaft sowie veränderte Rahmenbedingungen, um diesen Opfern mehr Gehör zu verschaffen.“[111] Hermann Langbein, ehemaliger politischer Häftling in Dachau und Auschwitz, war eine jener Personen, die sich nach 1945 um die vernachlässigten Opfergruppen und deren Anerkennung bemühten. Er setzte sich gegen den eng gefassten Opferbegriff ein und trat besonders für die Roma und Sinti ein, die zweite Zielgruppe des Holocausts, die lange Zeit keine Beachtung gefunden und keine Lobby hatte. Sein Ziel war, dass die ‚Zigeuner*innen‘ als Opfergruppe anerkannt werden, denn sie waren nicht als politische Gegner verfolgt worden – ihre Ermordung basierte einzig auf der Tatsache, dass sie als Angehörige einer Minderheit geboren worden sind.[112]

---

[108] *Baumgartner, Freund,* Burgenland Roma. S.298-300.

[109] vgl. *Brettl,* Nationalsozialismus im Burgenland. S281-283.

[110] Erika *Thurner,* Roma und Romaforschung in Österreich nach 1945. In: Rudolf *Kropf*, Gert *Polster* (Hg.), Roma und Sinti von 1938 bis zur Gegenwart. Tagungsband der 36. Schlaininger Gespräche 21. bis 25. September 2015 (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland (WAB). Band 158, Eisenstadt 2016). S.25-26.

[111] Vgl. *Thurner,* Roma und Romaforschung. S.26.

[112] Johannes *Schwanter,* Thekla *Schwanter,* Andreas *Schwantner (*Hg.), Ideologie und Wirklichkeit des Nationalsozialismus. Hermann Langbein Symposium 2007. (Band zum Seminar. Wien/ London 2008).S.14.

Das Fehlen einer Lobby für die überlebenden Rom*nja bedeutete, dass diese als Opfergruppe spät anerkannt wurden und in der Opferfürsorgegesetzgebung oft benachteiligt wurden. Problematisch gestaltete sich für viele Roma, dass sie keinen Nachweis ihrer Staatsbürgerschaft vor 1938 erbringen konnten. Zudem wurden gesundheitliche Schäden, die sie aufgrund von Verfügung, Deportation und Aufenthalt in den Lagern sowie durch Folter erlitten hatten, oft nicht anerkannt. Die Beweislast lag bei den Opfern. Baumgartner und Freund stellen in ihrer Forschungsarbeit „Burgenland Roma 1945–2000“ diesbezüglich fest: „Im Teufelskreis von Armut, Bestrafung aufgrund dieser Armut, gesundheitlicher Schäden durch die KZ-Haft und ohne das traditionelle Auffangnetz der Familien, die zum Großteil während des Nationalsozialismus ermordet worden waren, hatten sie keine Chance auf geregelte Erwerbstätigkeit oder ein einigermaßen menschenwürdiges Auskommen. Die Tatsache, dass die Nationalsozialisten ‚Zigeuner aufgrund ihrer Rasse‘ als ‚asozial‘ betrachteten, wurde vom OFG und daher auch von den Opferfürsorgebehörden nicht berücksichtigt.“[113]

Diesen Teufelskreis aufzubrechen, gelang erst langsam zu Beginn der 1990er Jahre. Mit der Anerkennung der Volksgruppe wurde ein bedeutender Schritt in diese Richtung gemacht.

Zudem wurde das Lager Lackenbach, in das die meisten der Burgenlandroma gebracht worden waren, lange nicht als KZ-ähnliche Anlage anerkannt. Erst im Jahre 1988 erfolge die Gleichstellung mit den anderen Konzentrationslagern. Zu diesem Zeitpunkt waren aber schon viele der ehemaligen Insass*innen nicht mehr am Leben.[114]

Vorurteilsbehaftete Gutachten und Stellungnahmen von Bürgermeister*innen und Gendarmeriebeamt*innen verursachten ebenfalls Schwierigkeiten. Grundsätzlich war für die Roma anfangs schon die Anerkennung als rassisch Verfolgte schwierig. Die NS-Kategorisierung als ‚Asoziale‘ erschwerte ihnen das Ansuchen, ebenso wie die Ausschließung als Vorbestrafte – auch wenn die Vorstrafe und die einschlägige Gesetzgebung auf Willkür basierten. Schwierigkeiten in Lesen und Schreiben waren eine weitere große Hemmschwelle.

---

[113] vgl. *Baumgartner, Freund,* Burgenland Roma 1945-2000. S.77-78.

vgl. *Poandl,* NS-Gedenken.S.115.

[114] Herbert *Brettl,* Nationalsozialismus im Burgenland. Opfer. Täter. Gegner (Innsbruck/Wien/Bozen 2012). S.282.

Da nur 10 Prozent der burgenländischen ‚Zigeuner*innen' den Holocaust überlebten, blieb deren grundbürgerliches Eigentum jahrzehntelang unbeansprucht. Die erbberechtigten Personen, falls es solche gab, wussten nichts von dem Vorhandensein von Grundstücken. Grundbürgerliche Liegenschaften burgenländischer ‚Zigeuner*innen' werden nach wie vor in Gemeinden geführt, obwohl die Besitzer*innen und auch deren Nachkommen mit großer Wahrscheinlichkeit im Rahmen des Holocausts ermordet wurden.[115]

Wie aus dieser kurzen Darstellung hervorgeht, war es für die Überlebenden des sogenannten Porajmos, des Holocausts an den Roma und Sinti, nicht einfach, zu ihrem Recht, zu einer Entschädigung oder zu ihrem Besitz zu kommen.

c) Anerkennung als Volksgruppe

Eines der bedeutendsten Ereignisse der österreichischen Volksgruppenpolitik in der Nachkriegszeit war die Verabschiedung des Volksgruppengesetzes 1976. Kärntner Slowenen, burgenländische Kroaten und Ungarn sowie Wiener Tschechen und Slowaken wurden darin von der Republik Österreich als eine autochthone Volksgruppe anerkannt. Obwohl die Roma und Sinti die Bedingungen dafür – eine österreichische Staatsbürgerschaft, eine nichtdeutsche Muttersprache, eigenes Volkstum sowie eine nur vage definierte ‚Beheimatung' in Österreich – erfüllten, wurden sie 1976 als Volksgruppe nicht anerkannt. Seitens des Volksgruppenexperten der Bundesregierung wurde festgestellt, dass den Roma eine ‚Beheimatung' in Österreich fehle.[116] Zu diesem Zeitpunkt gab es wenige Forschungsarbeiten, mit denen diese Entscheidung angefochten hätte werden können, und auch unter den Wissenschaftler*innen herrschte irrtümlich die Meinung vor, die Rom*nja seien ein ruhelos wanderndes Volk. Ab den 1980er Jahren wurden Mitglieder der Minderheit aktiv und setzten sich das Ziel, Politiker*innen und die Bevölkerung auf sich aufmerksam zu machen, damit die Rom*nja als Volksgruppe anerkannt werden. Ein Motor dieser Bewegung war der aus Unterschützen stammende und im Lager Lackenbach geborene Rudolf Sarközi. Er engagierte sich in der SPÖ, war

---

[115] *Freund, Baumgartner, Greifender,* Vermögensentzug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti. S.254-256.

[116] Bundesgesetz über die Rechtsstellung der Volksgruppe in Österreich (Volksgruppengesetz - VoGrG). Im ersten Abschnitt §1(2) wurde folgende Definition einer Volksgruppe getroffen:

Volksgruppe im Sinne diesesBundesgesetztes sind die in Teilen des Bundesgebietes wohnhaften und beheimateten Gruppen österreichischer Staatsbürgerin nichtdeutscher Muttersprache und eigenem Volkstum.

Wiener Bezirksrat im 19. Bezirk und wurde 2001 als erster Rom in Österreich in ein politisches Amt gewählt. Er versuchte, seine politischen Seilschaften für sein Anliegen zu nutzen.[117] Die jahrelangen Bemühungen zeigten schließlich 1993 Wirkung[118] und die österreichischen Roma und Sinti wurden als Volksgruppe anerkannt. Dies war auch den Nachwehen der international geführten Waldheimdebatte geschuldet, in deren Folge sich die österreichische Regierung bei der Behandlung einer vom Holocaust fast völlig ausgelöschten Minderheit keine neuerliche Blöße geben wollte.[119] „Da es sich bei der Bezeichnung ‚Roma und Sinti' um einen für die spezifisch österreichische Situation nicht voll zutreffenden Begriff handelte, weil nicht alle in Österreich lebenden Gruppen (Burgenland-Roma, Sinti, Lovara usw.) umfasst waren, wurde aufgrund der Tatsache, dass der Ausdruck ‚Roma' (Rom=Mensch) als Oberbegriff für die verschiedensten in Österreich lebenden Gruppen verwendet werden kann, im Entwurf der Novelle der Verordnung der Bundesregierung über die Volksgruppenbeiräte der Ausdruck ‚Volksgruppe der Roma' gewählt."[120] So beschrieb der Obmann des Kulturvereins österreichischer Roma und spätere Vorsitzende des Volksgruppenbeirats der Roma die Schwierigkeiten und internen Streitigkeiten, um einen passenden Namen für die Volksgruppe zu finden.

Lange Zeit war eines der größten Probleme in der Volksgruppenarbeit, dass es keine gesicherten Daten über die Größe der Roma und Sinti, deren Sozialstruktur und deren ökonomische und gesellschaftliche Situation gab. Ein Forschungsprojekt darüber, angeregt von Rudolf Sarközi, geleitet von Gerhard Baumgartner und betrieben von der Burgenländischen Forschungsgesellschaft zusammen mit dem Kulturverein Österreichischer Roma und dem Verein Roma in Oberwart, sollte diesbezüglich Klarheit bringen. Ziel war es, wissenschaftlich fundierte Daten über die damalige Situation der burgenländischen Rom*nja zu gewinnen. Entsprechende Ergebnisse wurden im Jahre 2004 von der Burgenländischen Forschung als Band 88 publiziert und brachte Details

---

[117] vgl. Rudolf *Szarközi,* Roma. Österreichische Volksgruppe. Von der Verfolgung bis zur Anerkennung (Klagenfurt/Celovec 2008). S.37-45.

[118] Nach Ablauf der Begutachtungsfrist wurde die Verordnung der Bundesregierung, durch die die Roma als sechste Volksgruppe in Österreich anerkannt wurde, am 16.12.1993 im Hauptausschuss des Nationalrats beschlossen und am 23.12. 1993 im Bundesgesetzblatt der Republik Österreich publiziert, somit war es rechtskräftig und ab diesen Zeitpunkt waren die Roma als Volksgruppe anerkannt. vgl. *Szarközi,* Roma. S.83.

[119] vgl. Gerhard *Baumgartner,* Bernard *Prechning,* Vom Staatsvertrag zum Bombenterror. Minderheitenpolitik in Österreich seit 1945. In: Reinhard *Sieder,* Heinz *Steinert,* Emmerich *Talos (*Hg.), Österreich 1945 - 1995. Gesellschaft, Politik, Kultur. S.523.

[120] *Szarközi,* Roma. S.83-84.

zutage.[121] Damit war die Voraussetzung für eine adäquate Volksgruppenpolitik im Sinne der Roma-Minderheit gegeben. Sie ermöglichte es den Vertretungsvereinen der Volksgruppen, sich den Problemen der Minderheit anzunehmen und die dringenden sozialen, bildungspolitischen und kulturellen Fragen zu beantworten.[122]

d) Gründung von Vereinen

Noch bevor die Roma als Volksgruppe im Jahre 1993 anerkannt wurden, wurde im Juli 1989 der Roma-Verein zur Förderung der Zigeuner im Oberwarter Gasthaus Neubauer gegründet. Zum ersten Obmann wurde der aus Holzschlag stammende Rom Ludwig Papai gewählt. Das Interesse am Verein war sowohl bei Roma als auch Nichtroma groß. Dabei wurde auch mit Argwohn betrachtet, dass sich Roma in einem Verein zusammenschließen. Auch von älteren Angehörigen der Volksgruppe wurde die damit verbundene ‚Registrierung' ängstlich aufgenommen – sie seien schon einmal registriert worden und dann sei es zur Katastrophe gekommen.[123] Vorrangiges Ziel des Vereins war es, die Lebenssituation der Roma zu verbessern, die anhaltende Diskriminierung aufzuzeigen und durch aktive Mitarbeit beim Abbau dieser zu helfen. Die Wohn- und Arbeitssituation und die Bildungslage sollten verbessert werden. Ein weiteres Ziel war die Anerkennung als Volksgruppe. Zudem waren die Unterstützung der Rom*nja in alltäglichen Angelegenheiten und die Organisation außerschulischer Lernhilfe für die Kinder ein wesentliches Aufgabenfeld des Vereins.[124]

Dem Engagement des Roma-Vereins und des auf Betreiben von Rudolf Sarközi am 30. September 1991 gegründeten Kulturvereins österreichischer Roma und Sinti mit Sitz in Wien ist zu verdanken, dass die Roma 1993 als Volksgruppe anerkannt wurden. Die Anfänge von zweitgenannter Vereinigung war jedoch schwierig – es fehlte an Geld, sie

---

[121] Vgl. Gerhard *Baumgartner,* Florian *Freund,* Die Burgenland Roma. 1945 - 2000. Eine Darstellung der Volksgruppe auf der Basis archivarischer und statistischer Quellen (Burgenländische Forschung. Band 88. Ein Forschungsprojekt des Kulturvereins Österreichischer Roma. Eisenstadt 2004) S.5-6.

[122] vgl. *Baumgartner, Freund,* Burgenland Roma. S.5.

[123] Diese Skepsis haben mir Roma im Zuge meiner Recherche zu meiner Diplomarbeit: Marcus, *Wagner,* Tobias Portschy - Ein Leben für die völkisch-deutschnationale Idee. Sozialisation und Reintegration eines ewig Gestrigen (Diplomarbeit Universität Wien 2013).mitgeteilt.

Von dieser Skepsis berichtet auch Rudolf Szarközi. vgl. *Szarközi,* Roma. Österreichische Volksgruppe.S.47-55.

[124] vgl. Ruth Olga *Kasper,* Die Burgenland-Roma. Die Situation der jüngsten Volksgruppe 15 Jahre nach ihrer Anerkennung (Diplomarbeit Uni Wien 2009). S46-47.

besaß nicht einmal ein kleines Büro . Oberstes Vereinsziel war die Anerkennung der Roma als Volksgruppe, was bereits im zweiten Jahr nach der Gründung erreicht wurde.

Daraufhin wurden weitere Aufgaben und Ziele festgelegt: „Wissenschaftliche Arbeit hinsichtlich der Aufarbeitung der Wirtschaft-, Sozial- und Kulturgeschichte der Roma und Sinti und der Dokumentation der Anerkennung als Volksgruppe, Stärkung des Volksgruppenbewusstseins, Erhalt von Sprache und Kultur, Verbesserung der sozialen und politischen Integration der Roma in Österreich, Förderung der Kommunikation und Zusammenarbeit von initiativen Organisationen und privaten Personen im Bereich Kultur und Kunst von und für Roma, Errichten und Erhalten von Gedenkstätten sowie Durchführung von Gedenkveranstaltungen im Gedenken an die NS-Opfer der Roma-Volksgruppe, Organisation“[125] von kulturellen Veranstaltungen und Kooperationen mit Kulturinitiativen und Vereinen.[126]

Junge Rom*nja empfanden die Dauer der Gründung des Roma-Vereins bis zur Anerkennung als Volksgruppe und danach als eine Zeit der Aufbruchstimmung. Durch das Vereinsleben wurden die jungen Roma motiviert und der Wunsch, dass die Probleme der Volksgruppe gehört und in der Folge ernst genommen werden, verfestigte sich.[127] Der Roma-Verein konnte demnach bereits einige Jahre nach seiner Gründung eines seiner Hauptziele, die Anerkennung als Volksgruppe, erreichen. „Gemeinsam mit anderen Vereinen wurde in Kooperation mit dem Institut für Sprachwissenschaften an der Karl-Franzens-Universität Graz im Herbst 1993 das Projekt zur Kodifizierung und Didaktisierung des Romanes gestartet.“[128] Dabei handelte es sich um Initiative, die Sprache der Rom*nja zu erhalten. Auch erste Schritte für eine bessere Schulbildung, außerschulische Lernhilfen, eine Erleichterung des Zugangs zum Arbeitsmarkt und eine Stärkung der Identität der Roma konnten erreicht werden. Damit wurde auch das kulturelle Erbe der Volksgruppe wiederbelebt.[129]

---

[125] Ziele des Vereins auf der Internetseite des Vereins: https://www.kv-roma.at/Kulturverein-oesterreichischer-Roma.html

[126] vgl. https://www.kv-roma.at/Kulturverein-oesterreichischer-Roma.html

[127] vgl. Erich *Schneller,* Annemarie *Klinger* (Hg.), Das Attentat von Oberwart - Terror, Schock und Wendepunkt (Oberwart 2015).S.94.

[128] vgl. www.verein-roma.at

[129] vgl. Angelika *Miertl,* Das Attentat von Oberwart : gesellschaftliche und kulturelle Auswirkungen auf die Volksgruppe der Roma (Diplomarbeit Universität Wien 2018).S.98-99.

Der Verein Roma musste sich aus finanziellen Gründen im Jahre 2016 auflösen. Als eine Art Nachfolger kann der Verein Roma-Service gesehen werden, da er ähnliche Ziele wie sein Vorgänger verfolgt.

Im Jahr 1999 wurde die Roma-Volkshochschule Burgenland gegründet. „Ziel der Roma VHS[130] ist es, ein Bildungsangebot für Rom*nja und Nichtrom*nja, die an der Sprache und Kultur der Roma interessiert sind, zu schaffen. Weiters soll durch Aktivitäten die Identitätsbewusstseinsbildung der Rom*nja gefördert werden.“[131] So formuliert der Verein sein Aufgabengebiet auf der eigenen Internetseite.[132]

Der Roma-Service-Verein wurde im Jahre 2003 von Emmerich Gärnter-Horvath gegründet. „Aufgabe des Vereins Roma-Service ist die Förderung, Bewahrung und Dokumentation der Kultur der Burgenland-Roma. Im Zentrum der Aktivitäten steht der Erhalt des Romanes, des Romani-Dialekts der Burgenland-Roma. Roma-Service nimmt sich damit eines Bereiches an, der für die Zukunft der Volksgruppe eine große Bedeutung hat.“[133] Im Mittelpunkt der Arbeit steht das Romanes, das ein wesentlicher Identitätsfaktor für die Volksgruppe ist. Von Bedeutung ist laut Horvath-Gärtner auch, dass die Volksgruppe mit Beiträgen in den öffentlichen Sendungen des ORF vertreten ist. Diesbezüglich fordert der Volksgruppenvertreter jedoch, dass auch in den Redaktionen Rom*nja arbeiten sollten, „dass unsere Leute das Programm mitgehalten können“[134].

Zudem setzt Horvath-Gärtner bedeutende Projekte zur Aufzeichnung von Zeitzeug*innenberichten um. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Gedenkarbeit bzw. die Gedenkstättenerrichtung. Sein Projekt ‚Gedenktafeln–Ein Platz für die Kerzen‘ wurde in einigen Ortschaften bereits realisiert.

---

[130] Das Programm der Roma Volkshochschule Burgenland umfasst: Romasprachkurs/Fimvorführungen, Lesungen, Tagungen, Studienreisen, Gedenkfahrten, Ausstellungen, Buchpräsentationen, Konzerte mit dem Ziel über die Geschichte und Gegenwart der Rom*nja zu informieren und Vorurteile abzubauen. Aktivitäten im Bereich Gedenkarbeit.

Die Ziele wurden in einem Gespräch mit dem Geschäftsführer der RomaVHS erläutert. Aufzeichnungen zum Gespräch und Unterlagen zur ROMA VHS sind im Besitz von Marcus Wagner.

vgl. www.vhs-roma.eu

[131] vgl. https://www.vhs-roma.eu/index.php/ueber-uns

[132] Die ROMA VHS erreicht zwischen 2.500 und 5.500 Personen direkt bei Veranstaltungen und 3.500 Personen zusätzlich mit unserer RomaCajtung. Horst Horvath im Interview für die RomaCajtung (Ausgabe Herbst 2019) S. 4-5.

[133] Eigenbeschreibung auf der Vereinsinternetseite: http://www.roma-service.at/verein.shtml

[134] Interview mit Emmerich Gärtner-Horvath, am 22.03.2021,

Im Jahr 2013 wurde in Oberwart der Verein KARIKA von Paul Horvath, der davor als Lernbetreuer im Verein Roma tätig gewesen war, und Martin Horvath gegründet. Seine Ziele sind die Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit sowie die Bekämpfung der Roma-Feindlichkeit; bedeutende Themen sind Arbeitsmarkt und Kultur. Der Verein soll als Anlauf- und Beratungsstelle für Roma dienen, beispielsweise hinsichtlich Behördenwegen, der Begleitung bei Amtswegen, Informationen über Rechte und Pflichten und der Unterstützung bei der Wohnungssuche. Ein bedeutender Aspekt im Leben der Roma und Sinti ist deren Kultur. Diese soll vom Verein in Form von Ausstellungen, Workshops und weiteren Veranstaltungen gefördert werden. Ein wesentliches Anliegen ist die Erhaltung des Romanes. „Daher ist es uns wichtig, die Kultur und Sprache der Roma an die nächste Generation weiterzugeben“[135], ist auf der Internetseite des Vereins zu lesen.

Die genannten sind für die Burgenland-Roma die wesentlichen Vereine. Österreichweit und speziell in Wien gibt es weitere Zusammenschlüsse von Roma, Sinti, Lowara etc., zum Beispiel den Verein Romano Centro, der bereits 1991 gegründet wurde. Diesen Vereinen fehlt aber der Bezug zum Burgenland und zu den hier lebenden Rom*nja. Sie wurden oft von Migrant*innen aus dem ehemaligen Jugoslawien, Bulgarien oder Rumänien in Wien gegründet und verfolgen deren Interessen.

5. Entstehung einer Erinnerungs- und Gedenkkultur in Österreich, speziell im Burgenland

Ein wesentlicher Faktor für das Selbstverständnis der Österreicher*innen war in den späten 1940er Jahren der Opfermythos, der in der Zweiten Republik fast ein Gesetz darstellte. „Der Gründungsmythos der Zweiten Republik, eng verwoben mit dem Opfermythos, wurde in der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945, einer selektiven Interpretation der Moskauer Deklaration von 1943 folgend, formuliert: Angesichts der Tatsache, dass die nationalsozialistische Reichsregierung Adolf Hitlers kraft dieser völligen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Annexion des Landes das macht- und willenlos gemachte Volk Österreichs in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg führte, das kein Österreicher je gewollt hat.“[136] So

[135] https://verein-karika-fur-roma-und-sinti.business.site/#summary

[136] Eva Marie *Csáky,* Der Weg zur Freiheit und Neutralität. Dokumentation zur österreichischen Außenpolitik 1945-1955, Wien 1980, 36.

konnten die Gründerväter der Zweiten Republik alle Verantwortung an den rassistischen Verfolgungen auf Deutschland abschieben. Auch die österreichische Bevölkerung begann schnell, die traumatischen Ereignisse der NS-Zeit zu externalisieren.[137]

Wie die Opferdoktrin der Zweiten Republik, der Opfermythos, zu einer Verdrängung der Mitverantwortung an den NS-Verbrechen in Österreich führte oder erst gar nicht aufkommen ließ, die Opfer oft als unwillkommene Bittsteller*innen erscheinen ließ und diese auf Ämtern oft der Willkür der ehemaligen Täter*innen aussetzte, da diese nach dem Krieg wieder als Beamt*innen, Ärzt*innen, Jurist*innen und Exekutivbeamt*innen tätig waren, so konnte es zu keiner gerechten Behandlung jener Österreicher*innen kommen, die aufgrund ihrer ‚rassischen Zugehörigkeit' vertrieben, enteignet und ermordet wurden. So wurde jenen Österreicher*innen, die das Glück hatten, vor den Nazis fliehen zu können, nie von offizieller Seite und auch nicht von Seiten der Politik das Angebot gemacht, ins Heimatland zurückzukehren und ihren rechtmäßigen Besitz in Anspruch zu nehmen, wie es Thomas Albrich in einem Aufsatz wissenschaftlich belegt. Es gab weder materielle noch moralische Wiedergutmachung, das Opferfürsorgegesetz sparte lange Zeit viele Verfolge, zum Beispiel die Roma und Sinti, aus.. Erst spät, im Jahr 1995, mit der Schaffung des Nationalfonds der Republik Österreich, wurde auch diese Opfergruppe materiell entschädigt. So wurden heimkehrende Soldaten mit Blumen und Blasmusik empfangen, Roma und Sinti wurde bei ihrer Rückkehr hingegen, wie bereits erwähnt, Steine in den Weg gelegt. Die österreichische Regierung pflegte den Opfermythos bis zur Vollendung und vertrat die Ansicht, dass Österreich hinsichtlich der Maßnahmen gegen seine rassistisch verfolgten Bürger*innen unschuldig gewesen sei – die Schuld liege bei den Deutschen. Daher bestehe keine moralische Verpflichtung zur Wiedergutmachung – mit Hilfe der Opferdoktrin erteilte die Republik Österreich sich selbst, ihren Repräsentant*innen und der Mehrheit der Bevölkerung eine Generalabsolution. Ein Österreichbild wurde von vielen Seiten konstruiert und propagiert: Österreich als eine Nation des (Winter-)Sports, der Kultur sowie der ‚gemütlichen' Mentalität.

---

[137] vgl. Werner *Reisinger,* 1986/88- Die „Affäre Waldheim" und der Wandel der österreichischen Erinnerungskultur im europäischen Kontext (Diplomarbeit Universität Wien 2013). S.35.

Parteipolitisch versuchten die beiden Großparteien SPÖ und ÖVP eine Art restaurativen Neustart. Die alten Eliten Renner, Körner oder Kunschak sowie Politiker aus der zweiten Reihe der Vorkriegszeit, etwa Figl, Schärf oder Helfer, wurden zu den Gründervätern des ‚neuen Österreichs'. Seitens der Politik zeigten sich Bemühungen bis spät in die 1980er Jahre, die Spuren der österreichischen Täterrolle zu beseitigen, den Opfermythos hochzuhalten und dabei jene Österreicher*innen, die aufgrund ihrer von den Nationalsozialisten zugewiesenen rassischen Merkmale fliehen mussten oder ermordet wurden, möglichst nicht wieder ins Land zu holen oder deren Besitz rechtmäßig rückzuerstatten.[138] Erst die Waldheimaffäre und die Verweigerungshaltung des späteren Bundespräsidenten Kurt Waldheim im Jahr 1986, die bis heute als das Symbol des österreichischen Verdrängens gilt, führten zu einem Wandel innerhalb der österreichischen Erinnerungskultur.[139]

In den 1950er Jahren etablierten sich in Österreich zwei Opfererzählungen: einerseits jene der Opfer des Krieges, andererseits jene der Opfer des Nationalsozialismus. Die Juden und Roma zählen pauschal zu zweiteren. Wie Heidemarie Uhl wissenschaftlich erforscht hat, spiegelt sich diese Repräsentation nur mangelhaft in den Erinnerungsorten, Denkmälern und Mahnmale wider. Vor allem auf dem Land überwogen die Kriegsopfererzählungen mit dem Ziel, die Ehre der Soldaten und die ‚Pflichterfüllung' als Kern männlicher Identität zu retten.[140] Es gab in jeder Gemeinde des Burgenlandes ein Kriegerdenkmal, an dem traditionell zu Allerheiligen eine Gedenkveranstaltung abgehalten wurde. Bis zur Errichtung des Denkmals in Lackenbach am 6. Oktober 1984 war jedoch keine Gedenkstätte für die ermordeten burgenländischen Rom*nja vorhanden und es wurden kaum Gedenkveranstaltungen abgehalten. Bestimmte Verhaltensmuster werden deutlich, aus denen eine ty-

---

[138] vgl. Thomas A*lbrich,* Holocaust und Schuldabwehr. Vom Judenmord zum kollektiven Opferstatus. In: Rolf *Steininger,* Michael *Gehler(Hg.),* Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Band 2 (Wien/Köln/Weimar 1997). S. 39-107.

[139] vgl. Oliver *Rathkolb,* Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005 (Wien 2005).S.38.

[140] vgl. Bertrand *Perz,* Heidemarie *Uhl,* Gedächtnis-Orte im „Kampf der Erinnerungen". Gedenkstätte für die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges und für die Opfer der nationalsozialistische Gewaltherrschaft. In: Emil Brix (Hg.), Memoria Austriae I. Menschen, Mythen, Zeiten (Wien 2004) 545-579.

vgl. Ernst *Hanisch*, Opfer / Täter / Mythos: Verschlungene Erzählungen der NS-Vergangenheit in Österreich. In: Zeitgeschichte (Innsbruck 2006). 34.

pisch österreichische Erinnerungspraxis erwächst und später ein kommunikatives und in weiterer Folge ein kulturelles Gedächtnis entsteht.[141]

Im Jahre 1979 fand mit der Ausstrahlung des TV-Dramas „Holocaust“ ein Umdenken hinsichtlich der Mittäterschaft der Österreicher*innen an den NS-Verbrechen statt. „Es war ein Meilenstein in der Erinnerung an die NS-Verbrechen. Sie hat die Erinnerung an den Holocaust sowohl im deutschsprachigen Raum als auch international völlig verändert. Vieles, was wir heute für selbstverständlich nehmen – eine dichte Erinnerungslandschaft, eine Geschichts- und Kulturwissenschaft, die sich ausführlich mit dem Thema beschäftigt - hat sich erst danach entwickelt. In Österreich ist durch "Holocaust" zum ersten Mal die Frage unausweichlich geworden, in welcher Hinsicht die Nazi-Verbrechen auch österreichische sind. Diese Unausweichlichkeit hat ein Jahrzehnt später zur Waldheimaffäre geführt und letztlich die Opferthese – wonach Österreich das erste NS-Opfer war – aufgebrochen“,[142] erklärt Wulf Kantsteine.

Es kam zu einem Aufbruch der nicht mehr haltbaren Opferthese auch von offizieller Seite. Waldheims Rechtfertigung und Verteidigungsstrategie und sein Diktum von der ‚Pflichterfüllung‘ haben der Opferthese schlussendlich „jegliche Legitimation entzogen“[143]. Eine Mitverantwortungsthese wurde offiziell anstatt der „Opferthese Schritt für Schritt etabliert und wurde Teil des kulturellen Gedächtnisses“[144].

Es fand ein erstmaliger Perspektivenwechsel auf eine opferorientierte Erinnerungskultur statt.

---

[141] vgl. Waltraud *Kannonier-Finster,* Meinrad *Ziegler,* Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit (Wien/Köln/Weimar 1993). S.5.

[142] Vom 3. bis 6. Dezember 2014 fand im die Simon Wiesenthal Konferenz zum Thema: Völkermord zur Primetime. Der Holocaust im Fernsehen statt. vgl. https://sciencev2.orf.at/stories/1750273/index.html

[143] vgl. Werner *Reisinger,* 1986/88 Waldheim. S.47

[144] Heidemarie *Uhl*, Österreich. Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese: Die Transformation des österreichischen Gedächtnisses. In: Monika *Flacke* (Hg.), Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen (Mainz 2005). S. 481-508. hier: S.73.

vgl. Werner *Reisinger,* 1986/88 Waldheim. S.76.

Ähnliche Reaktionen lösten in den Jahren 1995/1996 die Wehrmachtsausstellung aus, in der die Verbrechen der Wehrmacht erstmals einem breiten Publikum zugeführt wurden, und die Veröffentlichung des Buches „Hitlers willige Vollstrecker“ von Daniel Goldhagen aus.

Am Handeln änderte dieser Perspektivenwechsel nichts. Die feste Entschlossenheit – zumindest von offizieller Seite – zu einem ‚Nie-Wieder‘, dem Slogan der späten Nachkriegszeit in Österreich und Deutschland zum Thema ‚Gleichgültigkeit gegenüber Völkermord‘, vermochte keine neuen historische Katastrophen abzuwenden, zumindest global gesehen. Im Jahr 1994, als der Film „Schindlers Liste“ von Steven Spielberg in den Kinos gezeigt wurde, erfuhr die Welt vom Völkermord an den Tutsi in Ruanda; 1995, als die Wehrmachtsausstellung erstmals gezeigt wurde und für Verstörung in der heimischen Bevölkerung sorgte, kam es in Srebrenica zum Genozid unter „Beobachtung der UNO vor Ort“,[145] als bosnische Serben bosnische Muslime abschlachteten.

Aus diesem Blickwinkel müssen die Erinnerungs-, Gedenk- und Denkmalkultur in Österreich und auch speziell im Burgenland gesehen werden. Dabei gilt es zu verstehen, dass es ein langer Weg von der Vergangenheitsbewältigung hin zur Erinnerungskultur war. Dass so lange Schweigen und Verdrängung hinsichtlich der Erinnerung an die NS-Verbrechen vorherrschten, liegt darin begründet, dass sich die österreichische Gesellschaft als Opfer des Nationalsozialismus sah und Opfer können dafür nicht verantwortlich sein.[146] Erst mit dem Generationenwechsel in den 1980er und 1990er Jahren und torpediert durch die Waldheimaffäre setzte eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der schuldhaften Verstrickung der eigenen Gesellschaft in ein Terror- und Gewaltregime ein. Es entstand eine Erinnerungskultur, die sich mit den Opfern identifizierte.[147]

---

[145] vgl. Aleida *Assmann,* Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. (München 3.Auflage 2018). S.276.

[146] Bertrand *Perz,* Österreich. In Volkhard *Knigge,* Norbert *Frei,* Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord (München 202). S. 150-162.

[147] vgl. Heidemarie *Uhl,* Vom Pathos des Widerstands zur Aura des Authentischen. Die Entdeckung des Zeitzeugen als Epochenschwelle der Erinnerung. In: *Sabrow,* Norbert *Frei* (Hg.), Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945 (Göttingen 2012). S.224-246.

Ein neues Problem stellt sich in der heutigen dominanten Praxis des Erinnerns und der Erinnerungskultur. Alida Alsmann spricht von einer „neuen Erinnerungskultur mit einem spezifischen ethischen Imperativ“[148]. Bei heutigen Gedenkveranstaltungen wird besonders auf die Leiden der NS-Opfer Bezug genommen. Es besteht die Gefahr, dass diese Gedenken keinen Impuls zum Erinnern liefern, sondern dass Impulse zum Vergessen der Schuld zu erwarten sind. Assmann sieht dabei ein Risiko in der Einnahme der Opferperspektive durch die Täter*innen, was zu einer Vergemeinschaftung von Erinnerung führen könnte. Die Geschichte der Opfer werde in die eigene Erinnerung aufgenommen. Die Opferorientierung und die Identifikation mit den Opfern erzeugen das Gefühl, sich auf der moralisch richtigen Seite zu finden, erzeugen aber gleichzeitig eine Strategie der Verleumdung. Was eigentlich erinnert werden soll – die Tatsache der kulturellen Nähe zu den Täter*innen –, wird ausgespart. Beim opferorientierten Gedenken und Erinnern sollte immer die historische Frage der Täterschaft präsent sein.[149]

Fragen nach den Täter*innen geraten oft in den Hintergrund. Als ich bei der Recherche für meine Arbeit vor dem kleinen Mahnmal für die ermordeten Rom*nja am Friedhof in Kleinbachselten stand, stellte ich sie mir dennoch. Wer hat diese Menschen in den fernen Konzentrationslagern ermordet? Wer hat sie aus ihren Häusern oder Hütten getrieben und abtransportiert? Waren es unbekannte, verrohte Nationalsozialist*innen, die zwecks der Deportation der ‚Zigeuner*innen‘ ins Burgenland gekommen waren? Wer sind die Gesichter, wer die Männer und Frauen, die für den Tod verantwortlich waren? Waren es Freund*innen und Nachbar*innen, die für ihre Deportation verantwortlich waren? Auf meine Fragen fand ich keine Antwort – die Rolle der Täter*innenschaft blieb ungeklärt. Wenige Hinweise auf die lokalen Täter*innen finden sich in Zeitzeug*inneninterviews.

---

[148] vgl. Aleida *Assmann*, Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention (München 2013). S.207-208.

[149] Waltraud *Kannonier-Finster,* Meinrad *Ziegler,* Erinnerungskultur und Geschichtskultur. In: Andreas *Kranebitter,* Christoph *Reinprecht* (Hg.): Die Soziologie und der Nationalsozialismus in Österreich (Bielefeld 2019). S.495-511. hier: S.499-500.

a) Zeitzeug*innen als bedeutende Faktoren der Erinnerungskultur

In einschlägigen Forschungsarbeiten werden anhand von Zahlen der Ermordeten, Vertriebenen und Zurückgekehrten das Schicksal der Rom*nja und das Ausmaß der Verbrechen an dieser Volksgruppe wissenschaftlich behandelt.

Für die Erinnerungskultur und das kollektive Gedächtnis sind aber Erlebtes und Weitergegebenes ebenso relevant wie Zahlen und Fakten. Im Zuge der Holocaust-Geschichtsforschung und der Aufarbeitung des Holocausts spielten die Zeitzeug*innen eine immer bedeutendere Rolle. Seit Ende der Waldheimaffäre Ende der 1980er Jahre nehmen sie einen wesentlichen Platz in der österreichischen Erinnerungskultur ein und treten seither bei öffentlichen Gedenktagen auf. Ihre autobiographischen Selbstzeugnisse werden von vielen unreflektiert wahrgenommen. Zu Beginn wurden sie „als demokratische Gegenerzählungen ‚von unten' gesehen, die den abstrakten Faschismustheorien das konkrete Erleben von Verfolgung gegenüberstellten."[150] „Die Zeitzeug*innen verloren ihre ursprünglich kritische Funktion und wurden zur ‚Beglaubigungsinstanz' einer medial vermittelten und allgemein akzeptierten Geschichtserzählung."[151] Zeitweise schien es, als würden die Zeitzeug*innen mit Historiker*innen in Konkurrenz stehen. Sie sind machtvolle Erinnerungsfiguren, die eine eigene Geschehenswelt konstruieren. Zeitzeug*innen autorisieren eine bestimmte Sicht auf die Vergangenheit, sozusagen von innen und vom Erlebten her, nicht von außen als wahrnehmende Beobachter*innen.[152] Die Zeitzeug*innen in Bezug auf den Holocaust und hier im Speziellen auf den Porajmos entwickelten durch ihre autobiographischen Selbstzeugnisse die Macht, die nach wie vor wirkenden Einflüsse der NS-Politik zu brechen (Stigmatisierung der Minderheit der Roma). Die Verbrechen der NS-Zeit geschahen meistens unter strikter Geheimhaltung und es wurde versucht, die Erinnerungen der Opfer auszulöschen.

---

[150] vgl. Christiane *Bertram,* Lenbendige Erinnerung oder Erinnerunskonserven und ihr Wirksamkeit im Hinblick auf historisches Lernen. S.179.

https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/51089/ssoar-bioszeit-2015-1-2-bertram-Lebendige_Erinnerung_oder_Erinnerungskonserven_und.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-bioszeit-2015-1-2-bertram-Lebendige_Erinnerung_oder_Erinnerungskonserven_und.pdf

[151] vgl. Martin *Sabrow,* Der Zeitzeuge als Wanderer zwischen zwei Welten. In: Martin *Sabrow,* Norbert *Frei* (Hg.), Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945 (Göttingen 2012). S.13-32. hier S.22.

[152] vgl. Martin *Sabrow,* Der Zeitzeuge als Wanderer zwischen zwei Welten. In: Martin *Sabrow,* Norbert *Frei* (Hg.), Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945 (Göttingen 2012). S.13-32. hier S.13.

Dadurch entstand eine Wechselwirkung zwischen Zeitzeug*inneninterviews und Erinnerungskultur – der Quellenwert der Zeitzeug*innen wurde erkannt. Zudem entstand das Verlangen, Erinnerungen von Holocaust-Überlebenden festzuhalten und so für künftige Generationen zu sichern.[153] Zeitzeug*innen werden als Bindeglied zwischen Gegenwart und Vergangenheit gesehen, die den Zugang zur Vergangenheit noch einige Zeit garantieren. Oral History ist dadurch ein wesentlicher Bestandteil der Erinnerungskultur in Österreich geworden, wobei sich künftig die Frage stellen wird, ob sie Überlebende und die Verbrechen des Holocausts für die nachkommenden Generationen greifbar machen kann.

Der Historiker Peter Pirker bemerkte in einem Interview mit dem Standard kritisch, dass „die große Mehrzahl von Zeitzeugen der NS-Zeit in Österreich Menschen sind, die durchaus positiv mit dem NS-System verbunden waren […], diese haben das familiär und soziale Gedächtnis der Gesellschaft und damit die österreichische Erinnerungskultur weit stärker geprägt als Zeitzeugen der Verfolgten“[154]. Pirker sieht auch den Abtritt der Generation der Zeitzeug*innen als eine Chance für neue Zugänge der Aufarbeitung.

Berichte von Zeitzeug*innen des Porajmos für kommende Generationen aufzuzeichnen, hat sich der Obmann des Vereins Roma Service, Emmerich Gärtner-Horvath, zum Ziel gesetzt. Dadurch entstand das Projekt „Mri Historija – meine Geschichte“. Bei diesem handelt es sich um eine Zeitzeug*innendokumentation zur Geschichte der Burgenland-Roma. Diese umspannt den Zeitraum von den 1920er Jahren bis in die Gegenwart mit bislang 15 Gesprächen. „Zu jedem Interview stehen eine mit dem ORF Burgenland produzierte Videoaufnahme sowie eine Transkription mit Ergänzungen, eine Kurzbiografie und historisches Fotomaterial zur Verfügung.“[155] Für die Geschichte und die Identität der jungen Volksgruppe ist es von Bedeutung, die Stimmen der Überlebenden zu hören und diese zu speichern.

---

[153] vgl. Jan *Taubitz,* Holocaust Oral History und das lange Ende der Zeitzeugenschaft (Göttingen 2016). S.12.

[154] Interview mit dem Historiker Peter Pirker im Standard vom 8. Mai 2018: https://www.derstandard.at/story/2000102691765/wenn-das-erinnern-zu-gedenken-erstarrt

[155] Interview mit Emmerich Gärtner-Horvath, am 22.03.2021,

vgl.http://www.roma-service.at/Mri-Historija/

„In den Erzählungen wird erlebtes Unrecht spürbar“[156], erklärt Horvath-Gärtner. Dies hat für die Rom*nja eine große Bedeutung, denn sie waren seit jeher ein Volk der mündlichen Überlieferung – fast nichts wurde aufgeschrieben. Durch den tausendfachen Mord an den Rom*nja sind Kultur, Wissen und Identität der Volksgruppe vernichtet worden.[157]

b) Konstruktion burgenländischer Identitäten – Roma-Bewusstsein und -Identität

Zuerst muss die Frage gestellt werden, ob es überhaupt eine burgenländische Identität gibt. Als das Burgenland 1921 zu Österreich kam, gab es keine Vorstellungen von der sozialen, religiösen und sprachlichen Zusammensetzung dieser Region. Deren deutschsprachige Bevölkerungsmehrheit sprach einen fast unverständlichen Dialekt und bezeichnete sich selbst als ‚Heanzen‘. Im nächsten Nachbarort wurde kroatisch oder ungarisch gesprochen; die Dörfer der einzelnen Sprachgruppen waren über das gesamte Bundesland verteilt und noch dazu von Romasiedlungen, den ‚Zigeuner*innenvierteln‘, durchsetzt. Im Bezirk Oberwart war dieser Kosmos aus Sprach-, Volks- und Religionsgruppen auf kleinstem Raum vereint. Bei der Volkszählung 1923 bekannten sich 11,2 Prozent der Bevölkerung des Bezirkes Oberwart zur ungarischen und 7,3 Prozent zur kroatischen Sprachgruppe; 8 Prozent waren laut einer Erhebung des Landesgendarmeriekommandos Rom*nja, die in 38 Siedlungen über den Bezirk verteilt lebten. Es gab drei jüdische Kultusgemeinden im Bezirk, 30 Prozent der Bezirksbevölkerung waren Protestant*innen, die sich in Augsburger und Helvetisches Bekenntnis aufteilten, der Rest war katholisch.[158] Es verwundert daher nicht, dass eine Kategorisierung und Generalisierung der Burgenländer*innen nicht funktionierte. Der Begriff ‚Burgenländer*in‘ geht daher an dem Bewusstsein und der Wirklichkeit der Bewohner*innen dieser Region vorbei. Angelpunkt der eigenen Identität war und ist für die burgenländische Bevölkerung deren starke lokale Identität. „Die scheinbaren Widersprüche lassen sich nur entschlüsseln, wenn man die von den Schablonen ‚Ungar‘, ‚Deutscher‘, ‚Kroate‘, ‚Jude‘ oder ‚Zigeuner‘ transportierte Inhalte genauer untersucht. Bei näherer Be-

---

[156] Interview mit Emmerich Gärtner-Horvath, am 22.03.2021,

[157] Interview im Kurier mit Rudolf Sarközi. Ausgabe vom 3.8.2001 S.3.

[158] vgl.: Gerhard *Baumgartner,* Ethische Flurbereinigung. Ein mitteleuropäisches Lehrstück am Beispiel des südburgenländischen Bezirkes Oberwart. In: Arno *Truger,* Thomas H. *Macho* (Hg.), Mitteleuropäische Perspektiven (Wien 1990). S. 142 - 143.

trachtung entpuppen sich nämlich alle diese Zuschreibenden als ein Bündel von sozialen, kulturellen und politischen Merkmalen, deren Inhalte nur im jeweiligen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontext verständlich sind. Sie werden von den jeweiligen historischen Umständen geprägt und werden auch von den Betroffenen selbst so verstanden."[159]

Das Fehlen einer starken Zentralverwaltung in Ungarn wirkte sich während der Habsburgmonarchie in der Region des heutigen Burgenlandes dahingehend aus, dass lokale Identität eine große Rolle spielte. Wirtschaftliche Selbstverwaltung, die Autonomie der konfessionellen Schulen und der Schulunterricht in der jeweiligen Dorfsprache bewirkten ein starke emotionale Bindung an die Heimatgemeinde.[160]

Das Burgenland ist das einzige österreichische Bundesland, das keine ausgeprägte ‚Landesideologie' aufweist – es ist ein Land mit sozialhistorischen Eigenheiten. Dabei ist es noch immer schwierig, ein burgenländisches ‚Bewusstsein' oder eine Identität zu erkennen.[161] Starkes Lokalbewusstsein, ethnische und religiöse Vielfalt zeichnen dieses Bundesland aus. Noch heute sagen die Bewohner*innen, zum Beispiel aus dem Seewinkel oder dem Pinkatal zu stammen – nur wenige werden, wenn sie nach ihrer Herkunft gefragt werden, ‚Burgenland' sagen. Gerhard Baumgartner bekräftigte dies mit einer Erzählung im Rahmen eines Symposiums der Burgenländischen Forschungsgesellschaft: „In dem Einleitungsreferat wurde die Frage gestellt, gibt es eine burgenländische Identität? Eine Frage die der Referent und die Teilnehmer*innen nicht eindeutig beantworten konnten."[162] Burgenländer*innen wurden meist nach der Emigration – in Amerika, in der Schweiz oder in Kanada – zu ebendiesen.

Ähnlich muss das ‚Roma-Bewusstsein' betrachtet werden. Roma und Sinti sind Völker der mündlichen Überlieferung. Durch die Ermordung der Roma wurde beinahe deren

---

[159] vgl. *Baumgartner,* Ethische Flurbereinigung. S.142- 143.

[160] vgl. Gerhard *Baumgartner,* Eva *Müllner,* Rainer *Münz* (Hg.), Identitäten und Lebenswelt, Ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt im Burgenland (Tagungsband der Burgenländischen Forschungsgesellschat. Eisenstadt 1989). S.2.

[161] vgl. Michael *Floiger,* Gibt es ein burgenländisches Landesbewußtsein? In: Gerhard *Baumgartner,* Eva *Münz,* Rainer *Müllner* (Hg.), Identität und Lebenswelt. Ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt im Burgenland (Tagungsband der Burgenländischen Forschungsgesellschat. Eisenstadt 1989). S.16-17.

[162] vgl. *Baumgartner,* Ethische Flurbereinigung. S.142.

gesamte Kultur zerstört. Rudolf Sarközi führte diesbezüglich in einem Interview mit der Tageszeitung Kurier an: „Unsere Kultur ist in Ausschwitz verbrannt.“[163]

Nach 1945 gab es keine selbstgeformte Identität bei den Rom*nja, denn es gab keine Familienkontinuität, weil die überwiegende Zahl der Angehörigen ermordet worden war.[164] Es bestand eine Art ‚Verwirrtheit‘ über die Identität. Es stellten sich für die Rom*nja die Fragen ‚Was sind wir?‘ und ‚Haben wir überhaupt noch eine Kultur und dürfen wir sie im Verborgenen leben?‘. Es gab keine imaginäre Rom*nja-Identität mehr – stattdessen klaffte ein Loch in der Roma-Gesellschaft, das die Ermordeten hinterlassen hatten. Die Überlebenden empfanden ein Gefühl des Außenseiterseins ihr Leben lang, wobei sich die Minderheit der Rom*nja – vielleicht auch erst durch das Wiederfinden der eigenen Identität – eher als Burgenländer*in fühlte als die Mehrheitsbevölkerung oder die hier ansässige kroatische oder ungarische Volksgruppe. Darauf deuten Interviews mit Rom*nja hin, die im Zuge des Projekts „amari Historija“ vom Verein Roma-Service geführt wurden. So wurde zum Beispiel Herr Adolf Papai danach gefragt, als was er sich fühlt. Er antwortete: „In Österreich bin ich geboren, ich bin ein Burgenländer und ein Rom, ein „Zigeuner“. Und das bleibe ich solange ich lebe. […] Ich war [Anm.: lebte] in einer kroatischen Ortschaft, ‚Zigeunerisch‘ [Anm.: Romani] kann ich vielleicht weniger als Kroatisch, Deutsch habe ich so dazugelernt.“[165]

Die Frage nach der Identität stellte sich jedoch vielen Überlebenden und deren Nachkommen erst wieder nach der Anerkennung der Volksgruppe im Jahre 1993. Es herrschte Aufbruchsstimmung unter den Burgenland-Rom*nja. Der Roma-Verein versuchte dabei, durch kulturelle Aktivitäten das Kultur- und Selbstbewusstsein zu stärken. Es wurde erkannt, dass die eigene Sprache für die ethnische Identität essentiell ist.[166] So wurden die Kinder bei spielerischen Aktivitäten dazu ermutigt, ihre Muttersprache zu verwenden. Einige Vereinsmitglieder begannen, Geschichten und Lieder in Romanes aufzuschreiben. Es wurden eine Tanz- und eine Musikgruppe gegründet, bei denen Rom*nja aus Unterwart und Oberwart zusammenwirkten.[167] Dies „trug wesentlich zur

---

[163] Kurier (3. August 2001) S.3.

[164] vgl. Aleida *Assmann,* Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik (München,3. Auflage 2018). S.214-2016.

[165] vgl. http://www.roma-service.at/Mri-Historija/web/amari_historija_web2016.pdf

[166] vgl. *Samer,* Roma von Oberwart. S.67-69.

[167] vgl. *Kasper,* Die Burgenland-Roma. S.47.

Bildung eines ethnischen Bewusstsein bei. Das Bekenntnis zur Roma-Identität war nun nicht mehr unweigerlich mit einem sozialen Abstieg verbunden.“[168] Ein selbstbewusstes Auftreten als Roma, gute Öffentlichkeitsarbeit und Systemkritik ersetzten Selbstvorwürfe, Rückzug, Sprachaufgabe und Assimilierung. Die Roma Cajtung, die Roma-Volkshochschule Burgenland, beschrieb dieses Erstarken des Rom*nja-Bewusstseins wie folgt: „Diese Entwicklung führte nun dazu, dass man sich vermehrt mit der eigenen Geschichte, Kultur und Sprache auseinanderzusetzen begann. Traditionen sollten wiederbelebt werden. So wurde der kontinuierliche Rückgang der Verwendung der eigenen Sprache, des Romanes, zunehmend als Verlust empfunden und man betrachtet die eigene Sprache wieder als wichtiges ethnisches Merkmal, das für den Weiterbestand der Volksgruppe von großer Bedeutung ist. Romanes wurde in diesem Zusammenhang auch als Liedsprache wiederentdeckt. […]“[169] Lieder auf Romanes wurden bei verschiedenen Kulturveranstaltungen vorgetragen. Zahlreiche Hinweise wurden bereits vor Jahrzehnten von Ethnolog*innen gesammelt, die bezeugen, dass die österreichischen Roma und Sinti ihre Verfolgungsgeschichte nicht verschwiegen. „Bereits 1977 wurden die ersten sogenannten KZ-Lieder österreichischer Rom*nja aufgezeichnet, in denen der Völkermord und das grausame Schicksal der KZ-Häftlinge besungen wurde.“[170] Diese Lieder sind heute ein wesentlicher Bestandteil der Kultur der Rom*nja und ein Identifikationsfaktor innerhalb und außerhalb der Volksgruppe.

„Es entwickelte sich in weiterer Folge eine eigene Festkultur mit jährlich stattfindenden Bällen. Das Bewusstsein, über ein außergewöhnliches kulturelles Kapital zu verfügen, wirkte gerade in den ersten Jahren nach der Vereinsgründung identitätsstiftend. Die Pflege einer eigenen Kultur wurde nicht mehr als Hindernis auf dem Weg zur Assimilation betrachtet, sondern ist Ausdruck des selbstbewussten Versuchs, eine soziale Integration anzustreben – der Wunsch, ein gleichberechtigtes Miteinander unterschiedlicher

---

[168]vgl. https://www.burgenland-roma.at/index.php/geschichte/zur-sozialen-situation-der-roma-nach-1945

[169] vgl. Roma Cajtung (Extrablatt). S.14.

vgl. https://www.vhs-roma.eu/images/Cajtung/SonderCajtung.pdf

[170] Vgl. Gerhard *Baumgartner, „*Wann endlich wird dies himmelschreiende Unrecht an uns gut gemacht?“ Frühe Zeugnisse österreichischer Oma und Romnia zu ihrer Verfolgung während des Nationalsozialismus. In:Christine *Schindler,* Feindbilder. Jahrbuch 2015. (Hg.: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 2015). S.45.

Kulturen und Lebensstile zu erreichen."[171] Auch das Verlangen nach eigenen identitätsstiftenden Schriften wurde seitens der Volksgruppe immer lauter. Daher wurden erfolgreich Zeitungsprojekte initiiert. Die zweisprachigen Zeitungen „Romani Patrin", „dROMa" und „Romano Centro" sowie das einsprachige Kindermagazin „Mri nevi MiniMulti in Romanes" und die in deutscher Sprache erscheinenden Zeitungen „Romano Kilo" und „Roma Cjatung" zeugen von einem neuen Kulturbewusstsein unter den Rom*nja.[172]

Die Sprache wurde als bedeutender Faktor für die Identität der Burgenland-Roma erkannt. „Sie wurden lange Zeit von der Mehrheitsgesellschaft isoliert und marginalisiert. Die Zerstörung der Sozialstruktur der Rom*nja, ihre Stigmatisierung und Diskriminierung führten zu einer Art selbst verordneter Zwangsassimilierung und einer Sprachverweigerung. Mit der Aufnahme der Sprache von der UNESCO als ein immaterielles Kulturerbe einer mündlichen Tradition im Burgenland im Jahre 2011 wurde auch vom offiziellen Burgenland das Romanes als wichtiger Faktor für das Bewusstsein der Burgenland-Roma anerkannt. Zunehmend wird Schritt für Schritt die Sprache, das Romanes, wieder zu einem wesentlichen Faktor ihrer Identität."[173]

In diesem Zusammenhang setzt der Verein Roma-Service bedeutende Akzente für die Sprachförderung und -festigung. So wurde zum Beispiel das Liederbuch „Lieder der burgenländischen Roma"[174] herausgegeben, eine Zeitung für Schüler*innen im Burgenland in Romanes[175] wird alle zwei Monate veröffentlicht und auch das Internet wird als Chance für die Identität der Roma erkannt und genutzt. Der Verein Roma-Service be-

---

[171] vgl. Roma Cajtung (Extrablatt). S.14.

https://www.burgenland-roma.at/index.php/geschichte/zur-sozialen-situation-der-roma-nach-1945

[172] vgl. yEmmerich *Gärtner-Horvath,* Die Roma-Bewegung 1989 bis 2015. In: Rudolf *Kropf*, Gert *Polster* (Hg.), Roma und Sinti von 1938 bis zur Gegenwart. Tagungsband der 36. Schlaininger Gespräche 21. bis 25. September 2015 (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland (WAB). Band 158, Eisenstadt 2016). S.378-379.

[173]vgl. https://www.unesco.at/kultur/immaterielles-kulturerbe/oesterreichisches-verzeichnis/detail/article/roman-die-sprache-der-burgenland-roma

zitiert daraus: „Romanes ist als Sprache der burgenländischen Roma hauptsächlich im Burgenland verbreitet und ein wichtiger Bestandteil des Kultur- und Spracherbes der dortigen Roma. Es handelt sich um eine Varietät des Romani, die ausschließlich auf österreichischem Staatsgebiet gesprochen wird. Roman kann auf eine über 500-jährige Tradition zurückblicken und wird heute hauptsächlich im familiären Umfeld, aber auch unter Freund*innen und anderen Mitgliedern der Volksgruppe gesprochen."

[174] vgl. Christiane *Fennesz-Juhasz,* Emmerich *Gärtner-Horvath,* Dschila le Romendar andar o Burgenland. Lieder der burgenländischen Roma (Oberschützen 2013).

[175] Die Zeitschrift erscheint unter den Namen: mir nevi minimulti.

treibt einen Blog, erstellt YouTube-Videos und TV-Beiträge und ist auf Social-Media-Kanälen präsent. So entsteht eine Art Digital Identity der Roma.

Die Sprache Romanes ist eine Art Brücke in die Vergangenheit. Die burgenländischen ‚Zigeuner*innen' im alten Sinne gibt es nicht mehr – sie wurden von einer anderen Generation von Rom*nja mit einem neuen Selbstbewusstsein und einer eigenen Identität abgelöst.[176]

6. Erinnerungsorte und Denkmäler in ehemaligen Roma-Ortschaften im Burgenland

a) Roma-Politik und offizielle Erinnerungskultur im Burgenland nach 1945

Das Burgenland unterscheidet sich von anderen Bundesländern durch seine ethnische Pluralität, die Gemischtsprachigkeit und die konfessionelle Vielfalt. Die Region war nach der Angliederung an Österreich 1921 eine Art ‚multikultureller Rest' der Habsburgmonarchie. Neben der deutschsprachigen Mehrheit lebten hier Ungar*innen, Kroat*innen, Juden und Jüdinnen sowie Angehörige der Roma. Während der Herrschaft wurden diese Minderheiten jedoch radikal dezimiert. Die jüdischen Gemeinden des Burgenlandes verschwanden, denn Juden und Jüdinnen wurden ermordet oder vertrieben; der größte Teil der burgenländischen Roma fiel der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zum Opfer. Nur 10 Prozent kehrten nach 1945 ins Burgenland zurück.

Ein interessanter Aspekt des aktuellen politischen ‚Burgenlandverständnisses' ist, dass der „Topos von der ethnischen und kulturellen Vielfalt des Burgenlandes erhalten blieb, ein Narrativ, das gleichsam variantenreiche Erzählungen von einem friedvollen (historischen) Miteinander integriert"[177].

---

[176] vgl. Claudia *Mayerhofer,* Die Zigeuner im Burgenland Ein historisch-ethnologischer Abriß. In: Gerhard *Baumgartner,* Eva *Münz,* Rainer *Müllner* (Hg.), Identität und Lebenswelt. Ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt im Burgenland (Tagungsband der Burgenländischen Forschungsgesellschat. Eisenstadt 1989). S.87-93. hier S.93.

[177] vgl. Lisa *Rettl* Erinnerungskulturen im Burgenland. Tendenzen und aktuelle Entwicklungen. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Jahrbuch 2006 (Wien 2006). S.68.

Auch die weithin vertretene Ansicht, dass es bis heute kein festgeschriebenes, dogmatisierten ‚Landesbewusstsein' im Burgenland gebe und eher die verschiedenen Gruppen- und Sonderidentitäten (immer noch stark geprägt durch religiöse und konfessionelle Identitätskonstruktionen) das burgenländische Selbstverständnis prägen, hatte großen Einfluss auf die Nachkriegspolitik und die Erinnerungskultur im Burgenland.

Es stellt sich allerdings die Frage, inwieweit sich dieser, von offizieller bzw. politischer Seite gerne verwendete Terminus der kulturellen Vielfalt – sofern nach 1945 noch davon gesprochen werden kann – in der Erinnerungskultur und -politik des Landes widerspiegelt.

Historiker*innen machten immer wieder darauf aufmerksam, dass sich diese Heterogenität nicht in den erinnerungspolitischen Strukturen des Burgenlandes wiederfindet. Auch von politischer Seite sollte dieser Zustand jahrzehntelang nicht verändert werden. Dabei herrschte nicht der politische Wille des Verleugnens, sondern des bewussten Verschweigens vor. Politische Aufarbeitung und Erforschung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen an den burgenländischen Minderheiten waren bis in die 1980er Jahre kein Thema. Die parteinahen Opferverbände hatten dabei nur das Ziel, die Opfer in den öffentlichen Erinnerungsdiskurs zu bringen. Erst Anfang der 1990er Jahre, spätestens durch das Bombenattentat in Oberwart 1995, entdeckten sie auch die NS-Opfergruppe der Roma.

Zudem verhinderten die juristische Rehabilitierung der ehemaligen Nationalsozialisten und der Wettlauf der Parteien um derer Gunst jegliche antifaschistischen Erinnerungsbemühungen.[178] Für Erinnerungskultur, Denkmäler oder Gedenktafeln in Erinnerung an die vertriebenen und ermordeten Rom*nja war kein Platz. Die Kriegsheimkehrer*innen dominierten den öffentlichen Diskurs und die Erinnerungskultur, sie wurden als Held*innen der Tapferkeit und Pflichterfüllung idealisiert. Fast in jeder burgenländischen Gemeinde wurde ein Helden-Kriegerdenkmal errichtet, meistens wurde es mit dem Denkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges zusammengelegt. Es entstand eine politisch inszenierte Gefallenengedenkkultur, mit namentlicher Erwähnung der ‚Kriegsheld*innen'. „An dieser Praxis kollektiven Erinnerns beteiligten sich große Teile der Gesellschaft und der gesellschaftlich-politischen und kirchlichen Institutionen.

[178] vgl. *Rathkolb,* Republik. S.383.

Politiker und Kirchenvertreter nahmen und nehmen regelmäßig an solchen Gedenkveranstaltungen teil."[179]

Es oblag somit zentralen Protagonisten wie Stefan Billes, Hans Arthofer oder Horst Horvath, durch Initiativen eine öffentliche Diskussion zu diesem Thema zu entfachen und so den Stillstand seitens der Politik zu beenden. Die gedächtnispolitischen Akteure schafften es, unterstützt von Rudolf Sarközi und dem Roma-Verein, zunehmend mediale Präsenz zu gewinnen. So sah sich auch die burgenländische Regierung dazu gezwungen, sich der Aufarbeitung des Themas zu widmen. Das Bombenattentat 1995, bei dem vier Roma ermordet wurden, stellte eine Zäsur dar – „speziell für das vergangenheitspolitische Bewusstsein der gesellschaftlichen und politischen Elite des Burgenlandes"[180]. Von diesem Zeitpunkt an schien sich die Regierung zu beeilen, die von den Opferverbänden schon jahrelang geforderte Gedenktafel am Landhaus zu errichten. Die Forderung nach namentlicher Nennung der Opfer wurde von der burgenländischen Landesregierung jedoch abgelehnt.[181] Danach dauerte es weitere sechs Jahre, bis das politische Burgenland ein erinnerungspolitisches Zeichen setzte. Am 13. Juli 2001 formulierte der burgenländische Landtag auf Initiative der grünen Fraktion folgenden parteiübergreifenden[182] Beschluss:

„Der burgenländische Landtag gedenkt anlässlich des 80-Jahr-Jubiläums des Burgenlandes der Opfer des Nationalsozialismus […] und ersucht die burgenländische Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass die Heimatgemeinden der Widerstandskämpfer und Opfer des Nationalsozialismus [Anm.: Also auch die Roma] Gedenkstätten bzw. -tafeln errichtet werden."[183]

---

[179] vgl. Werner *Reisinger,* 1986/88 Waldheim. S.40-41.

[180] vgl. *Rettl, Erinnerungskultur. S.73.*

[181] am 18. Feber 1995, nur zwei Wochen nach dem Anschlag in Oberwart, wurden die zwei Gedenktafeln am Landhaus enthüllt. Inschrift: GEDENKEN DER BURGENLÄNDER, DIE VON 1938-1945 AUS POLITISCHEN, RELIGIÖSEN UND RASSISCHEN GRÜNDEN DEM NAZIREGIME ZUM OPFER GEFALLEN SIND. Man beachte die männliche Schreibweise Burgenländer! sind nur Männer dem Naziregime zum Opfer gefallen, keine Frauen und Kinder?

Inschrift auf zweiter Tafel: SIE ALLE SOLLEN UNS MAHNUNG UND VERPFLICHTUNG SEIN, INTOLERANZ UND RASSENWAHN NIE WIEDER AUFKOMMEN ZULASSEN . NIEMALS VERGESSEN.

[182] bemerkenswert ist, dass auch die FPÖ diesen Entschließungsantrag mitträgt.

[183] Stenographische Protokolle des burgenländischen Landtages vom 13. Juli 2001. S.1287.

hier zitiert nach vgl. *Rettl, Erinnerungskultur. S.73.*

Dies war ein erster bedeutender politischer Schritt zur Veränderung der offiziellen burgenländischen Gedenkpolitik und rückblickend gesehen wahrscheinlich die relevanteste erinnerungspolitische Maßnahme des Burgenlandes. Zudem forderte hier das offizielle, politische Burgenland – wenn auch nicht namentlich –dezidiert für die Minderheit der Roma Gedenkstätten ein. Dieser Entschluss richtete sich an Gemeinden, in denen Opfer des Nationalsozialismus gelebt haben. Es erging eine entsprechende Mitteilung an alle betroffenen Bürgermeister*innen mit der Aufforderung zur Umsetzung.

Der tatsächliche Erfolg dieses Beschlusses – wenn er an errichteten Gedenkstätten bemessen wird – kann jedoch bis heute als bescheiden bezeichnet werden. Josko Vlasich, Abgeordneter der Grünen, bezeichnete einige Jahre nach dem Beschluss die Bilanz als ernüchternd und beschämend zugleich. Es seien zwar einige kulturelle Initiativen entstanden, vor allem im Offenen Haus Oberwart (OHO), doch sei die andauernde Abwehrhaltung einiger Gemeinden gegenüber Gedenkstätten und -initiativen für die Volksgruppe der Roma ernüchternd. Landesweite Gedenkstätten- und Bewusstseinsarbeit in den betroffenen Gemeinden werden vom Landtag als langfristiges Ziel ausgegeben. [184]

Festzuhalten ist, dass angesichts des Ausmaßes der Verbrechen an der Volksgruppe der Roma immer noch verhältnismäßig wenige Erinnerungszeichen errichtet worden sind. So sind für die Rom*nja, die im Jahre 1938 in 140 Gemeinden des Burgenlandes lebten, bis zum heutigen Tag lediglich 20 Gedenkstätten errichtet worden.

b) Erste Initiativen und Schwierigkeiten

Die am deutlichsten unterrepräsentierte NS-Opfergruppe im Burgenland sind seit jeher die Angehörigen der Roma. Obwohl sie die von der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik am stärksten betroffenen Ethnie des Burgenlandes darstellen, gab es jahrzehntelang kein Zeichen, das an ihr Schicksal erinnert.[185]

Eine erste Erinnerungsinitiative, um den nationalsozialistischen Völkermord an den Roma und Sinti, den Porajmos, ins öffentliche Bewusstsein zu bringen und eine kriti-

[184] vgl. *Rettl,* Erinnerungskultur. S.78.

[185] vgl. *Rettl,* Erinnerungskultur. S.72.

sche Aufarbeitung zu beginnen, etablierte sich 1980 in Oberwart. Die Künstler*innengruppe „oawaschlschluifa“ startete am Vormittag des 20. Juni 1980 im Rahmen des Kulturfestivals „Ausnahmsweise Oberwart“[186] im hiesigen Park die „Aktion Zigeunerdenkmal“. Dabei wurde vor dem Kriegerdenkmal die Attrappe eines Denkmals (Inschrift des Denkmals: „TOT, TOT, VERSCHLEPPT, TOT, TOT, TOT KOMM ZIGAN, Ausschwitz, Buchenwald, Mauthausen, NAZI, MÖRDER“)[187] auf, die an die ermordeten Oberwarter ‚Zigeuner*innen‘ erinnern sollte. So sollte sichtbar gemacht werden, „was die Stadtgemeine Oberwart in Ermangelung jeglicher Demut vor dem grauenhaften Genozid an ihren seit jeher ungeliebten Mitbürgern versäumt hatte“[188].

ausnahmsweise oberwart, „Aktion Zigeunerdenkmal“, 1980.

---

[186] im Rahmen dieses Kulturfestivals, das von öffentlicher Seite vom Kulturlandesrat Dr. Gerald Mader eröffnet, startete die Künstlergruppe die „Aktion Zigeunerdenkmal“.

Programmtext zur „Aktion Zigeunerdenkmal“: „Zum Andenken an die in den Nazi-KZ’s umgekommenen Oberwarter Zigeuner wird am Freitag, dem 20. Juni, auf dem Rasen vor dem Kriegerdenkmal eine Attrappe eines Denkmals errichtet, die die ganze Woche über zu besichtigen ist.“

vgl. Programmheft der Veranstaltung - Kopie im Besitz von Marcus Wagner.

[187] Text der Inschrift: vom Künstler Peter Wagner, Denkmalentwurf: Joseph Schneller.

vgl. http://peterwagner.users.aboliton.at/html/arbeiten/aktionen_zigeunerdenkmal.htm

[188] vgl. *Samer,* Die Roma von Oberwart. S.51.

Die Gruppe wählte den öffentlichen Platz im Park vor dem Kriegerdenkmal, um die Ignoranz seitens der Gemeinde und der Bevölkerung aufzuzeigen. Zudem wurde damit auf die Diskrepanz hingewiesen, dass denjenigen ein öffentliches Kriegerdenkmal zu Teil wurde, die auf Seiten eines verbrecherischen Regimes gekämpft hatten, jenen aber, die in Konzentrationslagern misshandelt und vergast wurden, ein solches Gedenken verwehrt blieb. Gegen diesen Umgang mit der eigenen Vergangenheit protestierten die Künstler*innen.

Der „Aktion Zigeunerdenkmal“ wohnten mindestens drei KZ-Überlebende aus den Reihen der Rom*nja bei, darunter der ehemalige ‚Zigeuner*innenbürgermeister‘ Kallitsch.[189] Bereits in der ersten Nacht wurde die Attrappe[190] jedoch verunstaltet und die Inschrift unleserlich gemacht.[191]

Im Juli 1980 forderte der damalige Oberwarter Bürgermeister, Ernst Schmaldienst von der SPÖ, die Gruppe „owaschlschloifa“ unter Strafandrohung auf, die verunstaltete Denkmalattrappe zu beseitigen.[192]

Dieser Widerstand zeichnet ein Bild der Erinnerungskultur des Burgenlandes in den frühen 1980er Jahren. Er spiegelt die Verweigerung seitens der Regierung und der Bevölkerung wider, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Eine Aufarbeitung der Vergangenheit an der eigenen Bevölkerung, den Roma, war zu dieser Zeit nicht erwünscht. Das Aufzeigen der Verbrechen wurde als Provokation empfunden.

So gab es folglich auch seitens der Polizei, das heißt der öffentlichen Stellen wenige Ambitionen, die ‚Schmieraktion‘ trotz konkreter Hinweise aufzuklären. „Obwohl die Täter

---

189 Fotobeleg unter: http://peterwagner.users.aboliton.at/html/arbeiten/aktionen_zigeunerdenkmal.htm

190 Aktion Zigeunerdenkmal! Attrappe wurde 1980 vor dem Kriegerdenkmal im Park in Oberwart errichtet, noch in der ersten Nacht unleserlich gemacht,Text der Inschrift: Peter Wagner, Denkmalentwurf: Joseph Schneller.

Foto: OHO-Archiv

191 Oberwarter Zeitung OZ, Ausgabe vom 25.06.1980. S.2.

192 vgl. *Samer,* Die Roma von Oberwart. S.51.

Peter Wagner beschreibt die Schwierigkeiten der „Aktion Zigeunerdenkmal“: „Nachdem es auf erhebliche Schwierigkeiten seitens des Bürgermeisters der Stadt Oberwart gestoßen war, die Erlaubnis für die temporäre Errichtung eines sog. „Zigeunerdenkmals“ am Platz vor dem Kriegerdenkmal zu erwirken, wurde die Attrappe schon in der ersten Nacht mit weißer Farbe übergossen. Die Veranstalter erstatteten Anzeige gegen Unbekannt bei der örtlichen Gendarmerie. Obwohl die Täter in einem bekannten Lokal ihre heldenmütige Tat lauthals und prahlerisch befeierten und sie auch sonst jeder in der Stadt kannte, wurde niemand jemals zur Verantwortung gezogen.“

zitiert nach: http://peterwagner.users.aboliton.at/html/arbeiten/aktionen_zigeunerdenkmal.htm

in einem bekannten Lokal ihre heldenmütige Tat lauthals und prahlerisch befeierten und sie auch sonst jeder in der Stadt kannte, wurde niemand jemals zur Verantwortung gezogen.“[193] Anzumerken sei hier noch, dass sich die Polizeistation gleich neben dem Park befindet.

Diese erste ernstzunehmende Erinnerungsinitiative in Oberwart aus dem Jahre 1980 war ein Zeichen dafür, die ‚offiziellen‘ Lücken der Erinnerung zu schließen. Sie war rückblickend gesehen ein kleiner, aber bedeutender Schritt, um aus der Erinnerung an die Deportation und Ermordung der Rom*nja ein öffentliches Anliegen zu machen. Es herrschte aber noch Jahre eine Einstellung des Sich-nicht-erinnern-Wollens in der Mehrheitsbevölkerung und von offizieller Seite vor. Ob sie auch mit den höchsten burgenländischen Landespolitiker*innen, zum Beispiel dem Landeshauptmann Theodor Kery, zusammenhing, lässt sich an dieser Stelle nicht beantworten. Jedoch kann zumindest festgehalten werden, dass der Langzeitlandeshauptmann[194] Mitglied der SA war und sich noch 1945 der NSDAP anschloss. Er pflegte auch Kontakte zu verurteilten Kriegsverbrechern wie dem ehemaligen NSDAP-Landeshauptmann Tobias Portschy. Kery soll zudem Stammgast in Portschys Rechnitzer Gasthaus gewesen sein.[195] Dies zeigt, dass der ‚Landesfürst‘ eher die Nähe zu (ehemaligen) NS-Protagonisten als zu (ehemaligen) rassistisch verfolgten Minderheiten suchte. Die Problematik der Minderheiten und des Gedenkens an die Ermordeten wurde offiziell nicht thematisiert.[196]

Aktiv wurde jedoch auf ehemalige Nationalsozialisten zugegangen, zum Beispiel auf den Neffen von Portschy, Wilhelm Portschy, einen ehemals ranghohen SS-Angehörigen, der zum Kuratoriumsmitglied der Kery-Stiftung ernannt wurde. Diese war anläss-

---

[193] Interview mit Peter Wagner. vgl. http://peterwagner.users.aboliton.at/html/arbeiten/aktionen-_zigeunerdenkmal.htm

[194] Theodor Kery war Landeshauptmann 28.06.1966 - 30.10.1987

vgl. https://www.burgenland.at/verwaltung/land-burgenland/geschichte/landeshauptmaenner/

[195] DÖW RE 2605/1/0 Zeitschrift News S.15.

[196] Bezeichnet dafür war, dass im Programm, „Für ein schönes Burgenland“ verfasst von Fred Sinowatz , das für die SPÖ unter Kery maßgeblich war, Minderheitenpolitik mit keinem Satz erwähnt wird. Ohne Minderheitenpolitik kann auch kein Gedenken an Ermordete der Minderheit stattfinden. Auch im Regierungskonzept der Regierung Kery von 1968 und im Entwicklungsprogramm der SPÖ, das 1974 beim Landesparteitag in Neudörfl beschlossen wurde, war diese Thema nicht existent.

vgl. Agnes *Höld,* Die Attentate von Oberwart und Stinatz 1995 und ihre Folgen für die österreichische Minderheitenpolitik. In: Rudolf *Kropf*, Gert *Polster* (Hg.), Roma und Sinti von 1938 bis zur Gegenwart. Tagungsband der 36. Schlaininger Gespräche 21. bis 25. September 2015 (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland (WAB). Band 158, Eisenstadt 2016). S.88.

lich des zehnjährigen Regierungsjubiläums von Theodor Kery gegründet worden.[197] Zudem wurde der ehemalige NSDAP-Landrat des Kreises Oberwart, Peter Hinterlechner, der mit Portschy die Lösung der ‚Zigeuner*innenfrage' vorangetrieben hatte, von Kery als Ehrengast zur 40-Jahr-Feier der Wiederherrichtung des Burgenlandes, die Anfang Oktober 1985 stattfand, eingeladen.[198] Nach dem Verbotsgesetz von 1947 galt Kery damit als minderbelastet und machte in der SPÖ Karriere. Seine ehemalige NSDAP-Mitgliedschaft wurde von der Partei heruntergespielt.[199]

Es dauerte noch einige Zeit, bis die Rom*nja-Verfolgung und -Ermordung sowie das Gedenken ins öffentlich-politische Bewusstsein gelangten.

Die mangelnde wissenschaftliche Auseinandersetzung und die Aufarbeitung des Rom*nja-Themas seitens des Landes sind mitunter dem Umstand geschuldet, dass immer wieder die offiziellen Historiker*innen des Landes Burgenland mit Forschungsarbeiten beauftragt wurden.

Erst mit dem Engagement der Historiker*innen Baumgartner, Freund, Brettl, Rettl, Mindler und anderer wurde die Roma-Forschung auch von offizieller Seite forciert.

In diesem Zusammenhang soll zudem festgehalten werden, dass die erste Initiative zur Roma-Erinnerung, die von der Künstler*innengruppe um Peter Wagner in Oberwart im Jahre 1980 ins Leben gerufen worden war, in der landesgeförderten wissenschaftlichen Forschung nicht erwähnt wird.

c) Erste Denkmäler und weitere Initiativen

Emmerich Gärnter-Horvath meinte in dem Gespräch das ich mit ihm führte: „Überlebende brauchen keine Denkmäler für ihre Erinnerungen; diese sind in ihr Herz eingebrannt. Wir die Nachkommen brauchen einen Ort wo wir gedenken können."[200] Unvergesslich sind ihnen die Orte des Schreckens und der Qual, verinnerlicht oft bis ins kleinste Detail. Die Orte sind in ihrem Körpergedächtnis gespeichert und fixer Bestand-

---

[197] Oberwarter Zeitung OZ (26.10.1994) S.23.

[198] DÖW RE 2605/1/0 Oberwarter Zeitung (OZ) 1986/12.

[199] http://www.dokumentationsarchiv.at/SPOE/Braune_Flecken_SPOE.htm

[200] Interview mit Emmerich Gärtner-Horvath, am 22.03.2021,

teil ihrer emotionalen Erinnerung.[201] Durch Denkmäler können die Überlebende jedoch Gemeinsamkeiten und emotionale Entlastung erfahren.[202] Erinnerungsstätten sollen die Hoffnung stärken und darauf hinweisen, dass am Ende nicht die Täter*innen über die Opfer triumphieren.

Die Realisierung der Denkmäler für die ermordeten Roma ist ein bedeutender Beitrag zu einer neuen Erinnerungskultur, die die Schweigestellen des österreichischen und im speziellen des burgenländischen oder, besser gesagt, des Lackenbacher, Oberwarter, Holzschlager, Kleinbachseltner, Ritzinger, Welgersdorfer und Jabinger Gedächtnisses – die Vertreibung und Ermordung der Roma – zeitgemäß darstellt. Die Errichtung von Denkmälern und Gedenkstätten signalisiert, dass sich die Gemeinden von der offiziellen burgenländischen Verdrängungsgeschichte entfernen und sich dem kosmopolitischen Gedächtnis der Holocaust- und Porajmoserinnerung annähern.[203]

Noch bevor die Rom*nja im Jahre 1993 als Volksgruppe anerkannt wurden, wurde am 6. Oktober 1984 in der Nähe vom Anhaltelager in Lackenbach ein Mahnmal errichtet und eingeweiht. Nur ein Jahr nach dieser Initiative der Lagergemeinschaft wurde das Denkmal von Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger im Beisein von Vertreter*innen des Landes und der Kirchengemeinschaften feierlich enthüllt. Dies stellte einen Meilenstein für die Erinnerungslandschaft im Burgenland dar. Der aus dem Mittelburgenland stammende Architekt Matthias Sauer übernahm die künstlerische Gestaltung des Denkmals[204]; ehemalige Lagerinsass*innen hatten ihm gestalterischen Input gegeben. Die Steinblöcke des Paulibergs, die als ausschließliches Material für das Denkmal dienten, sollten an die Arbeitsabläufe der Häftlinge im Basalt-Steinbruch am Pauliberg erinnern.[205]

---

[201] vgl. Peter *Gstettner,* Erinnern an das Vergessen. Gedenkstättenpädagogik und Bildungspolitik (Klagenfurt/Wien 2010). S.35-36.

[202] vgl. Klaus-Michael *Bogdal,* Europa erfindet die Zigeuner. Eine Geschichte von Faszination und Verachtung (Berlin 2011). S.455.

[203] vgl. Heidemarie *Uhl,* Konkurrierende Vergangenheit, Offizielle Narrationen, „Gegenerzählungen“ und Leerstellen des „österreichischen Gedächtnisses“. In: Moritz *Csaky,* Klaus *Zeyringer* (Hg.), Inszenierung des kollektiven Gedächtnisses (Innsbruck 2002). S.232.

[204] vgl. *Wagner,* Zigeuner. S.226.

[205] vgl. Matthias *Szauer,* Was sich der Architekt dabei dachte…In: Erika *Thurner,* Kurzgeschichten des nationalsozialistischen Zigeunerlagers in Lackenbach (1940-1945)(Eisenstadt 1984). S.43.

Dieses Denkmal war ein erstes manifestiertes Erinnerungszeichen für Roma und Sinti in ganz Europa.[206] Die Erinnerungslandschaft Österreichs und des Burgenlandes wurde erweitert, das Bewusstsein der Bevölkerung in Bezug auf Diskriminierung der Rom*nja langsam geweckt und die Volksgruppe ins ‚offizielle' Opferkollektiv und in die Erinnerungs- und Denkmallandschaft aufgenommen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Roma in der Erinnerungslandschaft des Burgenlandes keinen Platz – sie waren nicht Teil des öffentlichen Narratives oder der Erinnerungskultur.[207]

Das Burgenland kann diesbezüglich jedoch nicht als Vorreiter gelten. Das Denkmal war eher eine singuläre Erscheinung, die durch den vereinzelten Kampf um die Anerkennung der Volksgruppe und durch Unterstützung der Opferverbände als Zeichen politischer Emanzipation der Roma verstanden werden kann.

Erika Thurner beschrieb in einem Radiointerview mit Ö1 den problematischen Umgang der burgenländischen Politiker*innen mit dem Gedenken und dem Umgang mit den Verursacher*innen, den ehemaligen Nazis: „Nach der Denkmaleinweihung in Lackenbach, trat die ganze Ambivalenz des offiziellen, von Landes- und Kommunalpolitikern getragenen Gedenkens zu Tage. Als das Mahnmal in Lackenbach zur Erinnerung an den ‚Zigeunerholocaust' und an das Lackenbacher Lager 1984 eröffnet, eingeweiht wurde, waren auf der einen Seite neben dem Bundespräsidenten auch die Landespolitiker oder auch Gemeindepolitiker vertreten und etwa in diesem Zeitraum einige Monate danach, wurde ein runder Geburtstag von Portschy gefeiert [208]und man sah einen Großteil dieser Politiker als Gratulanten aufmarschieren."[209]

Es handelte sich um einen ‚Spagat' hochrangiger burgenländischer Politiker*innen, der jedoch keiner war. Wie müssen die Überlebenden des Holocausts die Anbiederung und das Hofieren ehemaliger Nazis und verurteilter Kriegsverbrecher*innen seitens der Landes- und Kommunalpolitiker*innen empfunden haben? Der verurteilte Kriegsverbre-

---

[206] vgl. *Poandl,* NS-Gedenken. S.119.

[207] vgl. Lisa *Rettl*, Erinnerungskultur im Burgenland. Tendenzen und aktuelle Entwicklungen In: Christine *Schindler,* Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.). Jahrbuch 2006. Schwerpunkt Erinnerungskultur (Wien 2006). S.72-73.

[208] im Jahre 1985 feierte Tobias Portschy seien 80. Geburtstag in großer Runde. Bereits zu seinem 75. Geburtstag durfte sich Portschy über Geburtstagsgrüße vom Landeshauptmann Kery freuen.

siehe: vgl. DÖW RE 2605/1/0 (Brief vom Landesobmann der KPÖ-Burgenland Vinzenz Böröcz).

[209] vgl. Peter *Lahnit,* Minderheiten ohne Anwalt - Die Roma und die Wissenschaft, Ö1, Dimensionen - Die Welt der Wissenschaften. Sendung vom 21.2.1998, gesendet um 19 Uhr.

Transkription der Sendung liegt bei Marcus Wagner.

cher wurde als Honoratior gesehen und von Landes- und Kommunalpolitiker*innen geschätzt. Dem standen Diskriminierung, Vorurteile sowie Behinderung bei Restitution und Opferfürsorge durch die Mehrheitsbevölkerung und deren politische Vertreter*innen gegenüber. [210]

Durch das Denkmal wurde zwar bereits im Jahre 1984 symbolisch öffentliche Trauerarbeit an den ermordeten Rom*nja geleistet, es dauerte aber beinahe ein Jahrzehnt, bis die verdrängte Mitschuld der Burgenländer*innen am Porajmos allmählich Thema öffentlicher Auseinandersetzung wurde.[211] Dies war auch ein Verdienst von jenen Rom*nja, die die nationalsozialistische Rassenvernichtungsmaschinerie überlebt hatten, und deren Nachkommen, die sich an der Erinnerungsarbeit und entsprechenden Initiativen beteiligten. Es war ein erster Versuch, doch es dauerte weitere fünf Jahre, bis – diesmal in Oberwart – ein zweites kleines Mahnmal errichtet wurde. Dabei handelte es sich um eine Opfertafel, das an die Oberwarter Opfer des Nationalsozialismus erinnert.

Dieses Mahnmal wurde 1989 an jener Stelle im Oberwarter Park aufgestellt, an der „owaschlschluifa“ 1980 unter Argwohn der Bevölkerung die Denkmalsattrappe aufgestellt hatte. Dies kann als kleine Anerkennung der lokalen Politik für die Aktion der Künstler*innen gesehen werden und dafür, dass deren Impuls zur Aufnahme der Rom*nja in die örtliche Erinnerungskultur erfolgreich gewesen ist. Wird jedoch der Eintrag auf der Opfertafel analysiert, spiegelt sich die offizielle Erinnerungskultur des Burgenlandes wider. Die ursprüngliche Inschrift lautete: „Zum Gedenken an die Oberwarter Opfer des Nationalsozialismus. Die Juden, die Zigeuner und die politisch Verfolgten. Besonders die Hingerichteten Alexander Heigl und Josef Seper [beide mit Geburts- und Todesdatum].“[212]

Die heutige Inschrift der Opfertafel sieht wie folgt aus: „Zur Erinnerung an die Oberwarter Opfer des Nationalsozialismus. Romnija und Roma, Jüdinnen und Juden, NS-Eu-

---

[210] vgl. *Wagner,* Tobias Portschy. S.88-90.

[211] Vgl. Erika *Thurner,* Zigeuner: Diskriminierung ohne Ende? In: Reinhold *Henke* (Hg.)*,* Leben lassen ist nicht genug. Minderheiten in Österreich (Wien1988). S.168-169.

[212] Bild vom Mahnmal mit ursprünglicher Inschrift: https://www.kriegerdenkmal.co.at/Krieger/Burgenland/oberwart.html

thanasieopfer, politisch Verfolgte. Für ihre politische Überzeugung wurden hingerichtet Alexander Heigl und Josef Seper (beide mit Geburts- und Todesdatum).[213]

Die Ermordeten aus der Mehrheitsbevölkerung wurden mit Name, Geburtsdatum und Tag der Ermordung angeführt, die Opfer rassistischer Verfolgung pauschal erwähnt. Die Tatsache, dass diese Gruppen überhaupt genannt werden, ist ein Fortschritt , allerdings stellt sich die Frage, was die Protagonist*innen des Mahnmals daran hinderte, auch die jüdischen und Roma-Opfer namentlich aufzuzählen. Dies zeigt wiederum, dass das Gedenken an die Opfer der Minderheit – wenn überhaupt – im Kollektiv geschah. Erst später trat das Schicksal des Einzelnen in den Fokus der wissenschaftliche Auseinandersetzung und der öffentlichen Erinnerungskultur. Mit der Zeit wurden in der Zeitgeschichtsforschung schließlich auch die individuellen Lebensgeschichten und Schicksale analysiert. So konnten lokale Schicksale wie das der ermordeten Rom*nja ins kollektive Gedächtnis der Gemeinden übergehen.[214]

Die namentliche Nennung – diese persönliche Ebene – wird jedoch ausgespart, die Landesregierung bzw. die Gemeinde Oberwart gibt einem Teil der Opfer kein ‚Gesicht' und stellt die ehemaligen Bürger*innen als nichtfassbares Kollektiv dar.

Trotz aller Kritik muss dieses Mahnmal als eine Aufnahme der Rom*nja ins öffentliche Gedenken und als ein Meilenstein für die burgenländische Erinnerungskultur für Minderheiten gesehen werden. Damit wurde ein Umfeld geschaffen, das ein Erinnern benötigt. Auch die Erinnerung selbst benötigt die Öffentlichkeit, um wirksam zu werden. Je größer das öffentliche Interesse an einer Initiative ist, umso eher gelangt diese ins Bewusstsein der Menschen. Hierbei spielt die mediale Präsenz bzw. die Macht der Medien eine große Rolle. Ist die Initiative einmal ins öffentliche Bewusstsein gerückt, ist es möglich, die kollektive Meinung zu beeinflussen und damit die Erinnerung an eine bestimmte Opfergruppe, in diesem Fall an die Rom*ja, zu etablieren. So kann die Akzep-

---

[213] Auf Anfrage bei einem der Initiatoren der Inschriftänderung der Opfertafel in Oberwart, Horst Horvath, erklärte dieser, dass zu dieser Zeit keine wissenschaftlich fundierten Daten und Namen der Opfer bekannt waren, und so keine namentliche Nennung der Opfer möglich war. Es vielleicht in Zukunft, wenn die nötigen Daten vorhanden sind zu einer Erweiterung der Opfertafel um die Namen der Opfer kommen kann. Es müsste aber zuerst eine öffentliche Diskussion dazu entstehen. Telefonische Anfrage am 10.03.2021.

[214] vgl. Ulrike *Fleschhut,* gedenk.anstöße. Ausdrucksformen und Strategien lokaler Erinnerungsinitiativen: Kommunikationsprozesse im Kontext österreichischer Erinnerungskultur (Magisterarbeit Universität Wien 2010). S.188-190.

Das Mahnmal mit Opfertafel im Oberwarter Park im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

tanz für ein Denkmal, Mahnmal oder ein anderes Erinnerungszeichen seitens der Bevölkerung vorab beeinflusst werden.[215]

„Eine kleine Gruppe von Menschen kann einen Ort oder damit verknüpfte Geschichten so bekannt machen, bis politisch Verantwortliche davon Kenntnis nehmen und die Bemühungen unterstützen. Dabei leisten die Medien teils einen wichtigen Beitrag für diesen Prozess: Von Artikeln in Lokalmedien bis hin zu österreichweiten Radio- und Fern-

[215] vgl. *Fleschhut,* gedenk.anstöße. S.190-191.

sehbeiträgen, die die Initiativen weit über die Grenzen der Gemeinde oder des Bezirkes bekannt machen. Mit dieser Überzeugungsarbeit können die Grenzen des Lokalen gesprengt werden und auch bis zur Berichterstattung und Aufmerksamkeit auf nationaler und gar internationaler Ebene führen."[216] Mit diesen Worten analysierte Fleschhut im Rahmen ihrer Magisterarbeit lokale Initiativen, die jene der Rom*nja im Burgenland widerspiegeln.

Aus der Initiative einiger wenigen Personen entstanden Vereine und durch weiteres Engagement wurden daraus eine Bewegung und schließlich eine anerkannte Volksgruppe mit allen Rechten.

Besonders durch die Aktivitäten einschlägiger Vereine und der Roma-Volkshochschule Burgenland wurden auch die Medien auf den Diskurs aufmerksam.

Eine Miteinbeziehung dieser Minderheit in die Denkmallandschaft geschah vor dem Jahr von deren Anerkennung als Volksgruppe nur in Lackenbach und Oberwart. Dies spiegelt deren Stellung in der österreichischen Gesellschaft bzw. auch die Beziehung zu anderen Minderheiten wider.[217]

In den folgenden Jahren entstanden weitere Porajmos-Erinnerungszeichen und neue Initiativen setzten sich für die Verbesserung der Situation der Rom*nja im Burgenland ein.

d) Initiativen von Roma-Vereinen, Privatpersonen sowie politischen und religiösen Entscheidungsträgern im Burgenland

Im Folgenden will ich exemplarisch einige relevante Initiativen skizzieren und hinsichtlich deren Wirkung analysieren. Bei den betrachteten handelt es sich oft um jahrelange Bemühungen, die von Privatpersonen und Vereinen vorangetrieben wurden und schließlich in eine Gedenkstättenerrichtung mündeten. Für die Akzeptanz in der burgenländischen Öffentlichkeit – sofern es diese gibt –, hat oft die Institution der Kirche relevante Vorarbeit geleistet.

---

[216] vgl. Ulrike *Fleschhut,* gedenk.anstöße. Ausdrucksformen und Strategien lokaler Erinnerungsinitiativen: Kommunikationsprozesse im Kontext österreichischer Erinnerungskultur (Magisterarbeit Universität Wien 2010). S.190.

[217] Vgl. Alexandra *Vasak*, Politischer Umgang mit Denkmälern (Universität Wien 2002). S.47.

1) Kirche:

Jahrzehntelang entzog sich die römisch-katholische Kirche ihrer Verantwortung und verschwieg ihre antiziganistischen Ressentiments . Die katholische und evangelische Kirche, Schulen und Vereine waren vorerst Träger der Gefallenengedenkkultur. Die NS-Zeit selbst wurde jedoch nicht erinnert – das Erlebte wurde mit den Begriffen ‚Zweiter Weltkrieg', ‚Front' und ‚Heimat' umschrieben. So war auch in der Kirche kein Platz für eine Erinnerungskultur, die der NS-Opfer, etwa der Rom*nja im Burgenland, gedachte.[218] Das Verhalten der Kirche gegenüber den Rom*nja-Familien irritiert insofern, als die meisten burgenländischen Roma getauft und somit Teil der katholischen Kirche, der Gemeinschaft und des Volkes Gottes waren. Dass die Kirche offenbar nicht an der Aufklärung der Verbrechen an einem Teil ihrer Gemeinschaft interessiert war, sollte hier erwähnt werden. Das antiziganistische Vermächtnis wurde 1945 kritiklos fortgeführt – im Gegensatz zum Antisemitismus, der verpönt ist. An dieser Fortführung waren und sind kirchliche Institutionen beteiligt.[219]

Ein erstes Zeichen der Anerkennung dieser Volksgruppe setzte der burgenländische katholische Bischof Paul Iby nach seiner Amtseinführung. Er stattete den Rom*nja in Oberwart einen Besuch ab. „Das war ein wichtiges Zeichen für uns, als Volksgruppe, der Herr Bischof bei uns zu Besuch, das war was"[220], schilderte Emmerich Gärtner-Horvath.

Einen bedeutenden Sonderweg schlugen die burgenländischen Kirchen im Kontext des Oberwarter Anschlages im Jahre 1995 ein. In Predigten und Reden gestanden Superintendentin Gertraud Knoll und der katholische Bischof Paul Iby die Mitschuld an den nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen gegen Roma und Sinti. Sie forderten eine offizielle Auseinandersetzung mit den Verbrechen an den Mitgliedern burgenländischer Minderheiten. Die Kirchenvertreter*innen setzten diesbezüglich auch Initiativen um.[221] So richteten sie ein gemeinsames Schreiben an die betreffenden Bürgermeister*innen mit der Aufforderung zur Gedenkstättenerrichtung. Elf Jahre später, im Jahre 2006, wurde erneut ein Brief an die burgenländischen Bürgermeister*innen mit folgendem

---

[218] vgl. REISINGER 41

[219] vgl. Jacob Michael *Frühmann,*Über die Zentralität der Ränder. Befreiungstheologische Skizzen einer Erinnerung im Angesicht von Projamos und Antiziganismus (Diplomarbeit Universität Wien 2017). S.102.

[220] Interview mit dem Volksgruppenvertrerter Emmerich Gärtner Horvath, am 22.03.2021 geführt und aufgezeichnet von Marcus Wagner.

[221] vgl. *Rettl,* Erinnerungskultur. S.73-75.

Text geschickt: „Jeder Mensch hat einen Anspruch auf eine Grab-, zumindest auf eine Gedenkstätte. […] Wir laden ein, vor Ort das Thema aufzuarbeiten und derartige Gedenkstätten zu errichte. […] In der Anlage finden sie die Aufstellung der Romasiedlungen.“[222] In einer Presseaussendung vom 11. November 2016 forderten Österreichs Bischöfe dazu auf, Gedenkstätten für burgenländische Roma und Sinti zu errichten. Sie warnten vor der Fortsetzung der Ausgrenzung und vor neuem Unrecht, wenn das Recht auf ein würdevolles Gedenken nicht ermöglicht werde.[223]

Ein weiterer und der bis dato letzte Appell von Seiten der Kirchenvertreter*innen war der Hirtenbrief vom November 2018. In ökumenischer Verbundenheit wird darin die „Kultur des Schweigens, des Verdrängens und Vergessens“ angeprangert. Es wird die Frage gestellt: „Wo sind sie geblieben die vielen Juden, die Roma […]?“[224] Die evangelische und katholische Kirche appellierten an Gemeinden, Gedenktafeln für die Roma als Opfer des Nationalsozialismus und als Teil der ethischen, politischen und historischen Verantwortung zu errichten und dies als Chance für die Entwicklung eines offenen, ehrlichen und demokratischen Geschichts- und Zukunftsbewusstseins zu sehen.[225]

Wie diese Auszüge aus Briefen zeigen, nahmen die burgenländischen Kirchen in den offiziellen Forderungen nach Gedenkstätten für Rom*nja eine Vorreiterrolle ein. Mit ihren Appellen wurde im Burgenland erstmals von maßgeblichen politischen Kräften der Wunsch nach einer kritischen Auseinandersetzung mit der fehlenden Erinnerungskultur geäußert, der bis dahin ausschließlich von einem kleinen Kreis von Aktivist*innen formuliert worden war.[226] Die kirchlichen Initiativen wirkten sich auch auf die Politik aus – eine Veränderung in der offiziellen Gedächtnis- und Erinnerungspolitik des Burgenlandes war zu beobachten.

Weitere bedeutende kirchliche Initiativen waren die Einrichtung einer Roma-Seelsorge – so gibt es in der Diözese Eisenstadt einen eigenen Rom*nja-Seelsorger – und die Eta-

---

[222] Brief vom Superintendenten der evangelischen Diözese A.B. Burgenland Manfred Koch und vom katholischen Bischof von Eisenstadt Paul Iby, vom 31. März 2006. Gerichtet an die Pfarrer*innen im Burgeanldn und an alle Büregermeister*innen des Landes. Kopie im Besitz von Marcus Wagner.

[223] vgl. https://www.katholisch.at/aktuelles/2016/11/11/bischoefe-fordern-gedenkstaetten-fuer-in-der-ns-zeit-ermordete-roma Diese Aussendung fand aber nicht viel Widerhall in der burgenländischen Presse.

[224]Hirtenbrief vom November 2018 unterzeichnet vom Superintendenten Manfred Koch und dem katholischen Bischof Ägidius Zsifkovics. Kopie im Besitz von Marcus Wagner.

[225] Hirtenbrief vom November 2018.

[226] vgl. *Rettl,* Erinnerungskultur. S.75.

blierung der Roma-Pastoralstelle als Dreh- und Angelpunkt der kirchlichen Rom*nja-Seelsorge. Diese Aktivitäten wurden und werden vom Roma-Pastoral initiiert und begleitet.

Bei einer jährlich stattfindende Roma-Wallfahrt nach Mariazell gedenken die burgenländischen Rom*nja ihrer verschollenen oder ermordeten Angehörigen.

2) Initiativen von Privatpersonen

Mit einem Beispiel einer erfolgreichen privaten Initiative, aus der eine Gedenkstätte für Rom*nja resultierte, soll im Folgenden exemplarisch gezeigt werden, dass auch durch persönliches Engagement ein Gedenkort entstehen kann. Diese Gedenkstätte, die ihren Ursprung in einer Diplomarbeit hat, wurde in Jabing errichtet. Der damalige Student und jetzige Theologe Jacob Michael Frühmann konnte durch seine Recherche zum Schicksal der Jabinger Rom*nja eine so breite Öffentlichkeit für das Thema sensibilisieren, dass eine Gedenkstätte vor der örtlichen Kirche entstand. Im Bürgermeister der Gemeinde Jabing, Günter Valika, fand Jacob Frühmann einen Unterstützer. Dennoch gab es zu Beginn großen Vorbehalt seitens der Bevölkerung und es war viel Überzeugungsarbeit in der Gemeinde, bei der Pfarre und insbesondere bei den Mitgliedern der römisch-katholischen Pfarrgemeinde nötig. Frühmann und Valika wurden demnach mit einigen Widerständen konfrontiert, denn viele Bürger*innen standen dem Projekt kritisch oder ablehnend gegenüber. Interessant ist dabei auch, dass zwar die Kirche regelmäßig offizielle Schreiben an die Gemeinde richtet, in denen sie die Errichtung von Gedenktafeln anregt, dass jedoch im konkreten Fall die Vertreter*innen der Kirche – die Pfarrgemeinderät*innen oder zumindest ein Teil von ihnen – die Errichtung einer Gedenktafel zunächst ablehnten. Mitglieder des katholischen Pfarrgemeinderates sind deswegen sogar von ihrem Amt zurückgetreten.

„Vor allem vor der Enthüllung hat's einiges an Aufruhr gegeben, aber das ist nicht direkt zu mir durchgedrungen, sondern über mehrere Ecken. Teile der Bevölkerung hätten eine Aufstellung als Anklage gesehen oder auch eine Schuldverstrickung ihrer Familie befürchtet – vor allem aus Unwissen gegenüber der Vergangenheit. Oder ganz einfach,

da in Bezug auf Roma und Sinti weiterhin starke Rassismen am Werken sind“[227], berichtete Frühmann.

Schließlich ist es Frühmann gelungen, die katholische und evangelische Pfarre sowie die politischen Vertreter*innen für das Projekt zu gewinnen. Heute steht eine Gedenktafel vor der Kirche in Jabing, auf der 93 Namen mit Geburts- und Sterbedatum angeführt sind. Ganz oben stehen die Namen der 5 Überlebenden, darunter die der 77 Ermordeten sowie jene der 11 Personen, von denen unbekannt ist, wo und wie sie ums Leben gekommen sind. Die Gedenktafel ist zugleich ein Zeichen gegen das Nichterinnern, das in gewisser Art und Weise eine Fortführung der Gewalt bedeuten würde.[228]

Eine weiteres Denkmal, in diesem Fall ein künstlerisches Mahnmal, das ebenfalls aus einer privaten Initiative entstanden ist, steht in Ritzing. Der Künstler Christian Gmeiner, dessen Vater aus Ritzing stammte, war der Hauptinitiator. Der Historiker Brettl, der schon lange das Ziel verfolgt hatte, die verdrängte und vergessene Geschichte der Rom*nja im Burgenland aufzuarbeiten und sichtbar zu machen, war für die historisch-wissenschaftliche Begleitung des Projekts zuständig. Die beiden bekamen von Beginn an Unterstützung vom Bürgermeister Ernst Horvath und von den Gemeindeverantwortlichen. Eine Betonsäule, die die Namen der Opfer trägt, steht nun seit 2019 neben dem Friedhof in Ritzing und erinnert mit Namen an die im Nationalsozialismus ermordeten einheimischen Rom*nja und Euthanasieopfer.[229]

3) Initiativen von Vereinen

Der Verlag „Edition Lex Liszt12“ fördert und forciert Publikationen über und von Rom*nja. Die Roma-Volkshochschule Burgenland realisiert laufend Initiativen, die eine kritische Öffentlichkeit für die Gedenkstättenarbeit hervorrufen sollen.

---

[227] vgl. Konstantin *Vlasich,* Mein Vergessen Nachbar. In: progress Magazin der österreichischen HochschülerInnenschaft. (18.07.2018).

https://www.progress-online.at/artikel/mein-vergessener-nachbar

[228] vgl. https://burgenland.orf.at/v2/news/stories/2879379/

[229] vgl. https://volksgruppen.orf.at/v2/roma/stories/2982579/

vgl. Interview mit Horst Horvath am 8.März 2021.

Die Roma-Volkshochschule organisiert Vorträge von Historiker*innen als Impulsgebende für die Errichtung von Gedenkorten und plant in Kooperation mit anderen Vereinen und Institutionen entsprechende Gedenkveranstaltungen.

Eine Initiative setzte die Roma-Volkshochschule Burgenland mit dem Projekt „gedenkweg.at“ in Zusammenarbeit mit dem Verein Refugium und weiteren Institutionen um.[230] Damit lieferte sie einen bedeutenden Impuls für die Gedenkstättenerrichtung im Burgenland. „Der im Rahmen des Projekts entstandene Gedenkweg in Oberwart soll an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern. Jeder Ort erzählt stellvertretend die Geschichte verschiedener Opfergruppen. Die Gedenktafel für die Oberwarter Romnija und Roma steht an der Stelle des ehemaligen Gendarmeriegebäudes.“[231] „Jede Tafel ist eine Station des Gedenkweges Oberwart und symbolisiert das Fehlen eines Teils der Oberwarter Bevölkerung. Jede Tafel steht für Menschen, die einst Mitglieder der Oberwarter Gesellschaft waren und in der NS-Zeit aus dieser ausgeschlossen wurden.“[232] Dieses Sichtbarmachen der Leerstellen in der Bevölkerung ist ein Beitrag zur öffentlichen Erinnerungsentwicklung in Oberwart. Das Fehlen der Ermordeten tritt damit ins alltägliche Leben der Bürger*innen.

Eine weitere Initiative ist das Projekt „Gedenktafel: Ein Platz für Kerzen“ vom Verein Roma-Service.

In einem Interview im Rahmen von „Mri Historija“ äußerte Adolf Papai aus Langental, ein Überlebender des Porajmos, gegenüber Gärtner-Horvath vom Verein Roma-Service den Wunsch nach einem Platz, an dem er für seine ermordeten Angehörigen eine Kerze anzünden kann. In diesem Interview entstand die Idee zum Projekt. Dessen Ziel ist es, in möglichst vielen burgenländischen Gemeinden, in denen es vor 1938 Roma-Be-

---

[230] An der Initiative Gedenkweg Oberwart 2015 sind folgende Institutionen und Vereine beteiligt:
Verein RE.F.U.G.I.U.S.
Evangelische Pfarrgemeinde A.B. Oberwart
Stadtgemeinde Oberwart
Burgenländische Forschungsgesellschaft
Burgenländische Volkshochschulen
Volkshochschule der Burgenländischen Roma
OHO – Offenes Haus Oberwart
K.B.K. – Kultur.Bildung.Kunst
Vgl: Informationen dazu aus dem Folder Gedenkweg im Besitz von Marcus Wagner

[231] vgl. Informationen dazu aus dem Folder Gedenkweg im Besitz von Marcus Wagner https://www.gedenkweg.at/gedenkweg-oberwart

[232] vgl. https://www.gedenkweg.at/gedenkweg-oberwart

völkerung gab, einen Platz für Kerzen und damit einen Gedenkort zu schaffen. Mit der Unterstützung des katholischen Alt-Bischofs Paul Iby und des ehemaligen Superintendenten Manfred Koch der evangelischen Kirche im Burgenland hat Gärtner-Horvath bewusst einen Weg abseits der größeren Öffentlichkeit gewählt, um die Gemeinden direkt anzusprechen und diesen die Errichtung von Gedenkstätten nahezulegen. Damit soll allen Burgenland-Rom*nja ein Platz gegeben werden, an dem diese ihren ermordeten Angehörigen nahe sein und ihrer gedenken können. Von diesem Ziel ist der Verein Roma-Service aber noch weit entfernt – bis dato gibt es lediglich in 20 burgenländischen Ortschaften eine Gedenkstätte, jedoch lebten in 140 Ortschaften Rom*nja.[233]

Auf diese Initiative hin wurden Gedenkstätten für Rom*nja in Kleinpetersdorf, Neudörfl, Mattersburg, Kleinbachselten, Großhöflein, Unterwart und Goberling errichtet.[234]

Eine Initiative, die nicht auf einen Roma-Verein zurückzuführen ist, ist die des Vereins für Kultur, Umweltschutz und Ortsverschönerung (KUO) in der Gemeinde Bad Tatzmannsdorf. Der Verein KUO hat am 10. November 2018[235] nach einer Zusammenarbeit mit der Roma-Volkshochschule Burgenland, dem Roma-Service, dem Verein KARIKA sowie der römisch-katholischen Pfarre und mit liturgischer Unterstützung des Roma-Pastorals eine Gedenkstätte am Ortsfriedhof von Sulzriegel eingeweiht. Während der Zeremonie wurden die Namen der über 60 Opfer verlesen und Kerzen angezündet. Zudem wurde eine kleine Inschrift („Im Gedenken an die durch das NS-Regime vertriebenen und ermordeten Roma aus der Familie Berger“) an einem Familiengrab angebracht. Mit dieser Tafel sollte an die ermordeten Mitglieder der Großfamilie Berger erinnert werden.

Interessant ist auch bei dieser Inschrift die Phrase „durch das NS-Regime vertrieben und ermordeten“. Wer war das NS-Regime? Waren es nicht auch die NSDAP-Mitglieder der Ortschaft, der/die Ortsgruppenleiter*in oder der Hitlerjunge von nebenan? Wird die Ortsbevölkerung durch den Begriff ‚NS-Regime‘ bewusst ausgespart?

Es kann argumentiert werden, dass durch den Terminus ‚NS-Regime‘ distanziert, abstrahiert und endpersonalisiert und die Schuld an den Verbrechen an ein nicht greifbares, weit in der Vergangenheit liegendes Regime abgegeben wird. Die Verbrechen werden so zu einem Automatismus ohne Menschen, vor allem ohne Täter*innen, getrieben

---

[233] Interview mit Emmerich Gärtner-Horvath am 22.03.2021.

[234] Interview Gärtner.

[235] Foto zur Verfügung gestellt von Horst Horvath, Roma Volkshochschule Burgenland.

von abstrakten, gesichtslosen Institutionen und weit weg von einer zeitgemäßen alltagsmentalitäts- und biographischen Forschung.[236] Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, dass dieses Projekt vom Obmann des Vereins, dem Historiker Gert Polster, begleitet wurde. Wären aber diese Verbrechen ohne das Zutun der lokalen Bevölkerung –

Diese kleine Zusatztafel am Grabstein der Familie Berger erinnert an die 78 vertriebenen und ermordeten Rom*nja aus Sulzriegel.

sei es nur durch stille Akzeptanz der Deportationen – überhaupt durchführbar gewesen? Ein kritisch zu hinterfragender Aspekt an dieser grundsätzlich als positiv zu betrachtenden Initiative in Sulzriegel ist auch, warum der Verein KUO mit dem Bürgermeister als Obmann die Initiative betreibt und nicht der Bürgermeister als Gemeindevorsitzender selbst?

Diese Unsicherheit von Gemeindeseite ist im gesamten Burgenland zu spüren.

Ich habe bei meiner Recherche keine einzige Maßnahme zur Errichtung einer Rom*nja-Gedenkstätte im Burgenland gefunden, die rein auf Betreiben eines Bürgermeisters/einer Bürgermeisterin entstanden ist. Nie ist die initiale Initiative von den Gemeindeverantwortlichen ausgegangen.

[236] vgl. Robert *Pendorf,* Eichmann und die Judenpolitik des Dritten Reiches (Hamburg 1961).S.22.

4) Initiativen von politischen Entscheidungsträger*innen

Was sonst Jahrzehnte dauert, bis es umgesetzt wird, geht durch mediale Präsenz und öffentliches sowie politisches Trauerinteresse schnell – eine Gedenkstätte wurde errichtet.

Im Jänner 2000 wurde für die ermordeten Roma von Oberwart ein Denkmal[237] unter großer medialer und politischer Präsenz eingeweiht.

Nachkommen ermordeter Rom*nja aus über 100 Ortschaften im Burgenland warten bereits seit Kriegsende auf ein kleines Zeichen, das an ihre ermordeten Familienmitglieder erinnert.

Mit dem Anschlag von Oberwart, bei dem am 4. Feber 1995 durch eine Sprengfalle vier Angehörige der Roma getötet wurden, rückte diese Volksgruppe, die Jahrzehnte am Rand der Gesellschaft gestanden war, ins Zentrum medialen, politischen und öffentlichen Interesses. Aber auch der Hass, die Ignoranz, die Distanzierung und die Vorurteile gegenüber der Volksgruppe wurden dabei wieder thematisiert. Die Bevölkerung wurde dadurch auf die Rom*nja aufmerksam und diese kamen wieder ins öffentliche Bewusstsein. Mediale Präsenz, für die die Roma-Vereine seit Anfang der 1990er Jahre gekämpft hatten, wurde damit durch den Mord an vier Männern hervorgerufen. Stefan Horvath, Vater eines Bombenopfers, war der Meinung, dass dem Tod der Männer daher auch etwas Positives abzugewinnen sei. In Bezug auf die gesellschaftliche Akzeptanz hat seither ein Umdenken in der Mehrheitsbevölkerung stattgefunden – der Blickwinkel auf die Minderheit hat sich verändert, Lokal- und Landespolitiker*innen zeigen Interesse an Volksgruppenarbeit. Die Reise eines Politikers nach Oberwart ohne den Besuch der Roma-Siedlung oder des Denkmals war fortan unüblich. Im Gegensatz dazu wurden seitens der Politiker*innen ‚Zigeuner*innen' und deren Siedlungen früher gemieden.[238]

„Stefan Horvath ist weiter der Meinung, dass unmittelbar nach dem Attentat eine Welle der Solidarität entstand, die Menschen auf die Minderheit aufmerksam wurden und den

---

[237] Nach dem Attentat wurde 1995 eine provisorisches Erinnerungszeichen am Tatort aufgestellt.

[238] Am Begräbnis für die Bombenattentsopfer nahmen damals hochrangige Politiker der Republik teil. Danach besuchten Bundeskanzler Franz Vranitzky und Landeshauptmann Karl Stix die Roma-Siedlung. Sie zeigten sich erschüttert von den ärmlichen Wohn- und Lebensverhältnissen. Viele Roma waren damals arbeitslos. Viele Junge zogen aus der Roma-Siedlung weg. Die Volksgruppe rückte vom Rand der Gesellschaft ein wenig in die Mitte. Eine positive Folge des Attentats von 1995. vgl. https://burgenland.orf.at/magazin/stories/3088377/

gesellschaftlichen Spalt verringern wollten. Dennoch ist dies in all den Jahren abgeklungen, die Aufmerksamkeit gegenüber den vielen Problemen, die Volksgruppenmitglieder mit sich tragen, wurde nach und nach weniger beachtet und die Kluft zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung wurde wieder größer."[239]

Die Bombe war in der Attrappe eines Denkmals versteckt, das der Minderheit der Rom*nja teilweise bis zum heutigen Tag in den Gemeinden des Burgenlandes verwehrt oder vorenthalten wird.[240]

Keine Gedenktafeln für Rom*nja im Burgenland wurden aus rein politischer Ambition heraus von einem/einer Bürgermeister*in initiiert. Hier stellt sich die Frage, ob dies mit der burgenländischen Erinnerungskultur zusammenhängt oder mit der Angst der Politiker*innen. Doch wovor oder vor wem sollten sich die Politiker*innen fürchten? Gehört es nicht zum Selbstverständnis der Politik, die Vergangenheit aufzuarbeiten und ein Gedenken an die Opfer des Hasses und politischen Wahnsinns zu ermöglichen?

Schon im Juni 2001 ist ein offizielles Schreiben des Landes Burgenlandes an alle Gemeinden mit ehemaliger Roma-Bevölkerung ergangen mit der Bitte, den Landtagsbeschluss zur Gedenkstättenerrichtung umzusetzen. Trotz offizieller Aufforderung hatte es bis dato keine unmittelbaren Initiativen in den betreffenden Orten gegeben.

Ein positives Beispiel dafür ist die Umsetzung der Gedenkstätte in Oberpullendorf. Nach einem Schreiben des Bundesministers Blümel vom 5. Dezember 2018[241], das an neun burgenländische Gemeinden gerichtet war, wurde diese Initiative angestoßen. Auf das Schreiben der Landesregierung von 2001 hatten die Gemeindeverantwortlichen in Oberpullendorf nicht reagiert, anders als auf das Schreiben von Bundesminister Blümel aus dem Jahre 2018.

Da auch Oberpullendorf zu jenen Gemeinden gehört, in denen vor dem Jahr 1938 Rom*nja gelebt haben, regte der Bundesminister in seinem Brief – auf Bitte von Rom*nja-Vertreter*innen, insbesondere vom Volksgruppenratsvertreter Emmerich Gärnter-Horvath – an, anlässlich des 25. Jahrestages der Anerkennung der Roma als Volks-

---

[239] vgl. Erich *Schneller,* Annemarie *Klinger* (Hg.): Das Attentat von Oberwart – Terror, Schock und Wendepunkt (Oberwart 2015). S.144.

vgl. *Zsifkovits*, Minderheiten Roma. S. 87.

[240] Die Denkmalattrappe trug die provokante Inschrift: Roma zurück nach Indien!

[241] Schreiben vom Bundesminister wurde mir von Emmerich Gärtner-Horvath zur Verfügung gestellt.

gruppe die Errichtung einer Gedenktafel oder -stätte anzudenken. Ein besonderes Anliegen sei dabei namentliches Opfergedenken in jenen Gemeinden, in denen vor 1938 Roma gelebt haben. Oberpullendorfs Bürgermeister Rudolf Geißler meinte in einem Interview mit der BVZ dazu: „Ich denke, es ist nie zu spät, dass man einen Akt des Gedenkens setzen kann. Der Gemeinderat zeigte sich einstimmig mit einer Gedenkstätte grundsätzlich einverstanden.“[242] Das Denkmal wurde rasch umgesetzt und am 19. September 2020 eingeweiht.[243]

Von den weiteren acht Gemeinden, die im Dezember 2018 ebenfalls einen Brief von Bundesminister Blümel erhalten hatten, gab es bis jetzt nur entsprechende Versprechungen; einzig in Stegersbach wurde bereits ein Gedenkprojekt umgesetzt, aber aufgrund der Covid-Krise noch nicht seiner Bestimmung übergeben.

Aus Großwarasdorf, Jennersdorf, Deutsch Kaltenbrunn, Kitzladen, Kleinmutschen sowie Langental gibt es laut Emmerich Gärtner-Horvath positive Rückmeldungen.

Wie schnell die Umsetzung eines solchen Projekts jedoch vollzogen werden kann, wenn der Wille der politischen Akteur*innen vorhanden ist, zeigt das Beispiel von Oberpullendorf.

Abschließend kann festgestellt werden, dass durch die gemeinsame Anstrengung von Roma-Verbänden, kirchlichen Einrichtungen und Gemeinden sowie engagierten Einzelpersonen bis dato einige Gemeinden daraus sensibilisiert werden könnten, Gedenkstätten für die im Nationalsozialismus ermordeten Rom*nja zu errichten. Alle diese Initiativen haben die Gemeinsamkeit, dass sie mit ihrem Anliegen aus der Privatheit der Gruppe oder einer einzelnen Person herausgetreten und an die Öffentlichkeit gegangen

---

[242] vgl: Interview in der BVZ vom 4.Jänner 2019. https://www.bvz.at/oberpullendorf/oberpullendorf-gedenktafel-fuer-roma-oberpullendorf-roma-rudolf-geissler-130479244

[243] Zur Gestaltung: Die Grundlage des Bildes ist ein Foto eines Roma Mädchens in Lodz. Lodz, beziehungsweise das Vernichtungslager Chelmno, ist der Ort, wo in der NS-Zeit 5.007 österreichische Roma ermordet wurden. Die meisten stammten aus dem Burgenland. Mehr als die Hälfte waren Kinder. vgl. https://www.erinnern.at/bundeslaender/burgenland/termine/denkmal-fuer-die-ns-opfer-in-oberpullendorf-gondolipeskero-than-le-ns-opferenge-ande-oberpullendorf Inschrift der Gedenktafel wo im Unterbereich ein Platz für Kerzen installiert wurde, für das Projekt „Ein Platz für meine Kerzen, von Emmerich Gärtner-Horvath: „Zum Gedenken an die Frauen, Männer und Kinder aus Oberpullendorf, die von 1938 bis 1945 Opfer des Nationalsozialismus wurden. Das waren Romnija und Roma, Jüdinnen und Juden, Menschen die aus politischen oder religiösen Gründen Widerstand leisteten und Menschen, denen auf Grund von Erkrankungen und Behinderungen das Lebensrecht abgesprochen wurde und die der NS-Medizin zum Opfer fielen.“

vgl. https://volksgruppen.orf.at/roma/meldungen/stories/3067678/

sind. Sie wollen ihr Ziel, hier im Speziellen die Erinnerung an den Porjamos mittels Denkmälern und Erinnerungszeichen, zu einem öffentlichen Anliegen machen.[244]

„Ein Ort [...] hält Erinnerungen nur dann fest, wenn Menschen auch Sorge dafür tragen." *(Aleida Assmann, 1999)*[245]

In folgenden Ortschaften im Burgenland gibt es inzwischen Gedenktafeln und -steine:[246]

1984 Lackenbach

1989 Oberwart/ERBA[247]

2006 Kleinpetersdorf/TIKNI SIMEHA

2006 Neudörfl

2008 Großhöflein

2007 Mattersburg

2008 Kleinbachselten/TIKNI BOLINA

2009 Unterwart/TENU ERBA

2014 Goberling/GOBLINA

2015 Jois

2016 Holzschlag

2017 Mörbisch

2017 Buchschachen/BUJSCHOCHA

---

[244] vgl. Ulrike *Fleschhut,* gedenk.anstöße. Ausdrucksformen und Strategien lokaler Erinnerungsinitiativen: Kommunikationsprozesse im Kontext österreichischer Erinnerungskultur (Magisterarbeit Universität Wien 2010). S.189.

[245] zitiert nach: vgl. *Fleschhut,* gedenk.anstöße. S.2.

[246] vgl. Zentrum polis. Politik Lernen in der Schule: polis aktuell (Nr.8/2019), Roma in Österreich. Emanzipation einer Volksgruppe https://www.politik-lernen.at/dl/ppsuJMJKomlmMJqx4kJK/pa_2019_8_Roma_in_Oesterreich_web.pdf

[247] Name der Ortschaften nach dem Schrägstrich im folgenden in Romanes.

2017 Jabing/BATSCHIBA

2018 Sulzriegel

2018 Kemeten/KEMETATE

2019 Ritzing

2020 Pinkafeld/PINKAFA

2020 Oberpullendorf/UPRUTNI PUJA

2020 Stegersbach/SCHTEGA

Im Gegensatz dazu sind die die über 100 Ortschaften im Burgenland zu nennen, in denen Erinnerungszeichen fehlen. Muss das Nichterrichten bzw. Fehlen eines Denkmals in ebendiesen Gemeinden als ein politisches Leugnen der Geschichte, der Mitverantwortung gewertet werden? Sind die ermordeten Bürger*innen der Volksgruppe der Roma noch immer aus der Erinnerungskultur der Gemeinden ausgeschlossen? Was hindert die offiziellen Gemeindevertreter*innen daran, ein Erinnerungszeichen für die ermordeten Bürger*innen in ihren Ortschaften zu errichten? Ist der Porajmos trotz der jahrzehntelangen Bemühungen noch immer nicht im burgenländischen Geschichtsbewusstsein vorhanden? Diese Fragen können in der vorliegenden Arbeit nur aufgeworfen, nicht aber beantwortet werden.

e) Politischer und gesellschaftlicher Widerstand

Eine lange Geschichte und ein Beispiel für politische Ignoranz gegenüber den Rom*nja ist der Umgang mit dem Thema ‚Erinnerungskultur und Gedenkstättenerrichtung' in Kemeten. Über die Errichtung eines Denkmals für die ungefähr 200 verschleppten Kemeter*innen der Volksgruppe der Roma während der NS-Zeit wird hier schon seit über 20 Jahren debattiert. Es fehlte jahrelang der politische Wille seitens des Bürgermeisters und des Gemeinderates für die Errichtung einer Gedenkstätte. Damit muss hinterfragt werden, ob in der Bevölkerung eine Einstellung gegen ein entsprechendes Denkmal vorherrscht, wenn dies bei den Gemeindevertreter*innen der Fall ist. Im Jahr 2000 lehnte der Gemeinderat eine Gedenktafel ab. Eine zentrale Rolle spielte hier der SPÖ-Bür-

germeister Johann Nussgraber, der eine Art ‚Hinhaltetaktik' betrieb – immer wieder kam etwas dazwischen, bis er schließlich als Bürgermeister in Pension ging. Er erklärte: „[W]enn wird das [Anm.: gemeint ist hier eine Gedenktafel für die rund 200 verschleppten und ermordeten Rom*nja aus Kemeten] aufstellen, dann nur wenn wir das wollen. Nicht die anderen, die Nicht-Kemeter."[248] Hier stellt sich die Frage, ob sich in der Aussage des Bürgermeisters die Meinung der Bevölkerung widerspiegelt. Vieles deutet darauf hin – so kursierten in Kemeten in den frühen 2000er Jahren Gerüchte, dass im Ort Unterschriften gegen die Errichtung einer Gedenkstätte gesammelt werden.[249] Im Jahre 2003 stimmte der Gemeinderat wieder mit großer Mehrheit gegen den Antrag einer Errichtung, 2006 sprachen sich die Gemeindevertreter*innen schließlich für einen Kompromiss aus: Eine Stahlskulptur mit Erinnerungstafeln sollte im Herbst 2006 aufgestellt werden, die an markante Ereignisse der Geschichte Kemetens erinnern sollte. Eine Tafel davon sollte den Rom*nja gewidmete werden. Zwölf Jahre lagerte die Skulptur auf dem Bauhof der Gemeinde.[250] Roma-Vertreter*innen und Vertreter*innen des Vereins Refugius haben 2016 schließlich eine virtuelle Gedenkstätte für die Kemeter Rom*nja initiiert, „um auf das Unrecht und auf die Missachtung der Gefühle der Roma"[251] aufmerksam zu machen.

Im Jahr 2018 wurde die Stahlskulptur unter dem neuen SPÖ-Bürgermeister Wolfgang Koller aufgestellt. Die Roma-Volkshochschule kritisierte jedoch die Art und Weise, auf

---

[248] vgl. Kommentar im DerStandard: Wolfgang *Weisgram,* Erinnern an die Roma: Kemetens kurioser Krampf. (DerStandard vom 26. September 2016). https://www.derstandard.at/story/2000044898718/erinnern-an-die-roma-kemetens-kurioser-krampf

[249] vgl. Tatblatt November 2003."Der Kemeter Gemeinderat setzt sich seit der Gemeinderatswahl 2002 aus 14 SPÖ – und 5 ÖVP-GemeinderätInnen zusammen. Die Abstimmung endete im selben Verhältnis: 14 GemeinderätInnen stimmten gegen die Anbringung einer Gedenktafel. Die bereits seit der ersten Abstimmung 2000 erfolgten Interventionen von verschiedensten Seiten - vom KZ-Verband bis hin zum DÖW veränderten ebenso wenig etwas, wie ein inzwischen vom burgenländischen Landtag gefasster 4-Parteien-Beschluss, wonach den Opfern des Nationalsozialismus und allen Widerstandskämpfern in ihren Heimatgemeinden Gedenkstätten bzw. -tafeln zu errichten seien.Johann Nussgraber, SPÖ-Bürgermeister von Kemeten, versichert bei der geheimen Abstimmung 2003 für die Gedenktafel gestimmt zu haben. Er müsse sich nun aber an die Entscheidung des Gemeinderates halten. […] Außerdem meint er, entspreche die Entscheidung im Gemeinderat leider der Stimmung in der Ortschaft. Es habe sogar Bestrebungen gegeben, eine Unterschriftensammlung gegen ein Roma-Denkmal zu starten. Dass kritische Beiträge, die im öffentlichen Webforum der Gemeinde Kemeten gepostet worden waren, von der Gemeinde selbst umgehend zensuriert – also entfernt wurden, fügt sich in den Umgang der PolitikerInnen mit dem Thema: „Dieses Forum ist ein Forum der Gemeinde Kemeten." https://www.nadir.org/nadir/periodika/tatblatt/204/204kemeten.html

[250] d/ROM/a blog (31. März 2010): Die Schande von Kemeten. http://www.roma-service.at/dromablog/?p=8656

[251] vgl. https://burgenland.orf.at/v2/news/stories/2795885/

die in Kemeten der ehemaligen Bürger*innen gedacht wird, als „völlig misslungen“[252]. In einer Aussendung begründeten die Vertreter der Roma-Volkshochschule Burgenland dies so: Es wird „zwar auch auf das Schicksal der vertriebenen und zum überwiegenden Teil ermordeten Menschen hingewiesen. Allerdings fehlt jegliches Bedauern, jeder Hinweis auf die historischen Umstände oder auch auf die Beteiligung der damaligen Ortsbevölkerung. Die Gemeinde ist damit nach Ansicht der Volkshochschule Burgenland „ihrer Verantwortung den ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber nicht nachgekommen“. Dies werde bedauert, die Volkshochschule sei aber weiterhin dazu bereit, „Anstöße für die Etablierung einer würdigen Erinnerungskultur und eine Reparatur der Anlage in Kemeten zu geben“[253].

Der neue Bürgermeister von Kemeten zeigte Bereitschaft und meinte, dass eine solche auch in der Bevölkerung bestehe. Offenbar findet ein Umdenken statt.

Ein anderes Beispiel für das Nichterrichten eines Denkmals ist jenes, das für die Rom*nja aus Langental angedacht gewesen ist. In der Gemeinde haben im Jahre 1938 insgesamt 184 Roma gelebt.[254] Es gibt seit fast einem Jahrzehnt einen Gemeinderatsbeschluss für die Errichtung einer Gedenkstätte, den Bürgermeister Rudolf Berlakovich (ÖVP) umsetzen wollte. Allerdings wurden von Nachkommen verschleppter Rom*nja, die in Langental wohnen, Bedenken geäußert. So nahm der Bürgermeister Abstand von einer Errichtung. Hier stellt sich die Frage, warum die Nachkommen kein offizielles Zeichen der Erinnerung wollten. Besteht noch immer Angst vor Ressentiments und Anfeindung? Roma-Volksgruppenvertreter Emmerich Gärtner-Horvath sagte zu dieser Problematik, dass viel Aufklärungsarbeit geleistet werden muss, um die Betroffenen für Erinnerungskultur zu sensibilisieren. Künftig sei in Langental eine Gedenkstätte geplant.

Im Rahmen meiner Diplomarbeit habe ich auch eine Umfrage unter den Bürgermeister*innen jener Ortschaften des Bezirks Oberwart durchgeführt, in denen vor dem Jahr 1938 Rom*nja ansässig waren. Aus der Befragung sollte hervorgehen, ob es in den betreffenden Ortschaft eine Erinnerungsstätte für die verschleppten und ermordeten Bürger*innen gibt oder ob geplant ist, eine zu errichten. Ich wollte mit meinem

---

[252] vgl. https://www.derstandard.at/story/2000088327737/kritik-an-tafel-zur-erinnerung-an-opfer-der-ns-zeit

[253] https://www.derstandard.at/story/2000088327737/kritik-an-tafel-zur-erinnerung-an-opfer-der-ns-zeit

[254] vgl. *Brettl, Baumgartner,* Einfach Weg. S.56.

Fragebogen[255] die Bereitschaft für eine aktive Erinnerungskultur seitens der Gemeindeverantwortlichen erheben und auswerten. Von den 36 ausgeschickten Fragebögen hatte ich nach sechs Wochen jedoch erst drei zurückbekommen. Eine gewinnbringende Auswertung für diese Diplomarbeit konnte daher nicht durchgeführt werden.

Diesbezüglich kann hinterfragt werden, wie das Nichtreagieren auf meinen Fragebogen zu werten ist. Kann es als eine Art Widerstand gegen eine würdige Erinnerungskultur für ehemalige Bürger*innen der Volksgruppe der Roma gesehen werden?

Fürchten sich die Gemeindevertreter*innen vor der Etablierung einer würdigen Erinnerungskultur für ehemalige Bürger*innen?

Festzustellen ist, dass die Errichtung einer Erinnerungsstätte für die Rom*nja in den betrachteten Ortschaften – mit einer Ausnahme[256] – nicht erwünscht ist.[257]

7. Conclusio

Die eingangs formulierte These kann abschließend angenommen werden. Wie in dieser Arbeit aufgezeigt wurde, ist das Schicksal der Rom*nja – deren Vertreibung und Ermordung während der NS-Herrschaft – noch nicht im kollektiven Gedächtnis der Burgenländer*innen verankert, sondern gelangt erst allmählich ins kollektive Bewusstsein. Es bedarf demnach Bewusstseinsarbeit und Sensibilisierung für das Thema, damit dieses im öffentlichen burgenländischen Diskurs seinen Platz findet. Mit den wenigen Gedenkstätten ist zwar ein erster Schritt quasi zur ‚symbolischen Verantwortung' getan und die Rom*nja wurden dadurch ins öffentliche Opferkollektiv aufgenommen, doch die fehlende Bereitschaft in den Ortschaften für die Errichtung von Erinnerungsstätten zeigt auf, dass noch viel Aufklärungsarbeit notwendig ist.[258] Um die Verfolgung und Ermordung der Rom*nja im Burgenland stärker im kollektiven Gedächtnis verankern zu können, müssten das Leben, die Vertreibung und der Tod der Rom*nja aus den burgenländischen Dörfern in einer öffentlichen Auseinandersetzung thematisiert werden. Eine An-

[255] Fragebogen im Anhang.

[256] Der Bürgermeister der Gemeinde Schandorf zeigt Interesse.

[257] dies ist meine Interpretation, denn sonst hätten die Gemeindeverantwortlichen auf meinen Fragebogen reagiert und damit ihr Interesse bekundet.

[258] vgl. *Poandl,* NS-Gedenken. S.124.

näherung an die offenen Fragen der Geschichte der Rom*nja ist für die Etablierung einer aktiven Erinnerungskultur wesentlich.

Als Hindernis erweist sich dabei jedoch nach wie vor das konkrete Gewaltereignis der Deportation aus den Ortschaften – es schwebt wie eine Art Damoklesschwert über dem Gedenken und auch über der Bereitschaft dazu. Auch wenn die Ortsbevölkerung nicht aktiv an der Deportation ihrer Mitbürger*innen beteiligt war, so muss ein Teil der Bevölkerung wohl für den Abriss der Roma-Häuser verantwortlich gemacht werden.[259] Welche Emotionen diese Vorgänge bei den Bürger*innen ausgelöst haben, lässt sich nur anhand weniger Erinnerungen von Zeitzeug*innen dokumentieren. Diese Mitschuld der Bevölkerung schwebt immer noch über dem Geschehen der Vertreibung und Ermordung der Rom*nja. Es fehlt an einer gründlichen Aufarbeitung des Geschehens. Auch die stille Akzeptanz der Deportation muss im lokalpolitischen Kontext thematisiert werden. Diesbezüglich besteht eine große Lücke in der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Deportationen aus den Ortschaften. Historiker Gerhard Baumgartner führte dazu an: „Deportation ohne Zustimmung der Bevölkerung funktioniert nicht. Ein Beispiel dazu: Der Ortsbauernführer in Kleinpetersdorf wehrt sich gegen die Deportation des einzigen Schmieds in der Ortschaft, ein Roma. Der Schmied wird nicht deportiert und überlebt.“[260]

Hätte mehr Widerstand gegen die Deportationen Wirkung gezeigt?

Die jahrelange Nichtkonfrontation bzw. das Verschweigen spiegelt sich in der Erinnerungskultur wider. Es gibt einen Einblick in das zeitgenössische burgenländische Verständnis von Erinnerungskultur, Gemeinschaft und Zugehörigkeit. Der wechselhafte Stellenwert und die Behandlung der Rom*nja in gesellschaftspolitischen Diskursen zeugen von der problematischen politischen Bereitschaft für die Aufarbeitung der Geschichte.

Auch die Bereitschaft von öffentlicher Seite für den Bau von Erinnerungsstätten ist nur wenig oder – wenn man meine Bürgermeister*innen-Umfrage als Gradmesser dafür heranzieht – nicht vorhanden. Allerdings wären gerade diese Denkmäler für das Sensibilisieren der Burgenländer*innen auf dieses Thema bedeutend. Die Initiativen von Roma-Vereinen und -Organisationen, aber auch von Privatpersonen werden daher

---

[259] vgl. *Fleschhut,* gedenk.anstöße. S.191.

[260] Interview mit dem Leiter des Dokumentionszentrums des Österreichischen Widerstands (DÖW), Gerhard Baumgartner, geführt und dokumentiert von Marcus Wagner (25.02.2020).

auch in Zukunft wesentlich sein. Sie müssen dabei viele Menschen ansprechen, damit sie ins öffentliche Bewusstsein gelangen können. Nur dann können sie auch die breite Masse beeinflussen, damit die Erinnerung an ehemalige Bürger*innen, in diesem Fall die Rom*nja, etablieren und so schon im Vorhinein eine Akzeptanz für eine Gedenkstätte schaffen. Auf diesem Weg könnten auch politisch Verantwortliche dazu bewegt werden, aktiv zu werden. Dazu leisten die Medien einen großen Beitrag. Mit Initiativen, die mediale Beachtung erlangen, kann Überzeugungsarbeit geleistet werden, die aus dem lokalen Fokus heraustritt und nationale Bedeutung erlangt. Für die Gedenkstättenerrichtung im Sinne der burgenländischen Rom*nja würde eine regionale mediale und politische Präsenz ausreichen.[261]

Das Streben nach Gleichberechtigung, Anerkennung und aktivem Gedenken war das Ziel vieler Roma-Aktivist*innen. Die heutigen Errungenschaften wurzeln in deren Bestrebungen.

Die positive Gesamtentwicklung der letzten Jahren wird den Opfern nicht die Gerechtigkeit bringen, die sie verdienen, aber aktive Erinnerungs- und Gedenkarbeit macht einen Teil ihrer Geschichten sichtbar, die über Jahrzehnte verdrängt wurden und zu verschwinden drohten.

Aktive Erinnerungsarbeit ist zudem von Bedeutung, um die noch immer vorhandenen „tradierten Stereotypen der Volksgruppe gegenüber“[262] abzubauen.

Das Burgenland ringt nach wie vor mit der Aufarbeitung seiner Geschichte von Faschismus, Krieg und Völkermord. Öffentliche Erinnerungskultur zum Porajmos und Denkmalarbeit sind daher gefragt. Positiv anzumerken ist, dass sich die burgenländische Regierung durch einschlägige Initiativen immer mehr in der Pflicht sieht, sich der traurigen Vergangenheit stellt und diese schrittweise aufzuarbeiten versucht. Öffentliche Ignoranz, Verschweigen, Ausgrenzung, Abschottung und Verfolgung sind Themen, die sich in den Erinnerungskanon der dürftigen Denkmallandschaft für Rom*nja im Burgenland eingeprägt haben. Diese gilt es aufzubrechen. Künftig soll eine lebendig Erinnerungslandschaft mit Orten des Gedenkens und Erinnerns entstehen, aus denen wir und vor allem die Volksgruppe der Roma reichlich schöpfen können in der Hoffnung, dass die Vergangenheit einen Teil der Gegenwart erklären kann.

---

[261] vgl. *Fleschhut,* gedenk.anstöße. S.190-191.

[262] vgl. *Poandl,* NS-Gedenken. S.124.

„Wider das Vergessen. Wichtig für heute, wichtig für die Zukunft!“[263]

Sogar im Schlusssatz meiner kritischen Arbeit steht das Wir auf der einen Seite und die Volksgruppe der Roma auf der anderen. Es zeigt sich, dass es noch viel Arbeit gibt, um das Trennende zu überwinden.

Diese Tafel ist unter dem Kriegerdenkmal in Buchschachen angebracht und steht für 251 ermordete Rom*nja.

[263] vgl. vgl. Gregor *Auenhammer,* Aktive Erinnerungsarbeit - das steinerne Archiv. Im: DerStandard (S.30) vom 25. Feber 2021.

Diese Tafel befindet sich am Friedhof in Holzschlag und steht für 318 Opfer der Volksgruppe der Roma.

Sie ist für die Volksgruppenvertreter der Rom*nja ein erster Schritt hin zu einer aktiven Erinnerungskultur.

Eine kleine Tafel für 318 verschleppte und ermordete Gemeindebürger*innen.

8. Quellen und Literaturverzeichnis

Archiv und ungedruckte Quellen

Burgenländisches Landesarchiv

Portschy, Die Zigeunerfrage. Denkschrift des Landeshauptmanns für das Burgenland (1938)

BLA, BH Neusiedl am See, „Zigeunerakte“ 1922, Zl. 533/922.

BLA, Polizeiakte, IA, 1938, Zigeuernakte, 25.

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW)

RE 2605/1/0 Schnittarchiv zu Portschy

DÖW RE 2605/1/0 Zeitschrift News S.15.

DÖW RE 2605/1/0 Oberwarter Zeitung (OZ) 1986/12.

DÖW RE 2605/1/0 (Brief vom Landesobmann der KPÖ-Burgenland Vinzenz Böröcz).

DÖW RE 2605/1/0, Interview Kid Möchel mit Dr. Tobias Portschy (2.5.1988).

DÖW, Dokument Nr.11293.

Steiermärkisches Landesarchiv

StLA, Landesregierung, 384, Zi 1/1940.

LG für Strafsachen Graz Vr 83 – 1948, 2 Akte zu Tobias Portschy

ungedruckte Quellen

Memoiren von Tobias Portschy. Kopie im Besitz von Marcus Wagner.

Tagebuchheft aus der Haftzeit (10.3.1948 – 10.7.1950) Tobias Portschy. Kopie im Besitz von Marcus Wagner.

Unveröffentlichter Forschungsbericht: Forschungsprojekt des Zukunftsfond der Republik Österreich Projektleiter: Gerhard *Baumgartner,* Sabine *Schweitzer,* „Dezentrale nationalsozialistische ‚Zigeunerlager' auf dem Gebiet des heutigen Österreich 1938 – 1945" Endbericht.

Interviews:

Transkriptionen im Besitz von Marcus Wagner.

Persönlich geführt mit:

Interview mit Irma Wagner (Schulfreundin der deportierten und ermordeten Romni Anna Koszak) am 22.09.1991.

Interview mit dem Leiter des Dokumentationszentrums des Österreichischen Widerstands (DÖW), Gerhard Baumgartner, geführt und dokumentiert von Marcus Wagner (25.02.2020).

Interview mit Horst Horvath (Roma Volkshochschule Burgenland) am 8.März 2021.

Interview mit Emmerich Gärtner-Horvath (Volksgruppenvertreter und RomaService Gründer), am 22.03.2021.

Filmdokumente:

Dokumentarfilm von Egon Humer, *Schuld und Gedächtnis* (A 1992), wurde am 24.4.1992 im Rahmen der Reihe Kunststücke um 22.30 Uhr in FS2 ausgestrahlt. Transkribiert vom Marcus Wagner.

*Das Burgenland und die Eisenstädter Polizei (*Produktion: Bundespolizeikommissariat Wien, 1931) gezeigt. Quelle: Filmarchiv Austria (Hg.). Historisches Burgenland (Österreich in historischen Filmdokumenten, Edition Burgenland, VHS, Wien 2001).

Radiobeiträge:

Peter *Lahnit,* Minderheiten ohne Anwalt - Die Roma und die Wissenschaft, Ö1, Dimensionen - Die Welt der Wissenschaften. Sendung vom 21.2.1998, gesendet um 19 Uhr.

Zeitschriften:

Ernst *Hanisch*, Opfer / Täter / Mythos: Verschlungene Erzählungen der NS-Vergangenheit in Österreich. In: Zeitgeschichte (Innsbruck 2006).
Konstantin *Vlasich,* Mein Vergessen Nachbar. In: progress Magazin der österreichischen HochschülerInnenschaft. (18.07.2018).

Volkshochschule der burgenländischen Roma (Hg.), Die Burgenlandroma. Materialen gegen Vorurteile (Bildungskoffer. Erwachsenenbildung. Oberwart 2014).

Zentrum polis. Politik Lernen in der Schule: polis aktuell (Nr.8/2019), Roma in Österreich. Emanzipation einer Volksgruppe.

Zeitungen:

BVZ, Ausgabe vom 4. Jänner 2019.

Grenzmark Burgenland, Ausgabe vom 31. Juli 1938.

Güssinger Zeitung, Ausgabe vom 31.01.1931.

Kurier, Ausgabe vom 3. August 2001.

Neue Eisenstäddter Zeitung , Ausgabe vom 29. Jänner 1933.

Oberwarther Sonntagszeitung, Nr. 13, 59.Jg. Ausgabe vom 3.April 1938.

Oberwarther Sonntagszeitung, Nr. 14, 59.Jg. Ausgabe vom 10.April 1938.

Oberwarter Zeitung OZ, Ausgabe vom 25.06.1980.

Oberwarter Zeitung OZ, Ausgabe vom 26.10.1994.

Volkshochschule der burgenländischen Roma (Hg.), Roma Cajtung. (Extrablatt, Oberwart).

Volkshochschule der burgenländischen Roma (Hg.), RomaCajtung (Ausgabe Herbst 2019)

Wolfgang *Weisgram,* Kommentar im DerStandard: Erinnern an die Roma: Kemetens kurioser Krampf. DerStandard vom 26. September 2016.

Gregor *Auenhammer,* Aktive Erinnerungsarbeit - das steinerne Archiv. Im: Der-Standard (S.30) vom 25. Feber 2021.

Bibliographie:

Alfred *Ableitinger* (Hg.), Bundesland und Reichsgau. Demokratie, „Ständestaat“ und NS-Herrschaft in der Steiermark 1918 bis 1945 (Geschichte der Steiermark Band 9/I, Wien/Köln/Weimar 2015).

Alfred *Ableitinger* (Hg.), Bundesland und Reichsgau. Demokratie, „Ständestaat“ und NS-Herrschaft in der Steiermark 1918 bis 1945 (Geschichte der Steiermark Band 9/II, Wien/Köln/Weimar 2015).

Thomas A*lbrich,* Holocaust und Schuldabwehr. Vom Judenmord zum kollektiven Opferstatus. In: Rolf *Steininger,* Michael *Gehler(Hg.),* Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Band 2 (Wien/Köln/Weimar 1997).

Aleida *Assmann,* Die langen Schatten der Vergangenheit, Erinnerungskultur und Geschichtspolitik (München 3.Auflage 2018).

Aleida *Assmann*, Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention (München 2013).

Brigitte *Bailer-Galanda,* Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus (Wien 1994).

Gerhard *Baumgartner*, Eva *Müllner*, Rainer *Münz*, Identität und Lebenswelt. Ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt im Burgenland (Eisenstadt1989).

Gerhard *Baumgartner,* Ethische Flurbereinigung. Ein mitteleuropäisches Lehrstück am Beispiel des südburgenländischen Bezirkes Oberwart. In: Arno *Truger,* Thomas H. *Macho* (Hg.), Mitteleuropäische Perspektiven (Wien 1990).

Gerhard *Baumgartner,* Bernard *Prechning,* Vom Staatsvertrag zum Bombenterror. Minderheitenpolitik in Österreich seit 1945. In: Reinhard *Sieder,* Heinz *Steinert,* Emmerich *Talos (*Hg.), Österreich 1945 - 1995. Gesellschaft, Politik, Kultur (Wien 1995).

Gerhard *Baumgartner,* Florian *Freund,* Die Burgenland Roma. 1945 - 2000. Eine Darstellung der Volksgruppe auf der Basis archivarischer und statistischer Quellen (Burgenländische Forschung. Band 88. Ein Forschungsprojekt des Kulturvereins Österreichischer Roma. Eisenstadt 2004).

Gerhard *Baumgartner,* Florian *Freund,* Roma-Politik in Österreich, in der Eu und im übrigen Europa. (Broschüre des Kulturvereins Österreichischer Roma und der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas im Europäischen Parlament. o.J., o.O.)

Gerhard *Baumgartner, „*Wann endlich wird dies himmelschreiende Unrecht an uns gut gemacht?“ Frühe Zeugnisse österreichischer Oma und Romnia zu ihrer Verfolgung während des Nationalsozialismus. In: Christine *Schindler,* Feindbilder. Jahrbuch 2015. (Hg.: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 2015).

Gerhard *Baumgartner,* Herbert *Brettl,* „Einfach weg“. Verschwundene Romasiedlungen im Burgenland (Wien/Hamburg 2020).

Stefan *Benedikt,* Barbara *Tiefenbacher,* Heidrun *Zettelbauer,* Contest an effects of development projects responding to transnational migrating of Romani women and men in present Central Europe. Policies on Romani communities: Images, Structu-

res and Interdependences in Contemporary European Societies. In: Zeitgeschichte, 40. Jahrgang, September/Oktober 2013, Heft 5). S.287-305.

Wolfgang *Benz,* Der Holocaust (München 1995).

Karin *Berger* (Hrsg.), Ceija, *Stojka,* Wir leben im Verborgenen. Erinnerung einer Rom-Zigeunerin (Wien 1988).

Ulrich *Borsdorf,* Heinrich Theodor *Grütter* (Hg.), Orte der Erinnerung - Denkmal, Gedenkstätte, Museum (Frankfurt 1999).

Klaus-Michael *Bogdal,* Europa erfindet die Zigeuner. Eine Geschichte von Faszination und Verachtung (Berlin 2011).

Angelika *Brechelmacher,* Bertrand *Perz,* Regina *Wonisch* (Hg.), Post41. Berichte aus dem Getto Litzmannstadt. Ein Gedenkbuch (Wien 2015).

Herbert *Brettl,* Quellen zur Geschichte der „Zigeunerpolitik zwischen 1921 und 1945 im Bezirk Neusiedl am See (Oberwart 2007).

Herbert *Brettl,* Nationalsozialismus im Burgenland. Opfer. Täter. Gegner (Innsbruck/ Wien/Bozen 2012).

Herbert *Brettl, „*Wenn die Zigeuner nicht abgeschoben werden, werden sie mit der Zeit alle hier heimatberechtigt werden.“ Die örtlichen Behörden des Bezirkes Neusiedl am See und ihre unerwünschten Bewohner in den 1920er Jahren. In: Rudolf *Kropf*, Gert *Polster* (Hg.), Die Volksgruppe der Roma und Sinti bis 1938. Tagungsband der 34. Schlaininger Gespräche 14. bis 18. September 2014 (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland (WAB). Band 157, Eisenstadt 2016).

Eva Marie *Csáky,* Der Weg zur Freiheit und Neutralität. Dokumentation zur österreichischen Außenpolitik 1945-1955 (Wien 1980).

Andrea *Deltl,* Die NS-Verfolgung im Burgenland 1938 (Diplomarbeit, Wien 1998).

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Die NSDAP in Deutschland, Österreich 1918-1938, der Anschluß, NS-Terror, Judenverfolgung, Exil, Deportation der Juden, Widerstand, die Kärntner SlowenInnen, Roma und Sinti, Homosexuelle, NS-Medizin, Zwangsarbeit, KZ Mauthausen, Entschädigung, Erinnerungskultur, Entnazifizierung, Rechtsextremismus (Wien 2006).

August, *Ernst,* Geschichte des Burgenlandes (Wien 1991).

Ulrike *Fleschhut,* gedenk.anstöße. Ausdrucksformen und Strategien lokaler Erinnerungsinitiativen: Kommunikationsprozesse im Kontext österreichischer Erinnerungskultur (Magisterarbeit Universität Wien 2010).

Michael *Floiger,* Gibt es ein burgenländisches Landesbewußtsein? In: Gerhard *Baumgartner,* Eva *Münz,* Rainer *Müllner* (Hg.), Identität und Lebenswelt. Ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt im Burgenland (Tagungsband der Burgenländischen Forschungsgesellschat. Eisenstadt 1989).

Florian *Freund,* Gerhard *Baumgartner,* Harald *Greifeneder,* Vermögensentzug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti (Wien/München 2004).

Wolfgang *Freitag,* Der Fall Karl Horvath. Ein Loipersdorfer „Zigeuner“ vor dem Linzer Volksgericht (Wien/Berlin 2018).

Karola *Frings,* „Rasse: Zigeuner“ Sinti und Roma im Fadenkreuz von Kriminologie und Rassenhygiene 1933-1945. In: Herbert *Uerlings,* Julia-Karin *Patrut,* „Zigeuner“ und Nation. Repräsentation - Inklusion- Exklusion (Frankfurt am Main 2008).

Jacob Michael *Frühmann,* Über die Zentralität der Ränder. Befreiungstheologische Skizzen einer Erinnerung im Angesicht von Projamos und Antiziganismus (Diplomarbeit Universität Wien 2017).

Emmerich *Gärtner-Horvath,* Die Roma-Bewegung 1989 bis 2015. In: Rudolf *Kropf*, Gert *Polster* (Hg.), Roma und Sinti von 1938 bis zur Gegenwart. Tagungsband der 36. Schlaininger Gespräche 21. bis 25. September 2015 (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland (WAB). Band 158, Eisenstadt 2016).

Georg *Gesellmann,* Die Zigeuner im Burgenland in der Zwischenkriegszeit. Die Geschichte einer Diskriminierung (Dissertation Universität Wien 1989).

Eva Maria *Gober,* Schule unterm Kruckenkreuz. Erziehungsansprüche im autoritären Ständestaat Österreichs 1933/34 bis 1938 am Beispiel burgenländischer Wirklichkeiten (Wien 2011).

Karl Heinz *Gober,* „Leider ist der Erfolg gleich Null." Die „Zigeunerschule" in Stegersbach. In: Rudolf *Kropf*, Gert *Polster* (Hg.), Die Volksgruppe der Roma und Sinti bis 1938. Tagungsband der 34. Schlaininger Gespräche 14. bis 18. September 2014 (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland (WAB). Band 157, Eisenstadt 2016).

Peter *Gstettner,* Erinnern an das Vergessen: Gedenkstättenpädagogik und Bildungspolitik (Klagenfurt/Wien 2012).

Marie-Desiere *Hebenstreit*, Die Zeitschrift „PLAN": Österreichischer Identitätsdiskurs und kollektives Gedächtnis in der Nachkriegszeit (Dissertation Universität Wien 2015).

Agnes *Höld,* Die Attentate von Oberwart und Stinatz 1995 und ihre Folgen für die österreichische Minderheitenpolitik. In: Rudolf *Kropf*, Gert *Polster* (Hg.), Roma und Sinti von 1938 bis zur Gegenwart. Tagungsband der 36. Schlaininger Gespräche

21. bis 25. September 2015 (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland (WAB). Band 158, Eisenstadt 2016).

Jana *Jelitz,* Mirco, *Wetzel,* Über Täter und Täterinnen sprechen. Nationalsozi- alistische Täterschaft in der pädagogischen Arbeit von KZ-Gedenkstätten (Berlin 2010).

Birgit *Johler,* Barbara *Staudinger,* Entfernung-Österreich und Ausschwitz. Neue österreichische Ausstellung im Staatlichen Museum der Gedenkstätte Ausschwitz-Birkenau. In: Rudolf *Kropf*, Gert *Polster* (Hg.), Roma und Sinti von 1938 bis zur Gegenwart. Tagungsband der 36. Schlaininger Gespräche 21. bis 25. September 2015 (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland (WAB). Band 158, Eisenstadt 2016).

Christiane *Fennesz-Juhasz,* Emmerich *Gärtner-Horvath,* Dschila le Romendar andar o Burgenland. Lieder der burgenländischen Roma (Oberschützen 2013).

Waltraud *Kannonier-Finster,* Meinrad *Ziegler,* Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit (Wien/Köln/Weimar 1993).

Waltraud *Kannonier-Finster,* Meinrad *Ziegler,* Erinnerungskultur und Geschichtskultur. In: Andreas *Kranebitter,* Christoph *Reinprecht* (Hg.): Die Soziologie und der Nationalsozialismus in Österreich (Bielefeld 2019).

Stefan *Karner,* Das Burgenland im Jahre 1945 (Eisenstadt 1985).

Stefan *Karner*, Die Steiermark im dritten Reich 1938–1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung (Graz/Wien 1986).

Ruth Olga *Kasper,* Die Burgenland-Roma. Die Situation der jüngsten Volksgruppe 15 Jahre nach ihrer Anerkennung (Diplomarbeit Uni Wien 2009).

Wolfgang *Krug,* Last der Erinnerung. NS-Denkmalskult am Beispiel Oberschüt- zen (Oberwart 1998).

Adi *Lang,* NS-Regime, Kriegsende und russische Besatzungszeit im Südburgenland (Oberwart 2011).

Claudia *Mayerhofer,* Dorfzigeuner, Kultur und Geschichte der Burgenland-Roma von der Ersten Republik bis zur Gegenwart (Wien 1987).

Claudia *Mayerhofer,* Die Zigeuner im Burgenland Ein historisch-ethnologischer Abriß. In: Gerhard *Baumgartner,* Eva *Münz,* Rainer *Müllner* (Hg.), Identität und Lebenswelt. Ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt im Burgenland (Tagungsband der Burgenländischen Forschungsgesellschat. Eisenstadt 1989).

Angelika *Miertl,* Das Attentat von Oberwart : gesellschaftliche und kulturelle Auswirkungen auf die Volksgruppe der Roma (Diplomarbeit Universität Wien 2018).

Ursula *Mindler*; „Ich hätte viel zu erzählen aber dazu sage ich nichts.....“. Ober- wart 1938 (Oberwart 2008).

Ursula *Mindler*; Tobias Portschy und die Handlungsspielräume nationalsozialistischer Eliten. Biographische Anmerkungen zum Vordenker der nationalsozialistischen „Lösung der Zigeunerfrage“. In: Ingrid *Böhler*, Eva *Pfanzelter*, Thomas *Spielbüchler,* Rolf *Steinigner* (Hrsg.), 1968 – Vorgeschichte – Folgen. Bestandsaufnahmen der österreichischen Zeitgeschichte (Innsbruck, Wien, Bozen 2010).

Ursula *Mindler*; Tobias Portschy. Biographie eines Nationalsozialisten. Die Jahre bis 1945 (Burgenländische Forschung. Band 92, Eisenstadt 2006).

Ursula *Mindler-Steiner,* Nationalsozialistische „Zigeunerpolitik“ im regionalen Kontext (Burgenland/Steiermark). In: Rudolf *Kropf*, Gert *Polster* (Hg.), Roma und Sinti

von 1938 bis zur Gegenwart. Tagungsband der 35. Schlaininger Gespräche 21. bis 25. September 2015 (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland (WAB). Band 158, Eisenstadt 2016).

Andreas *Moritsch,* Vom Ethos zur Nationalität: der nationale Differenzierungsprozeß am Beispiel ausgewählter Orte in Kärnten und im Burgenland (Wien 1991).

Dieter *Mühl,* Die Roma von Kemeten (Oberwart 1998).

Michelle *Neubauer,* Ethnische Minderheiten im Burgenland während des Nationalsozialismus (Diplomarbeit Universität Wien 2018).

Robert *Pendorf,* Eichmann und die Judenpolitik des Dritten Reiches (Hamburg 1961).

Bertrand *Perz,* Österreich. In: Volkhard *Knigge,* Norbert *Frei,* Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord (München 2002).

Bertrand *Perz,* Heidemarie *Uhl,* Gedächtnis-Orte im „Kampf der Erinnerungen". Gedenkstätte für die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges und für die Opfer der nationalsozialistische Gewaltherrschaft. In: Emil Brix (Hg.), Memoria Austriae I. Menschen, Mythen, Zeiten (Wien 2004).

Joachim *Perels*, Rolf *Pohl* (Hg.), NS-Täter in der deutschen Gesellschaft (Diskussionsbeiträge des Instituts für Politische Wissenschaft der Universität Hannover. Band 29. Hannover 2002).

Rudolf *Kropf*, Gert *Polster* (Hg.), Roma und Sinti von 1938 bis zur Gegenwart. Tagungsband der 36. Schlaininger Gespräche 21. bis 25. September 2015 (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland (WAB). Band 158, Eisenstadt 2016).

Marlies *Poandl,* NS-Gedenken im Burgenland: Entstehung einer Erinnerungslandschaft für Juden und Roma und Sinti als Opfer der NS-Herrschaft (Diplomarbeit Universität Wien 2014).

Tobias *Portschy,* Die Zigeunerfrage. Denkschrift des Burgenländischen Landeshauptmannes (Eisenstadt 1938).

Oliver *Rathkolb,* Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005 (Wien 2005).

Werner *Reisinger;* 1986/88 - Die „Affäre Waldheim“ und der Wandel der österreichischen Erinnerungskultur im europäischen Kontext (Diplomarbeit Universität Wien 2013).

Lisa *Rettl* Erinnerungskulturen im Burgenland. Tendenzen und aktuelle Entwicklungen. In: Christine *Schindler,* Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.). Jahrbuch 2006. Schwerpunkt Erinnerungskultur (Wien 2006).

Robert *Ritter,* Zigeuner und Landfahrer. In: C.H. Beck (Hrsg.), Der nichtseßhafte Mensch. Ein Beitrag zur Neugestaltung der Raum- und Menschenordnung im Großdeutschen Reich (Bayerischer Landesverband für Wanderdienst, München 1938).

Martin *Sabrow,* Der Zeitzeuge als Wanderer zwischen zwei Welten. In: Martin *Sabrow,* Norbert *Frei* (Hg.), Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945 (Göttingen 2012).

Helmut *Samer,* Die Roma von Oberwart. Zur Geschichte und aktuellen Situation der Roma in Oberwart (Oberwart 2001).

Rudolf *Sarközi,* Roma. Österreichische Volksgruppe. Von der Verfolgung bis zur Anerkennung (Klagenfurt/Celovec 2008).

Christine *Schindler,* Feindbilder. Jahrbuch 2015. (Hg.: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 2015).

Erich Maria *Schneller,* Zigeuner. Roma. Mensch. Lebensgeschichten burgenländischer Roma (Oberwart 2006).

Erich *Schneller,* Annemarie *Klinger* (Hg.), Das Attentat von Oberwart - Terror, Schock und Wendepunkt (Oberwart 2015).

Stephan *Scholz,* Maren *Römer,* Bill *Niven (*Hg.), Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung (Paderborn 2015).

Johannes *Schwantner,* Andreas *Schwantner,* Thekla *Schwantner,* Ideologie und Wirklichkeit des Nationalsozialismus. Hermann Langbein Symposium 2007. Erste Auflage (Wien/London 2008).

Lukas *Sperlich*, Die Bedeutung des öffentlichen Gedenkens an den Porajmos für RomNija in Österreich (Masterarbeit Universität Graz 2020).

Selma *Steinmetz,* Österreichs Zigeuner im NS-Staat (Monographien zur Zeitgeschite, Hg. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1966).

Matthias *Szauer,* Was sich der Architekt dabei dachte…In: Erika *Thurner,* Kurzgeschichten des nationalsozialistischen Zigeunerlagers in Lackenbach (1940-1945) (Eisenstadt 1984).

Jan *Taubitz,* Holocaust Oral History und das lange Ende der Zeitzeugenschaft (Göttingen 2016).

Erika *Thurner,* Kurzgeschichte des Nationalsozialistischen Zigeunerlagers in Lackenbach (1940-1945) (Eisenstadt 1984).

Erika *Thurner,* Nationalsozialismus und Zigeuner in Österreich (Wien/Salzburg 1983).

Erika *Thurner,* Die Zigeuner als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung in Österreich (Dissertation Universität Wien 1982).

Erika *Thurner,* Zigeuner: Diskriminierung ohne Ende? In: Reinhold *Henke* (Hg.)*,* Leben lassen ist nicht genug. Minderheiten in Österreich (Wien1988).

Erika *Thurner,* Roma und Romaforschung in Österreich nach 1945. In: Rudolf *Kropf*, Gert *Polster* (Hg.), Roma und Sinti von 1938 bis zur Gegenwart. Tagungsband der 36. Schlaininger Gespräche 21. bis 25. September 2015 (Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland (WAB). Band 158, Eisenstadt 2016).

Felix *Tobler,* Zur Verwaltung des Burgenlandes 1918-1946. In: Stefan Karner, Das Burgenland im Jahre 1945 (Eisenstadt 1985)

Heidemarie *Uhl,* Konkurrierende Vergangenheit, Offizielle Narrationen, „Gegenerzählungen“ und Leerstellen des „österreichischen Gedächtnisses“. In: Moritz *Csaky,* Klaus *Zeyringer* (Hg.), Inszenierung des kollektiven Gedächtnisses (Innsbruck 2002).

Heidemarie *Uhl*, Österreich. Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese: Die Transformation des österreichischen Gedächtnisses. In: Monika *Flacke* (Hg.), Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen (Mainz 2005).

Heidemarie *Uhl,* Vom Pathos des Widerstands zur Aura des Authentischen. Die Entdeckung des Zeitzeugen als Epochenschwelle der Erinnerung. In: *Sabrow,* Norbert *Frei* (Hg.), Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945 (Göttingen 2012).

Kathrin *Ulreich*, Die Volksgruppe der Roma in Oberwart – eine mit Makel behaftete Minderheit? Journalisten zwischen Vorurteilsbildung & Minderheitenanwalt? (Diplomarbeit Universität Wien 2008).

Dieter J. *Hecht,* Michaela *Raggam-Blesch,* Heidemarie *Uhl* (Hg.), Letzte Orte. Die Wiener Sammellager und die Deportationen 1941/42 (Wien/Berlin 2019).

Susanne *Uslu-Pauer,* „Verdrängtes Unrecht“: Eine Auseinandersetzung mit den in Zusammenhang mit NS-Verbrechen an Roma und Sinti stehenden Volksgerichtsverfahren (1945-1955) unter besonderen Berücksichtigung des Lagers Lackenbach im Burgenland. (Beschreibung - Analyse - Auswirkungen nach 1945) (Diplomarbeit Universität Wien 2002).

Alexandra *Vasak*, Politischer Umgang mit Denkmälern (Universität Wien 2002).

Alexandra *Vasak,* Sichtbare Erinnerung: der Umgang mit Denkmäler in Österreich (Frankfurt am Main/Wien 2004).

Gerda *Wagner,* Die Lage der Zigeuner im Burgenland in den Jahren 1938 bis 1945, mit besonderer Berücksichtigung des Lagers Lackenbach (Diplomarbeit Universtiät Wien 1999).

Marcus, *Wagner,* Tobias Portschy - Ein Leben für die völkisch-deutschnationale Idee. Sozialisation und Reintegration eines ewig Gestrigen (Diplomarbeit Universität Wien 2013).

Harald *Welzer*, Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden (Frankfurt am Main 2005).

Ruth *Wodak,* Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse (Wien/Hamburg 2016).

Meinrad, *Ziegler,* Waltraud *Kannonier-Finster,* Österreichisches Gedächtnis über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit (Innsbruck 2016).

Michael *Zimmermann,* Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistischer „Lösung der Zigeunerfrage“ (Hamburg 1996).

Lisa Maria *Zsifkovits*, Die gesellschaftlichen Auswirkungen der Minderheit Roma nach dem Rohrbombenattentat in Oberwart und die Darstellung in den Printmedien (Diplomarbeit Universität Wien 2018).

Internet:

Folgende Seiten wurden in der Arbeit verwendet und wenn nicht anders vermerkt zuletzt am 23.03.2021 aufgerufen.

OTS vom Pressedienst der Parlamentsdiretkion vom 12. April 2016 vgl: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160412_OTS0038/bures-die-geschichte-der-roma-ist-teil-der-geschichte-oesterreichs

OTS von der Israelitischen Kultursgemeinde Wien vom 2. August 2020 vgl.: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200802_OTS0035/porajmos-den-genozid-an-roma-und-sinti-ins-kollektive-bewusstsein-ruecken

https://www.burgenland.at/fileadmin/user_upload/Downloads/Kultur/BLA_u_BLB/Burgenlaendische_Landesbibliographie_2014_15.pdf

http://epa.oszk.hu/03100/03162/00473/pdf/EPA03162_gussinger_zeitung_1931_45.pdf Werbung vom Norddeutschen LLoyd Bremen, mit der Niederlassung in der Güssinger Sparkasse, in der Güssinger Zeitung in der Ausgabe vom 8.November 1931.

Vom 3. bis 6. Dezember 2014 fand im die Simon Wiesenthal Konferenz zum Thema: Völkermord zur Primetime. Der Holocaust im Fernsehen statt. vgl. https://sciencev2.orf.at/stories/1750273/index.html

Christiane *Bertram,* Lenbendige Erinnerung oder Erinnerunskonserven und ihr Wirksamkeit im Hinblick auf historisches Lernen. S.179. https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/51089/ssoar-bioszeit-2015-1-2-bertram-Lebendige_Erinnerung_oder_Erinnerungskonserven_und.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-bioszeit-2015-1-2-bertram-Lebendige_Erinnerung_oder_Erinnerungskonserven_und.pdf

https://www.kv-roma.at/Kulturverein-oesterreichischer-Roma.html

www.verein-roma.at

https://www.vhs-roma.eu/index.php/ueber-uns

http://www.roma-service.at/verein.shtml

https://verein-karika-fur-roma-und-sinti.business.site/#summary

Interview mit dem Historiker Peter Pirker im Standard vom 8. Mai 2018: https://www.derstandard.at/story/2000102691765/wenn-das-erinnern-zu-gedenken-erstarrt

http://www.roma-service.at/Mri-Historija/

http://www.roma-service.at/Mri-Historija/web/amari_historija_web2016.pdf

https://www.burgenland-roma.at/index.php/geschichte/zur-sozialen-situation-der-roma-nach-1945

https://www.unesco.at/kultur/immaterielles-kulturerbe/oesterreichisches-verzeichnis/detail/article/roman-die-sprache-der-burgenland-roma

http://peterwagner.users.aboliton.at/html/arbeiten/aktionen_zigeunerdenkmal.htm

http://peterwagner.users.aboliton.at/html/arbeiten/aktionen_zigeunerdenkmal.htm

http://peterwagner.users.aboliton.at/html/arbeiten/aktionen_zigeunerdenkmal.htm

https://www.burgenland.at/verwaltung/land-burgenland/geschichte/landeshaupt-maenner/

http://www.dokumentationsarchiv.at/SPOE/Braune_Flecken_SPOE.htm

https://www.kriegerdenkmal.co.at/Krieger/Burgenland/oberwart.html

https://www.katholisch.at/aktuelles/2016/11/11/bischoefe-fordern-gedenkstaetten-fuer-in-der-ns-zeit-ermordete-roma

https://www.progress-online.at/artikel/mein-vergessener-nachbar

https://burgenland.orf.at/v2/news/stories/2879379/

https://volksgruppen.orf.at/v2/roma/stories/2982579/

https://www.gedenkweg.at/gedenkweg-oberwart

https://burgenland.orf.at/magazin/stories/3088377/

https://www.bvz.at/oberpullendorf/oberpullendorf-gedenktafel-fuer-roma-oberpul-lendorf-roma-rudolf-geissler-130479244

https://www.erinnern.at/bundeslaender/burgenland/termine/denkmal-fuer-die-ns-op-fer-in-oberpullendorf-gondolipeskero-than-le-ns-opferenge-ande-oberpullendorf

https://volksgruppen.orf.at/roma/meldungen/stories/3067678/

https://www.politik-lernen.at/dl/ppsuJMJKomlmMJqx4kJK/pa_2019_8_Roma_in_Oesterreich_web.pdf

Kommentar im DerStandard: Wolfgang *Weisgram,* Erinnern an die Roma: Kemetens kurioser Krampf. (DerStandard vom 26. September 2016). https://www.derstandard.at/story/2000044898718/erinnern-an-die-roma-kemetens-kurioser-krampf

Tatblatt (November 2003). https://www.nadir.org/nadir/periodika/tatblatt/204/204kemeten.html

http://www.roma-service.at/dromablog/?p=8656

https://burgenland.orf.at/v2/news/stories/2795885/

https://www.derstandard.at/story/2000088327737/kritik-an-tafel-zur-erinnerung-an-opfer-der-ns-zeit

https://www.derstandard.at/story/2000088327737/kritik-an-tafel-zur-erinnerung-an-opfer-der-ns-zeit

Blog:

d/ROM/a blog (31. März 2010): http://www.roma-service.at/dromablog/?p=8656

Broschüre zur Ausstellung/Programmtext:

UNABHÄNGIGES FASCHISTISCHES PERSONENKOMITEE BURGENLAND (Hg.), „Naziherrschaft und was uns blieb“. Broschüre zur Ausstellung (Oberwart 1989).

Programmtext zur „Aktion Zigeunerdenkmal“ (owaschlschluifa, Oberwart 1980)
Beides in Kopie im Besitz von Marcus Wagner

Briefe:

Brief vom Superintendenten der evangelischen Diözese A.B. Burgenland Manfred Koch und vom katholischen Bischof von Eisenstadt Paul Iby, vom 31. März 2006. Gerichtet an die Pfarrer*innen im Burgeanldn und an alle Büregermeister*innen des Landes.

Hirtenbrief vom November 2018 unterzeichnet vom Superintendenten Manfred Koch und dem katholischen Bischof Ägidius Zsifkovics.

Schreiben des Bundesministers Blümel vom 5. Dezember 2018, das an neun burgenländische Gemeinden gerichtet war, mit der Empfehlung Gedenkstätten für Rom*nja zu errichten.

Fragebogen, der an die Bürgermeister*innen verschickt wurde:

Sehr geehrte Herr Bürgermeister Joachim Radics, liebe Gemeindeverantwortliche,

Im Rahmen meiner wissenschaftlichen Arbeit führe ich in Kooperation mit der Roma Volkshochschule Burgenland eine online Untersuchung zur Denkmal–Gedenklandschaft in burgenländischen Gemeinden durch. Mein Name ist Marcus Wagner, ich bin Journalist und arbeite an einem Forschungsprojekt zur Denkmalkultur in burgenländischen Gemeinden mit Fokus auf die Gedenkstätten für Rom*nija im Burgenland.

Nach letztem wissenschaftlichen Stand hat es in der Gemeinde Markt Neuhodis im Ortsteil Althodis vor dem Jahre 1938, 102 Gemeindebürger*innen der Volksgruppe der Roma gegeben. Dies wurde auch in der letzten Publikation „Verschwundene Romasiedlungen im Burgenland“ von Dr. Baumgartner und Dr. Brettl wissenschaftlich belegt.

Für meine Erhebung bräuchte ich einige Informationen von ihnen als Vertreter der Gemeinde.

Gibt es in ihrer Gemeinde eine Gedenkstätte für die während der Zeit des Nationalsozialismus vertriebenen und ermordeten Gemeindebürger*innen der Volksgruppe der Roma?

WENN JA:

1. Wo befindet sich die Gedenkstätte(n)?

2. Wann ist das Projekt entstanden?

3. Gab es eine offizielle Einweihung? Gibt es Fotos dazu die sie uns zur Verfügung stellen könnten?

4. Wer waren die Initiatoren für die Errichtung – von wem ist die Idee der Anstoß für die Errichtung der Gedenkstätte gekommen?

5. Gab es Schwierigkeiten/Proteste bei der Umsetzung?

6. Ist die Gedenkstätte auf der Gemeindehomepage erwähnt?

7. Gibt es eine Nutzung der Gedenkstätte – finden hier Gedenkveranstaltungen statt?

8. Haben Sie Interesse an einer, von der Roma Volkshochschule Burgenland organisierten Informationsveranstaltung/Vortrag von Historiker*innen, in ihrer Gemeinde?

WENN NEIN:

9. Planen sie ein Gedenkstätte?

10. Haben Sie Interesse, eine Gedenkstätte für ihre ehemaligen Gemeindebürger*innen zu errichten?

11. Wenn ja: brauchen Sie Unterstützung?

12. Wenn nein: warum haben sie kein Interesse an einer Gedenkstätte?

13. Hat es bereits Initiativen für eine Gedenkstätte in ihrer Gemeinde gegeben?

14. Haben Sie Interesse an einer, von der Burgenländischen Volkshochschule der Roma, organisierten Informationsveranstaltung/Vortrag von Historiker*innen zu diesem Thema, in ihrer Gemeinde?

Ein herzliches Dankeschön für ihre Antworten, Unterstützung und ihre Zusammenarbeit.
Ihre Antworten werden verwertet und in meiner wissenschaftlichen Publikation ausgewiesen.

Bitte Ihr Antwort e-mail in Kopie auch an die Roma VHS schicken: office@vhs-roma.eu

Danke

verbleibe höflichst

Mag. Marcus Wagner

15. Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit widmet sich der Gedächtnis- und Gedenkkultur für die vertriebenen und ermordeten Rom*nja im Burgenland. Sie zeigt auf, dass die Verfolgung und Ermordung der Rom*nja im Burgenland während der Naziherrschaft im kollektiven Gedächtnis der Burgenländer*innen wenig verankert sind. Die verfolgten und ermordeten Rom*nja werden erst langsam ins Opferkollektiv des Landes aufgenommen. Ein kurzer Abriss über die Geschichte der Rom*nja im Burgenland und die Situation der Volksgruppe in der Zweiten Republik bilden den Rahmen der Arbeit.

Weiters wird aufgezeigt, wie der öffentlich–gesellschaftliche Umgang mit der Nationalsozialistischen Vergangenheit des Burgenlandes das Leben der Rom*nja im Burgenland nach 1945 beeinflusste und erschwerte. Die jahrelange Nichtkonfrontation bzw. das Verschweigen der Mitschuld der Burgenländer*innen an den Verbrechen gegen die Romn*nja spiegelt sich in der Erinnerungspolitik des Burgenlandes wider. Die problematische politische Bereitschaft für die Aufarbeitung dieser Verbrechen zeigt sich auch in der burgenländischen Denkmallandschaft.

Bis Ende der 1980er Jahre waren die Rom*naj in der burgenländischen Denkmallandschaft nicht präsent. Erst mit der Anerkennung der Rom*nja als Volksgruppe kam Bewegung in die Gedenkkultur. Auf Initiativen von verschiedenen Roma-Vereinen, Privatpersonen und kirchlichen Vertretern entstanden erste Denkmäler und Erinnerungsstätten für die ermordeten Rom*nja. Erinnerungslücken werden langsam geschlossen, aber die Bereitschaft der Gemeinden und ihrer Bevölkerung zur Errichtung von Gedenkstätten ist nicht immer vorhanden. Allerdings wären gerade diese Gedenkstätten für die Sensibilisierung der Burgenländer*innen auf dieses Thema bedeutend. Die Initiativen von Roma-Vereinen und -Organisationen aber auch von den vielen einzelnen Privatpersonen, von der Kirche und vielleicht auch von der Politik werden daher auch in Zukunft wesentlich sein.

Abstract

This underlying thesis addresses the culture of remembrance of the expelled and assassinated Roma people in Burgenland. It reveals that the persecution and assassination of the Romanies as taken place during the Nazi regime have not been part of the collective memory of the people living in Burgenland. A short outline about the history of the Roma people in Burgenland and their situation in the Second Republic form the framework of this work.

The political-societal discourse about the Nazi regime influenced and manipulated the life of the Romanies in Burgenland after 1945 tremendously. This work shows how non-confrontation and concealment of complicity over years can affect the politics of memory of a country. The lack of monuments of Roma people in Burgenland as well as the lack of political discourse and discussion witness the negligence to look back and to review the crimes which happened to this ethnic minority.

As a matter of fact, the Roma minority and culture were not considered or represented in the memorial landscape of the Burgenland until the late 1980ies. This only changed with the recognition of the Romanies as minority ethnic community and thanks to the great efforts and hard work of many different Roma associations and organizations as well as of clerical representatives and individuals. Thanks to their persistence, many initiatives were started and monuments and sites built to remember the high amount of Roma people assassinated during the Nazi regime. These places are not only crucial to show empathy with the minority ethnic community but they are especially important to retain the crimes committed in the collective memory of the country.

Raising awareness among the population in Burgenland and especially among the young, continuous confrontation with what happened to the Roma people in the country and an ongoing political discourse are essential to sensitize the people in Burgenland and keep their memory alive. Hence, the mission of Roma associations and organizations must not stop here but also continue in the future, together with the work of the many individuals and other collective groups to finally fill any open gaps in the collective memory of the country and its residents.

Lebenslauf

Marcus Wagner, geboren am 23.März 1972 in Wien, studierte, nach der Volks- schule in Hannersdorf und der Matura am Gymnasium in Oberschützen, an der pädagogischen Hochschule in Eisenstadt. Absolvierte die Ausbildung zum Schilehrwart. Es folgte ein erstes Studium an der Universität Wien (Lehramt Geographie und Geschichte) erster Abschnitt. Danach Besuch der Polizeischule und Ausbildung zum Polizisten in Eisenstadt. Parallel dazu Arbeit als Journalist bei der Oberwarter Zeitung (OZ), danach bei der Burgenländischen Volkszeitung(BVZ). 2002-2003 Besuch der Medienakademie in Eisenstadt. Danach beim ORF Burgenland, und bei den verschiedensten Boulevardmedien in Wien, beschäftigt. 2004 Beginn des Studiums der Geschichte an der Universität Wien. Seit 2009 im Bereich Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit für eine politische Partei tätig.
2010-2011 Ausbildung zum Coach mit dem Schwerpunkt Jugendcoaching (Diplomarbeit über Jugendcoaching). Begeisterter Nebenerwerbswinzer, der schon zahlreiche Auszeichnungen einheimsen konnte.

Dank

Im besonderen Andenken an meine Großeltern und Eltern. Und ein besonderer Dank an meine Frau Verena und meine Kinder Franziska Anna Theresia und Maximilian Josef Bela’.